



Industrie und Dienstleistungen

Die Unternehmenspolitik der Europäischen Kommission zielt auf die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für Unternehmen und für deren erfolgreiche Entwicklung in Europa ab; so sollen das Produktivitätswachstum, die Beschäftigung und der Wohlstand geschaffen werden, die erforderlich sind, um die in der überarbeiteten Strategie für Wachstum und Beschäftigung gesteckten Ziele zu erreichen, die an die Stelle der Ziele von Lissabon getreten sind.

Während Wettbewerbsfähigkeit als makroökonomisches Konzept so verstanden wird, dass sie die Verbesserung der Lebensstandards und der Beschäftigungsmöglichkeiten aller bedeutet, die arbeiten wollen, bezieht sie sich auf der Ebene einzelner Unternehmen oder Sektoren eher auf das Produktivitätswachstum. Die Unternehmen verfügen über eine Vielfalt an Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Leistung, beispielsweise durch Realinvestitionen oder Investitionen in Humankapital, Forschung und Entwicklung oder immaterielle Anlagegüter. Zu der letztgenannten Kategorie gehören nichtmonetäre Vermögensgegenstände, die im Laufe der Zeit in Form von legalen Vermögenswerten (wie Patente oder Urheberrechte zum Schutz der Rechte an geistigem Eigentum) und von Wettbewerbsvorteilen (z. B. Zusammenarbeit) geschaffen wurden und die eine wichtige Rolle bei der Bewertung der Effizienz und Produktivität eines Unternehmens spielen können. Das Humankapital gilt im Allgemeinen als wichtigster Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit im Zusammenhang mit immateriellen Anlagegütern und unterstreicht die Überzeugung, dass die Unternehmen fortwährend in ihre Arbeitskräfte investieren müssen, indem sie qualifizierte Mitarbeiter einstellen, deren Kenntnisse verbessern und ihre Motivation erhalten. Innovation wird als Schlüsselfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen angesehen, und das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) ist auf die Förderung von Innovationen ausgerichtet, darunter auch Öko-Innovationen.

Die Rechtsgrundlage für die Tätigkeit der Europäischen Kommission im Bereich der Unternehmenspolitik ist Artikel 157 EG-Vertrag, mit dem sichergestellt wird, dass die notwendigen Voraussetzungen



für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie gegeben sind, und mit dem die unternehmerische Initiative, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), gefördert wird. Die EU will

- den Verwaltungsaufwand verringern,
- die schnelle Gründung neuer Unternehmen erleichtern und
- ein günstigeres Unternehmensumfeld schaffen.

Im Oktober 2007 verabschiedete die Europäische Kommission die Mitteilung „Kleine und mittlere Unternehmen – Schlüsselfaktoren für mehr Wachstum und Beschäftigung: Eine Halbzeitbewertung der zeitgemäßen KMU-Politik“⁽¹⁾, in der die Fortschritte der KMU-Politik seit 2005 aufgezeigt und ermutigende Ergebnisse bei der Einbeziehung der Interessen der KMU in die Politikgestaltung auf nationaler und Gemeinschaftsebene dargelegt werden.

Das Umfeld, in dem europäische Unternehmen tätig sind, spielt eine wichtige Rolle für den potenziellen Unternehmenserfolg; es umfasst Faktoren wie den Zugang zu Kapitalmärkten (insbesondere für Risikokapital) oder die Öffnung der Märkte. Die Sicherheit, dass Unternehmen in offenen und fairen Wettbewerb miteinander treten können, ist ebenfalls wichtig, um Europa für Investoren und Arbeitnehmer attraktiver zu machen. Die Schaffung eines günstigen Klimas, in dem Unternehmer und Unternehmen sich positiv entwickeln können, wird von vielen als Schlüssel für Wachstum und für die Schaffung von Arbeitsplätzen angesehen. Dies ist umso wichtiger in einer globalisierten Wirtschaft, in der viele Unternehmen bei der Entscheidung, wo sie tätig sein wollen, über einen beträchtlichen Spielraum verfügen.

⁽¹⁾ KOM (2007) 592.

⁽²⁾ KOM(2004) 274 endg.; weitere Informationen unter: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2004/com2004_0274de01.pdf.

7.1 Unternehmensstrukturen

Einleitung

Trotz der Veränderungen in der Wirtschaft spielt das verarbeitende Gewerbe noch immer eine Schlüsselrolle für den Wohlstand in Europa. Die Europäische Kommission hat die Mitteilung „Den Strukturwandel begleiten: Eine Industriepolitik für die erweiterte Union“⁽²⁾ angenommen, in der der Behauptung entgegengetreten wurde, Europa durchlaufe auf breiter Front einen Deindustrialisierungsprozess. Allerdings wurde festgestellt, dass die sinkende Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie in Kombination mit dem zunehmenden internationalen Wettbewerb eine Bedrohung darstellt, die den Strukturwandel in Europa behindern könnte. In der Mitteilung wurde ferner untersucht, wie durch bessere Rechtsetzung, Synergien zwischen unterschiedlichen Gemeinschaftspolitiken und eine Stärkung der sektoralen Dimension der Industriepolitik ein Strukturwandel herbeigeführt und gefördert werden könnte.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) werden häufig als Rückgrat der europäischen Wirtschaft bezeichnet, das eine potenzielle Quelle für Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum darstellt. Die Strategie der Europäischen Kommission für die KMU ist darauf ausgerichtet, den Grundsatz „Think small first“ („Zuerst an die kleinen Betriebe denken“) anzuwenden und das Unternehmensumfeld für die KMU einfacher zu gestalten. Die politischen Maßnahmen konzentrieren sich auf fünf vorrangige Bereiche, nämlich die Förderung von unternehmerischer Initiative und unternehmerischen Fähigkeiten, die Verbesserung des Marktzugangs von



KMU, den Bürokratieabbau, die Steigerung des Wachstumspotenzials der KMU und die Stärkung des Dialogs und der Konsultation von Akteuren im KMU-Bereich. In der Generaldirektion Unternehmen der Europäischen Kommission wurde eine KMU-Beauftragte eingesetzt, womit das Ziel verfolgt wird, die KMU-Dimension besser in die politischen Maßnahmen der EU zu integrieren. Darüber hinaus haben sich die Mitgliedstaaten in der Europäischen Charta für Kleinunternehmen dazu verpflichtet, ein KMU-freundliches Unternehmensumfeld zu schaffen und vor allem bei der Gestaltung und Umsetzung politischer Maßnahmen aus den Erfahrungen der anderen zu lernen, so dass alle Beteiligten die bewährten Verfahren auf die eigene Situation anwenden können.

In der strukturellen Unternehmensstatistik (SUS) werden die Struktur, die Führung und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaftstätigkeiten bis auf die unterste Gliederungsebene der Wirtschaftszweige (mehrere hundert Sektoren) beschrieben. Die strukturelle Unternehmensstatistik, aufgegliedert nach Größenklassen, ist die wichtigste Datenquelle für eine Analyse der KMU. Anhand der SUS können beispielsweise folgende Fragen beantwortet werden: Wie viel Wohlstand und wie viele Arbeitsplätze schafft eine bestimmte Wirtschaftstätigkeit? Gibt es eine Verlagerung vom Industriesektor zum Dienstleistungssektor, und in welchen Wirtschaftstätigkeiten ist dieser Trend am stärksten ausgeprägt? In welchen Ländern besteht eine relative Spezialisierung auf die Fertigungstätigkeit im Bereich der Luft- und Raumfahrttechnik? Welchen Durchschnittslohn bezieht ein Beschäftigter des Gastgewebes? Wie produktiv arbeitet die chemische Industrie und wie rentabel ist sie? Ohne diese Hintergrundinformationen wäre es schwierig, konjunkturstatistische Daten zu interpretieren.

Es ist festzuhalten, dass in diesem Bereich in jüngster Zeit verschiedene wichtige Veränderungen Einzug gehalten haben. Mit der SUS-Verordnung (EG) Nr. 295/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 über die strukturelle Unternehmensstatistik (Neufassung) wird neben anderen Neuerungen unter anderem eine Rechtsgrundlage für die Datenerhebung im Zusammenhang mit Dienstleistungen für Unternehmen (Anhang VIII) und der Demografie der Unternehmen (Anhang IX) eingeführt. Mit dieser neuen Verordnung vollzieht die SUS den Übergang zur neuesten Fassung der NACE-Systematik der Wirtschaftszweige, d. h. NACE Rev. 2. Damit wird eine breiter gefasste und detailliertere Erhebung von Informationen zu Dienstleistungen ermöglicht und zugleich wird die Systematik dahin gehend aktualisiert, dass neue Wirtschaftszweige (beispielsweise der Technologiesektor) besser umrissen werden können. Als erstes Berichtsjahr, für das SUS-Daten nach NACE Rev. 2 vorgelegt werden sollen, gilt 2008. Die in dieser Veröffentlichung dargestellten SUS-Daten basieren daher auf der Systematik in der Version NACE Rev. 1.1.

Definitionen und Datenverfügbarkeit

Die SUS behandelt die „**gewerbliche Wirtschaft**“ (NACE Rev. 1.1 Abschnitte C bis K), welche in die Bereiche Industrie, Bau und Dienstleistungen untergliedert ist. Hinweis: Finanzdienstleistungen (NACE-Abschnitt J) werden aufgrund ihrer Besonderheiten und der begrenzten Verfügbarkeit der meisten gängigen Unternehmensstatistiken in diesem Bereich getrennt behandelt. Mit dem Begriff „**nichtfinanzieller Bereich der gewerblichen Wirtschaft**“ werden in der Unternehmensstatistik in der Regel die Wirtschaftszweige bezeichnet, die unter die Abschnitte C bis I und K der NACE Rev. 1.1 fallen, sowie die Einheiten, die entsprechende Tätigkeiten ausüben. Die SUS umfasst



allerdings keine landwirtschaftlichen Tätigkeiten und schließt die öffentliche Verwaltung und sonstige (weitgehend) nicht marktbestimmte Dienstleistungen, wie beispielsweise Leistungen des Bildungs- und Gesundheitswesens, nicht ein.

Die SUS beschreibt die gewerbliche Wirtschaft durch die Beobachtung der Einheiten, die eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben; in der SUS ist diese Einheit in der Regel das Unternehmen. Ein **Unternehmen** übt eine oder mehrere Tätigkeiten an einem Standort oder an mehreren Standorten aus und kann eine oder mehrere rechtliche Einheiten umfassen. Dabei ist zu beachten, dass Unternehmen, die in mehr als einem Wirtschaftszweig tätig sind (und die von ihnen erwirtschaftete Wertschöpfung und der Umsatz sowie ihre Beschäftigten usw.), unter der NACE-Position erfasst werden, die ihrer Haupttätigkeit entspricht; normalerweise ist dies die Tätigkeit, auf die der größte Teil der Wertschöpfung entfällt. Eine verkürzte Liste der Systematik NACE Rev. 1.1 ist im Anhang am Ende der Veröffentlichung enthalten. Hinweis: Eine überarbeitete Fassung (NACE Rev. 2) wurde Ende 2006 verabschiedet; mit ihrer Einführung wurde bereits begonnen – das erste Berichtsjahr für Daten, denen diese neue Systematik zugrunde liegt, wird 2008 sein.

Die SUS-Daten werden auf der Rechtsgrundlage der Verordnung des Rates über die strukturelle Unternehmensstatistik (EG, Euratom) Nr. 58/97 vom Dezember 1996 (und späterer Änderungen) erhoben; sie entsprechen den Definitionen, Aufgliederungen und Fristen für die Bereitstellung der Daten sowie bestimmten Qualitätsaspekten, die in den Verordnungen der Kommission zu ihrer Umsetzung genannt werden. Hinweis: Die Aufgliederung der Wirtschaftszweige ist sehr detailliert und die Daten im Bereich der strukturellen Unternehmensstatistik der Eurostat-Verbreitungsdatenbank gehen viel stärker ins

Detail als die kurz gefassten Informationen, die (aus Platzgründen) in diesem Jahrbuch vorgestellt werden können.

Die SUS-Datensammlung besteht aus einem gemeinsamen Modul (Anhang I), das grundlegende Statistiken für alle Wirtschaftszweige umfasst, sowie aus sechs sektorspezifischen Anhängen, die eine umfassendere Merkmalsliste abdecken. Die sektorspezifischen Anhänge sind: Industrie (Anhang II), Handel (Anhang III), Baugewerbe (Anhang IV), Versicherungen (Anhang V), Kreditinstitute (Anhang VI) und Pensionsfonds (Anhang VII). Darüber hinaus sind drei weitere Anhänge neu hinzugekommen: Dienstleistungen für Unternehmen (Anhang VIII), Demografie der Unternehmen (Anhang IX) und ein flexibles Modul für Ad-hoc-Datensammlungen (Anhang X).

Die SUS enthält einen umfassenden Bestand an grundlegenden Variablen zur Beschreibung von unternehmensdemografischen und beschäftigungspolitischen Merkmalen sowie finanzielle Messgrößen (vor allem für betriebliche Erträge und Ausgaben oder Investitionen). Darüber hinaus werden abgeleitete Indikatoren erstellt: beispielsweise in Form von Quoten der monetären Merkmale oder Pro-Kopf-Werten. Die Variablen in diesem Abschnitt werden wie folgt definiert:

- Die **Zahl der Unternehmen** entspricht der Zahl der Unternehmen, die zumindest während eines Teils des Bezugszeitraums aktiv waren. Das Unternehmen entspricht der kleinsten Kombination rechtlicher Einheiten, die eine organisatorische Einheit zur Erzeugung von Waren und Dienstleistungen bildet und insbesondere in Bezug auf die Verwendung der ihr zufließenden laufenden Mittel über eine gewisse Entscheidungsfreiheit verfügt. Ein Unternehmen übt eine Tätigkeit oder mehrere Tätigkeiten an



einem oder mehreren Standorten aus. Es kann aus einer einzigen rechtlichen Einheit bestehen.

- Die **Wertschöpfung** entspricht der Differenz zwischen dem Wert der Produktion und den in die Produktion einfließenden Vorleistungen, korrigiert um Produktionssubventionen und Kosten, Steuern und Abgaben. Sie kann errechnet werden aus: Umsatz plus selbsterstellte Anlagen plus andere betriebsbedingte Erträge plus oder minus Vorratsveränderungen minus Kauf von Gütern und Dienstleistungen minus andere Steuern auf Produkte, die mit dem Umsatz zusammenhängen, aber nicht absetzbar sind, minus Zölle und Steuern, die mit der Produktion verbunden sind. Alternativ kann sie durch Addition des betrieblichen Bruttoüberschusses und der Personalkosten berechnet werden.
- Die **Zahl der Beschäftigten** wird definiert als die Gesamtzahl der in der jeweiligen Einheit tätigen Personen (einschließlich mitarbeitender Inhaber, regelmäßig in der Einheit mitarbeitender Teilhaber und unbezahlt mithelfender Familienangehöriger) sowie der Personen, die außerhalb der Einheit tätig sind, aber zu ihr gehören und von ihr vergütet werden (z. B. Handelsvertreter, Lieferpersonal, Reparatur- und Instandsetzungsteams). Nicht in der Zahl der Beschäftigten enthalten sind Arbeitskräfte, die der Einheit von anderen Unternehmen zur Verfügung gestellt werden oder die in der Einheit im Auftrag anderer Unternehmen Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten durchführen, sowie Personen, die ihren Pflichtwehrdienst ableisten.
- Die **durchschnittlichen Personalkosten** (oder Lohnstückkosten) sind die Personalkosten geteilt durch die Zahl der Arbeitnehmer (entlohnte Personen mit Arbeitsvertrag). Personalaufwen-

dungen sind alle Geld- oder Sachleistungen, mit denen ein Arbeitgeber die Arbeitnehmer (Festangestellte, Arbeitnehmer mit Zeitverträgen oder Heimarbeiter) für die von ihnen während des Berichtszeitraums geleistete Arbeit entlohnt. Darin enthalten ist die gesamte während des Berichtszeitraums gezahlte Entlohnung, unabhängig davon, ob sie auf der Grundlage der Arbeitszeit, der Erzeugung oder als Stücklohn gezahlt wird. Ebenfalls enthalten sind sämtliche Gratifikationen, Abfindungen, 13. Monatsgehälter (und andere feste Zulagen), Zahlungen an Mitarbeiter im Anschluss an Entlassungen, Vergütungen von Unterkunftskosten, Beförderungskosten, Teuerungszulagen und Familienzulagen, Provisionen, Sitzungsgelder, Überstunden- und Nachtzulagen usw. sowie Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und andere Abgaben, die von den Arbeitnehmern geschuldet werden und von den Arbeitgebern an der Quelle einbehalten werden. Außerdem sind darin die Sozialbeiträge der Arbeitgeber enthalten. Zahlungen für Leiharbeiter sind nicht in den Personalkosten enthalten.

- Die **sichtbare Arbeitsproduktivität** wird definiert als Wertschöpfung dividiert durch die Zahl der Beschäftigten.

Die SUS liegt auch nach Regionen oder **Unternehmensgrößenklassen** untergliedert vor. In der SUS werden Größenklassen auf der Grundlage der Zahl der Beschäftigten definiert, ausgenommen spezifische Reihen innerhalb der Tätigkeiten des Einzelhandels, für die auch die Umsatzgrößenklassen herangezogen werden können. Ein begrenzter Satz der SUS-Standardvariablen (Zahl der Unternehmen, Umsatz, Beschäftigte, Wertschöpfung usw.) liegt meist auf der dreistelligen Ebene (Gruppe) der NACE vor, unterteilt nach Größenklassen. Gemäß der Empfehlung 2003/361/EG der Kom-



mission vom 6. Mai 2003 werden kleine und mittlere Unternehmen nach Anzahl ihrer Beschäftigten, Jahresumsatz und dem Kriterium der Unabhängigkeit definiert. Für statistische Zwecke gelten als kleine und mittlere Unternehmen im Allgemeinen Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten. Die Zahl der Größenklassen ist je nach Wirtschaftszweig unterschiedlich. Die Hauptgruppen für die Darstellung der Ergebnisse in der vorliegenden Veröffentlichung sind allerdings:

- kleine und mittlere Unternehmen (KMU): mit 1 bis 249 Beschäftigten, weiter untergliedert in
- Kleinstunternehmen: weniger als 10 Beschäftigte;
- kleine Unternehmen: 10 bis 49 Beschäftigte;
- mittlere Unternehmen: 50 bis 249 Beschäftigte;
- Großunternehmen: 250 oder mehr Beschäftigte.

Die strukturelle Unternehmensstatistik umfasst außerdem Informationen zu einer Reihe besonderer Themen, unter anderem zur **Unternehmensdemografie**. Die Statistiken zur Unternehmensdemografie enthalten Daten zur Grundgesamtheit aktiver Unternehmen, zu Unternehmensgründungen, zum Fortbestand von Unternehmen (weiterverfolgt bis fünf Jahre nach ihrer Gründung) und zu Unternehmensschließungen. Besondere Aufmerksamkeit gilt den Auswirkungen dieser demografischen Ereignisse auf die Beschäftigung. Die unternehmensdemografischen Variablen in diesem Abschnitt werden wie folgt definiert:

- Eine **Unternehmensgründung** ist mit der Schaffung einer Kombination von Produktionsfaktoren gleichzusetzen, mit der Einschränkung, dass keine anderen Unternehmen an diesem Ereignis beteiligt sind. Nicht als Unternehmensgründung gelten Zugän-

ge zum Bestand infolge von Fusion, Auflösung, Abtrennung oder Umstrukturierung einer Unternehmensgruppe; ebenfalls nicht mitgezählt werden Zugänge zu einer Teilpopulation, die sich nur aus dem Wechsel des Tätigkeitsbereichs ergeben. Eine Unternehmensgründung liegt vor, wenn ein Unternehmen von Grund auf aufgebaut wird und seine Tätigkeit tatsächlich aufnimmt. Die Unternehmensgründungsrate bezeichnet die Zahl der Gründungen gemessen am Bestand aktiver Unternehmen.

- Eine **Unternehmensschließung** ist mit der Auflösung einer Kombination von Produktionsfaktoren gleichzusetzen, mit der Einschränkung, dass keine anderen Unternehmen an diesem Vorgang beteiligt sind. Ein Unternehmen wird nur unter den Unternehmensschließungen erfasst, wenn es nicht innerhalb von zwei Jahren reaktiviert wird. Ebenso gilt eine Reaktivierung innerhalb von zwei Jahren nicht als Unternehmensgründung.
- Ein **Unternehmen besteht fort**, wenn es gemessen an der Beschäftigung und/oder dem Umsatz im Jahr seiner Gründung und im (in den) folgenden Jahr(en) noch aktiv ist. Dabei kann zwischen zwei Arten des Fortbestands unterschieden werden: Bei einem Unternehmen, das im Jahr x gegründet wurde, wird davon ausgegangen, dass es im Jahr $x+1$ fortbesteht, wenn es gemessen an der Beschäftigung bzw. dem Umsatz zu einem beliebigen Zeitpunkt im Jahr $x+1$ noch aktiv ist (= Fortbestand ohne Veränderung). Ebenfalls wird vom Fortbestand eines Unternehmens ausgegangen, wenn die rechtliche(n) Einheit(en) zwar aufgehört hat (haben), aktiv zu sein, ihre Aktivität jedoch von einer neuen rechtlichen Einheit übernommen wurde, die speziell zur Übernahme der Produktionsfaktoren des Unterneh-



mens gegründet wurde (= Fortbestand durch Übernahme). Schwerpunkt der in der vorliegenden Veröffentlichung enthaltenen Informationen ist die zweijährige Fortbestandsrate.

Wichtigste Ergebnisse

Im Jahr 2006 gab es unter den Unternehmen der EU-27 im nichtfinanziellen Bereich der gewerblichen Wirtschaft (definiert als Industrie, Baugewerbe, Handel und Dienstleistungen, also ohne Finanzdienstleistungen) ungefähr 20,2 Millionen aktive Unternehmen. Etwas mehr als 30 % dieser Unternehmen waren im Sektor Handel tätig (dieser setzt sich zusammen aus Kraftfahrzeug-, Groß- und Einzelhandel); sie erwirtschafteten im Jahr 2006 eine Wertschöpfung von 1 099 Mrd. EUR und beschäftigten ungefähr 31,7 Millionen Erwerbstätige. Das verarbeitende Gewerbe, auf das etwas mehr als jedes zehnte Unternehmen (11,5 %) im nichtfinanziellen Bereich der gewerblichen Wirtschaft der EU-27 entfiel, erwirtschaftete eine Wertschöpfung von weiteren 1 712 Mrd. EUR und beschäftigte 34,4 Millionen Erwerbstätige. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass es sich bei den hier dargestellten Beschäftigungsdaten um absolute Zahlen handelt und nicht etwa um Vollzeitäquivalente, und dass der Anteil der Teilzeitbeschäftigten in einigen Wirtschaftszweigen, insbesondere im Handel, erhebliche Größenordnungen erreicht.

Der hohe Anteil von Teilzeitarbeitsstellen in zahlreichen Dienstleistungsbereichen erklärt auch die erheblichen Unterschiede in den durchschnittlichen Personalkosten im nichtfinanziellen Bereich der gewerblichen Wirtschaft der EU-27. Die durchschnittlichen Personalkosten beliefen sich im Sektor Energie- und Wasserversorgung im Jahr 2006 auf 42 200 EUR je Beschäftigtem und waren damit 2,7-mal so hoch wie im Gastgewerbe und 1,7 Mal so hoch wie im Handel. Die Unterschiede

bei den Löhnen und Gehältern im Ländervergleich der Mitgliedstaaten waren sogar noch größer. So waren beispielsweise im verarbeitenden Gewerbe (der Mitgliedstaaten, zu denen Zahlen vorlagen) die Personalkosten in Belgien mit einem Spitzenwert von 53 000 EUR je Beschäftigtem (2007) um den Faktor Zehn höher als in Lettland, das mit 5 300 EUR (2006) den niedrigsten Wert aufwies.

Die nach Unternehmensgrößenklassen untergliederte SUS (nach der Zahl der Beschäftigten) zeigt, dass nicht einmal jedes vierhundertste Unternehmen im nichtfinanziellen Bereich der gewerblichen Wirtschaft in der EU-27 im Jahr 2006 250 oder mehr Beschäftigte zählte (und damit als Großunternehmen gilt), dass auf diese Unternehmen aber ungefähr ein Drittel (32,6 %) aller Arbeitsplätze und mehr als zwei Fünftel (43,1 %) der Wertschöpfung entfielen. Dennoch erwirtschafteten kleine und mittlere Unternehmen (KMU, mit weniger als 250 Beschäftigten) mehr als die Hälfte der Wertschöpfung (56,9 %) und beschäftigten den überwiegenden Teil (67,4 %) der Erwerbstätigen im nichtfinanziellen Bereich der gewerblichen Wirtschaft. Kleinunternehmen (mit weniger als zehn Beschäftigten) spielten dabei eine besonders wichtige Rolle, da sie annähernd die gleiche Zahl Beschäftigte stellen wie Großunternehmen.

Besonders stark waren Großunternehmen in den Sektoren Bergbau, Energie- und Wasserversorgung sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung vertreten. Diese Wirtschaftszweige sind gekennzeichnet durch relativ hohe, zur Erreichung der Wirtschaftlichkeit erforderliche Mindestproduktionsvolumen und/oder durch (Übertragungs-)Netze, die aufgrund ihrer hohen Investitionskosten selten dupliziert werden. Andererseits waren kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in den Wirtschaftszweigen Bau und Beherbergungs- und Gaststättengewerbe besonders

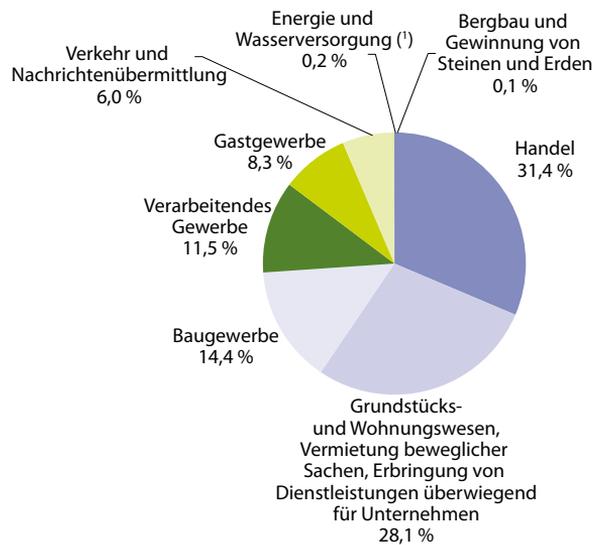


wichtig; dort entfielen mehr als drei Viertel der Wertschöpfung auf Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten.

Der Unternehmensbestand in der gewerblichen Wirtschaft unterliegt von Jahr zu Jahr erheblichen Veränderungen,

die das Niveau des Wettbewerbs und der unternehmerischen Initiative widerspiegeln. 2006 war mindestens jedes zehnte aktive Unternehmen in Bulgarien, Deutschland, Estland, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Spanien und dem Vereinigten Königreich eine Neugründung.

Abbildung 7.1: Aufgliederung der Zahl der Unternehmen des nichtfinanziellen Bereichs der gewerblichen Wirtschaft, EU-27, 2006 (¹)
(in %)



(¹) Die Gesamtzahl der Unternehmen im nichtfinanziellen Bereich der gewerblichen Wirtschaft in der EU-27 wurde im Jahr 2006 auf 20,2 Millionen geschätzt.

Quelle: Eurostat (tin00050)



Tabelle 7.1: Wertschöpfung, 2006
(in Mrd. EUR)

	Bergbau u. Gewinnung von Steinen u. Erden	Verar- beitendes Gewerbe	Energie- u. Wasser	Bauge- werbe	Handel	Gastge- werbe	Verkehr u. Nach- richten- über- mittlung	Immobi- lien, Vermie- tungs- u. Ge- schäfts- aktivitäten
EU-27	88,55	1 711,79	203,66	510,02	1 099,04	181,91	652,93	1 202,14
Belgien (¹)	0,32	51,67	6,17	12,31	35,63	3,79	20,00	33,85
Bulgarien	0,64	3,58	1,09	1,06	:	0,33	1,89	0,95
Tschech. Rep.	1,47	26,49	4,88	5,29	11,42	1,26	7,57	9,23
Dänemark (¹)	7,16	29,23	2,54	11,08	24,09	2,54	15,35	30,55
Deutschland	6,47	459,39	44,23	55,44	202,96	23,23	118,70	242,11
Estland (¹)	0,12	2,28	0,37	1,12	1,99	0,19	1,08	1,40
Irland	1,17	35,50	2,07	9,22	16,38	3,41	7,13	16,03
Griechenland	0,95	15,83	2,68	6,38	22,27	3,46	9,21	8,78
Spanien	2,50	132,37	15,13	94,26	106,23	25,17	58,68	102,46
Frankreich	4,61	215,48	25,78	69,55	151,49	28,53	97,27	202,55
Italien	7,32	218,77	19,79	63,26	116,04	21,99	76,09	108,07
Zypern	0,04	1,14	0,28	1,21	1,73	0,92	1,03	1,20
Lettland	0,04	1,78	0,35	0,98	2,46	0,23	1,49	1,40
Litauen	0,10	2,62	0,64	1,27	2,38	0,16	1,53	1,32
Luxemburg	0,03	2,76	0,27	1,62	2,60	0,49	2,57	4,08
Ungarn	0,16	17,17	2,03	2,36	7,52	0,70	5,61	6,46
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:
Niederlande	6,51	60,13	5,89	23,92	58,53	6,61	33,01	10,03
Österreich (¹)	0,87	48,32	5,69	13,64	28,35	6,66	16,02	27,92
Polen	6,47	45,44	8,99	9,32	27,62	1,52	15,46	15,91
Portugal (¹)	0,69	19,78	3,84	9,46	17,00	3,36	10,12	12,54
Rumänien (¹)	3,02	13,81	2,61	5,26	9,67	0,75	5,94	5,30
Slowenien	0,12	6,43	0,64	1,42	3,06	0,46	1,71	1,92
Slowakei	0,19	6,94	2,67	0,99	3,19	0,17	1,91	1,99
Finnland	0,42	33,23	3,32	7,01	13,47	1,81	9,42	13,81
Schweden (¹)	1,76	57,22	6,86	14,85	31,99	3,95	18,02	44,85
Ver. Königreich	34,98	217,89	35,65	97,62	212,38	41,71	121,86	310,46
Norwegen	43,65	22,60	5,43	9,98	19,72	2,45	17,88	23,39

(¹) 2007.

Quelle: Eurostat (tin00002)

Tabelle 7.2: Zahl der Beschäftigten, 2006
(in Tsd.)

	Bergbau u. Gewinnung von Steinen u. Erden	Verar- beitendes Gewerbe	Energie- u. Wasser	Bauge- werbe	Handel	Gastge- werbe	Verkehr u. Nach- richten- über- mittlung	Immobi- lien, Vermie- tungs- u. Geschäfts- aktivitäten
EU-27	733	34413	1 598	14 093	31 676	9 266	11 885	26 109
Belgien (¹)	3	611	25	272	640	172	247	570
Bulgarien	30	664	57	185	:	115	191	173
Tschech. Rep.	44	1 354	57	393	694	158	337	501
Dänemark (¹)	3	421	16	207	470	109	188	406
Deutschland	88	7 109	276	1 499	4 784	1 316	1 966	4 463
Estland (¹)	5	132	8	59	101	21	47	71
Irland	6	220	9	72	318	149	92	223
Griechenland	13	400	24	310	966	304	236	336
Spanien	39	2 590	70	2 798	3 358	1 259	1 053	2 741
Frankreich	33	3 658	195	1 652	3 320	915	1 548	3 343
Italien	42	4 577	115	1 845	3 443	1 115	1 237	2 802
Zypern	1	36	2	34	64	39	24	21
Lettland	3	164	15	73	181	31	83	93
Litauen	3	268	25	125	269	39	102	101
Luxemburg	0	37	1	36	43	15	24	53
Ungarn	6	778	54	240	583	127	265	483
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:
Niederlande	7	779	24	481	1 383	345	475	1 599
Österreich (¹)	6	638	31	262	625	248	243	436
Polen	185	2 591	204	700	2 240	231	761	969
Portugal (¹)	13	818	24	515	871	287	195	638
Rumänien (¹)	93	1 508	127	513	1 032	134	399	484
Slowenien	4	236	12	72	113	32	56	73
Slowakei	9	412	39	72	191	22	104	113
Finnland	4	407	16	136	266	55	161	224
Schweden (¹)	9	806	31	298	633	139	315	640
Ver. Königreich	66	3 141	137	1 393	4 755	1 927	1 561	4 759
Norwegen	34	262	15	158	355	84	167	255

(¹) 2007.

Quelle: Eurostat (tin00004)



Tabelle 7.3: Durchschnittliche Personalkosten, 2006
(in Tsd. EUR je Beschäftigten)

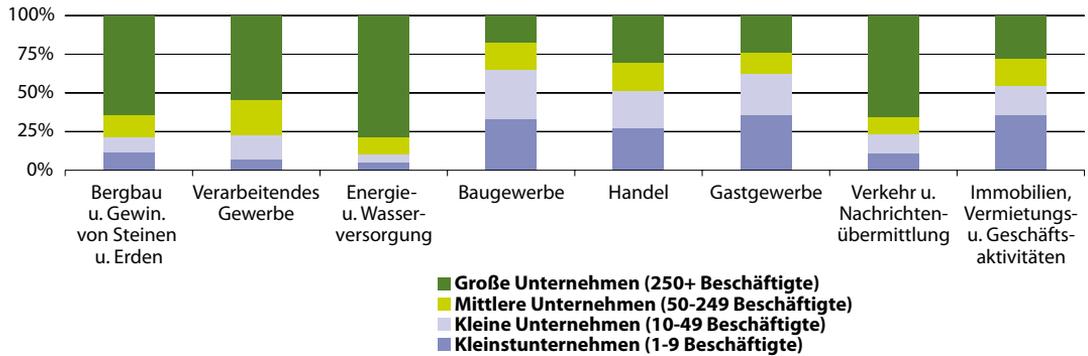
	Bergbau u. Gewinnung von Steinen u. Erden	Verar- beitendes Gewerbe	Energie- u. Wasser	Bauge- werbe	Handel	Gastge- werbe	Verkehr u. Nach- richten- über- mittlung	Immobi- lien, Vermie- tungs- u. Ge- schäfts- aktivitäten
EU-27	31,3	33,3	42,2	27,9	24,2	15,6	33,0	29,7
Belgien (¹)	48,8	53,0	94,5	38,7	40,2	17,7	48,4	46,0
Bulgarien	:	:	:	2,4	:	1,6	3,9	3,1
Tschech. Rep.	14,8	11,1	16,1	11,0	10,9	6,7	12,6	13,4
Dänemark (¹)	66,1	48,2	49,9	43,0	35,8	17,4	47,2	42,1
Deutschland	49,4	47,2	69,5	32,6	27,2	12,6	32,8	30,5
Estland (¹)	13,1	10,6	13,3	12,3	10,8	6,8	12,0	11,4
Irland	52,8	43,8	92,9	49,3	29,0	18,0	46,1	41,3
Griechenland	42,0	26,2	49,2	17,4	18,7	14,3	31,9	22,7
Spanien	33,9	31,1	52,3	26,8	23,2	17,6	31,9	23,8
Frankreich	50,6	44,2	62,1	37,7	35,2	26,9	43,2	44,3
Italien	48,1	34,4	49,9	27,7	29,1	19,5	37,6	28,0
Zypern	29,9	20,0	41,9	24,1	20,1	17,8	26,1	23,6
Lettland	6,2	5,3	8,7	5,2	4,6	3,3	6,5	5,9
Litauen	8,6	6,0	9,4	6,9	5,4	3,3	6,6	6,5
Luxemburg	42,5	50,3	77,8	35,2	38,4	24,6	52,6	46,3
Ungarn	12,8	10,4	16,9	7,1	8,5	5,3	12,3	10,4
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:
Niederlande	73,7	46,4	59,8	46,2	26,9	12,9	39,0	2,7
Österreich (¹)	54,9	45,6	71,7	38,5	32,5	21,6	42,3	39,4
Polen	18,1	8,9	14,3	8,1	7,1	5,1	9,9	9,8
Portugal (¹)	17,9	14,8	38,3	12,6	12,8	9,1	24,4	12,3
Rumänien (¹)	16,5	6,4	12,5	4,9	4,3	3,4	7,1	5,5
Slowenien	26,8	17,8	25,5	15,2	17,7	12,8	20,6	20,0
Slowakei	8,5	8,6	12,1	7,8	7,9	5,2	9,4	9,6
Finnland	40,5	45,5	50,5	38,3	34,1	27,1	39,9	40,4
Schweden (¹)	57,8	51,6	64,9	45,1	41,3	25,9	44,8	49,8
Ver. Königreich	76,1	41,9	52,4	39,0	26,1	13,5	43,9	38,5
Norwegen	129,9	58,6	66,5	52,8	39,1	25,1	51,6	56,6

(¹) 2007.

Quelle: Eurostat (tin00049)



Abbildung 7.2: Wertschöpfung nach Unternehmensgrößenklassen, EU-27, 2006 ⁽¹⁾
(in % des Gesamtwertes für den Sektor)

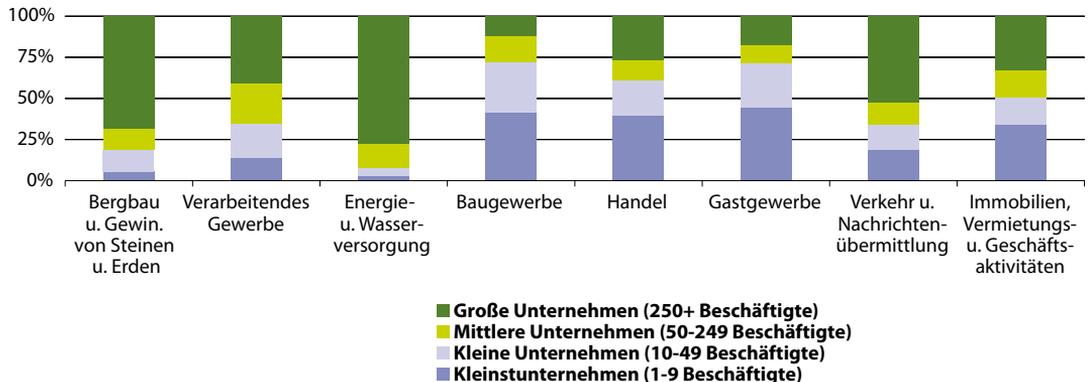


⁽¹⁾ Schätzungen.

⁽²⁾ 2005.

Quelle: Eurostat (tin00053)

Abbildung 7.3: Beschäftigung nach Unternehmensgrößenklassen, EU-27, 2006 ⁽¹⁾
(in % des Gesamtwertes für den Sektor)



⁽¹⁾ Schätzungen.

Quelle: Eurostat (tin00052)



Tabelle 7.4: Wertschöpfung nach Unternehmensgrößenklassen, nichtfinanzieller Bereich der gewerblichen Wirtschaft, 2006

	Wertschöpfung (Mrd. EUR)	Anteil an der Gesamtwertschöpfung (in %)			
		Kleinstunter- nehmen (1-9 Beschäf- tigte)	Kleine Unterneh- men (10-49 Besch.)	Mittlere Unterneh- men (50-249 Besch.)	Große Unterneh- men (250+ Besch.)
EU-27⁽¹⁾	5 650,2	20,2	18,8	17,8	43,1
Belgien ⁽²⁾	163,7	19,4	:	:	:
Bulgarien	:	:	:	:	:
Tschech. Rep.	67,6	18,8	16,0	19,9	45,3
Dänemark ⁽²⁾	122,6	25,9	:	19,0	:
Deutschland	1 152,5	15,5	:	:	:
Estland ⁽²⁾	8,5	20,2	26,5	:	:
Irland	90,9	:	:	:	:
Griechenland	69,6	35,1	:	17,1	:
Spanien	536,8	26,5	24,1	17,3	32,1
Frankreich	795,3	21,0	18,7	15,6	44,8
Italien	631,3	32,7	23,0	16,1	28,3
Zypern	7,6	31,3	:	:	:
Lettland	8,7	18,5	:	28,4	:
Litauen	10,0	11,6	:	29,2	:
Luxemburg	14,4	24,3	:	:	:
Ungarn	42,0	17,5	:	18,2	:
Malta	:	:	:	:	:
Niederlande	259,9	:	:	:	:
Österreich ⁽²⁾	147,5	18,8	19,7	:	:
Polen	130,7	18,3	11,8	21,6	48,3
Portugal ⁽²⁾	76,8	:	22,8	21,4	:
Rumänien	35,1	13,9	15,8	19,8	50,4
Slowenien	15,8	19,9	:	:	:
Slowakei	18,0	:	:	:	:
Finnland	82,4	:	:	:	:
Schweden ⁽²⁾	179,6	20,3	18,2	18,1	43,5
Ver. Königreich	1 072,6	18,5	15,5	16,6	49,3
Norwegen	145,1	29,8	15,7	18,9	35,5

⁽¹⁾ 2005 für die Aufschlüsselung nach Größenklassen.

⁽²⁾ 2007.

Quelle: Eurostat (sbs_sc_1b_se02, sbs_sc_3ce_tr02, sbs_sc_4d_co02, sbs_sc_2d_mi02, sbs_sc_2d_dade02 und sbs_sc_2d_el02)

Tabelle 7.5: Zahl der Beschäftigten nach Unternehmensgrößenklassen, nichtfinanzieller Bereich der gewerblichen Wirtschaft, 2006

	Zahl der Beschäftigten (in Tsd.)	Anteil an der Gesamtbeschäftigung (in %)			
		Kleinstunternehmen (1-9 Beschäftigte)	Kleine Unternehmen (10-49 Besch.)	Mittlere Unternehmen (50-249 Besch.)	Große Unternehmen (250+ Besch.)
EU-27	129 773	29,6	20,7	17,0	32,6
Belgien (¹)	2 541	29,1	:	:	:
Bulgarien	:	:	:	:	:
Tschech. Rep.	3 539	29,0	18,7	19,8	32,5
Dänemark (¹)	1 822	19,6	:	21,2	:
Deutschland	21 501	19,3	21,8	19,3	39,5
Estland (¹)	444	24,1	27,6	:	:
Irland	1 089	:	:	:	:
Griechenland	2 589	58,0	:	11,8	:
Spanien	13 908	37,7	25,5	14,8	22,0
Frankreich	14 663	24,7	20,8	16,2	38,3
Italien	15 177	46,9	21,6	12,5	19,0
Zypern	220	39,0	:	:	:
Lettland	643	21,7	28,0	26,1	24,1
Litauen	932	22,8	:	26,5	:
Luxemburg	210	19,1	:	:	:
Ungarn	2 536	35,4	:	16,4	:
Malta	:	:	:	:	:
Niederlande	5 094	29,0	:	16,7	:
Österreich (¹)	2 489	24,9	23,2	:	:
Polen	7 882	38,6	11,6	18,7	31,1
Portugal (¹)	3 362	:	:	16,5	:
Rumänien	4 114	21,2	19,8	22,6	36,4
Slowenien	597	:	:	:	:
Slowakei	961	:	:	:	:
Finnland	1 268	:	:	:	:
Schweden (¹)	2 874	24,2	21,0	18,3	36,3
Ver. Königreich	17 737	21,5	17,9	15,4	45,2
Norwegen	1 329	26,5	25,0	18,3	30,3

(¹) 2007.

Quelle: Eurostat (sbs_sc_1b_se02, sbs_sc_3ce_tr02, sbs_sc_4d_co02, sbs_sc_2d_mi02, sbs_sc_2d_dade02 und sbs_sc_2d_el02)

**Tabelle 7.6:** Unternehmensdemografie, gewerbliche Wirtschaft, 2006 ⁽¹⁾

	Unternehmensgründ. (in % der Unternehmens. bei den aktiv. Unternehmen) ⁽²⁾	Unternehmensschließung. (in % der Unternehmens. bei den aktiv. Unternehmen) ⁽³⁾	Unternehmensfortbestand (in % aller Unternehmens gründ. im Jahr n-2, die im Jahr n noch aktiv sind) ⁽⁴⁾
Belgien	:	:	:
Bulgarien	11,9	11,2	47,3
Tschech. Rep.	9,3	11,3	64,1
Dänemark	:	10,3	:
Deutschland	10,0	:	:
Estland	15,9	10,3	64,6
Irland	:	:	:
Griechenland	:	:	:
Spanien	10,4	6,9	75,2
Frankreich	9,4	6,8	76,6
Italien	7,1	7,5	74,7
Zypern	7,1	:	:
Lettland	9,9	7,9	73,0
Litauen	:	:	:
Luxemburg	12,3	8,3	76,7
Ungarn	8,7	12,0	63,1
Malta	:	:	:
Niederlande	9,8	8,6	73,1
Österreich	8,4	6,1	:
Polen	:	:	:
Portugal	14,2	14,8	59,5
Rumänien	14,6	8,9	77,6
Slowenien	9,7	5,4	84,2
Slowakei	7,3	5,2	72,8
Finnland	8,3	6,8	66,7
Schweden	6,7	5,6	87,3
Ver. Königreich	12,9	10,7	79,2
Norwegen	9,8	:	:
Schweiz	3,6	3,5	70,7

⁽¹⁾ Umfasst die gewerbliche Wirtschaft (NACE Rev. 1.1 Abschnitte C bis K) ohne Beteiligungsgesellschaften (NACE Rev. 1.1 Klasse 74.15); in Portugal und Rumänien werden Alleininhaberunternehmen nicht erfasst.

⁽²⁾ Zypern, Niederlande, Slowakei und Finnland: 2005; Deutschland und Schweiz: 2004.

⁽³⁾ 2005, ausgenommen Niederlande, Slowakei, Finnland und Schweiz: 2004.

⁽⁴⁾ 2006, ausgenommen Niederlande, Slowakei, Finnland und Schweiz: 2005.

Quelle: Eurostat (tsier150)



7.2 Industrie und Baugewerbe

Einleitung

In ihrer Halbzeitbewertung der Industriepolitik ⁽²⁾, bezeichnete die Europäische Kommission die Globalisierung und den technologischen Wandel als zentrale Herausforderungen für die europäische Industrie. Die Industriepolitik der EU soll Maßnahmen der Mitgliedstaaten ergänzen. Der Erfolg eines Unternehmens hängt letztendlich von der Lebensfähigkeit und Stärke des Unternehmens selbst ab, aber die Rahmenbedingungen, unter denen es tätig ist, können seine Aussichten verbessern oder verschlechtern, insbesondere, wenn es mit den Herausforderungen der Globalisierung und des starken internationalen Wettbewerbs konfrontiert ist.

Einer Mitteilung über Industriepolitik aus dem Jahr 2005 lag erstmals ein integriertes Konzept zugrunde; in ihr wurden sowohl sektorspezifische als auch gemeinsame Fragen angesprochen. Seit diesem Zeitpunkt entwickelte sich die Gesamtleistung der europäischen Industrie angesichts einer zunehmend integrierten Welt und eines immer schneller werdenden technologischen Wandels kontinuierlich günstig weiter. Die neue Industriepolitik der Kommission umfasst sieben neue, sektorübergreifende Initiativen – in den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit, Energie und Umwelt, Rechte an geistigem Eigentum, bessere Rechtsetzung, industrielle Forschung und Innovation, Marktzugang, Qualifikationen und Bewältigung des Strukturwandels. Sieben weitere Initiativen sind auf strategische Schlüsselsektoren ausgerichtet, wie etwa die Pharmaindustrie, die Rüstungsindustrie oder die Informations- und Kommunikationstechnologie.

Definitionen und Datenverfügbarkeit

Hintergrundinformationen über strukturelle Unternehmensstatistiken (SUS) einschließlich Definitionen von Wertschöpfung und Beschäftigten sind im vorigen Abschnitt (7.1 Un-

ternehmensstrukturen) unter „Definitionen und Datenverfügbarkeit“ zu finden. An dieser Stelle sei nochmals darauf hingewiesen, dass die Daten der SUS auch weiterhin auf der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Rev. 1.1 basieren. Die zusätzlichen Variablen in diesem Abschnitt werden wie folgt definiert:

- Die **lohnbereinigte Arbeitsproduktivität** wird definiert als Verhältniswert aus der Wertschöpfung zu Faktorkosten dividiert durch die Personalkosten (wobei der letztere Wert als Anteil der Arbeitnehmer dividiert durch die Zahl der Beschäftigten ermittelt wird); das Ergebnis wird in Prozent ausgedrückt. Dieser Verhältniswert kann auch berechnet werden, indem die sichtbare Arbeitsproduktivität durch die durchschnittlichen Personalkosten dividiert und das Ergebnis als Prozentwert angegeben wird.
- Die **Bruttobetriebsrate** ist ein Maß für die Rentabilität, die einen Schlüsselfaktor für die Wettbewerbsfähigkeit und den Unternehmenserfolg darstellt. Sie wird definiert als der Anteil des Bruttobetriebsüberschusses am Umsatz und wird als Prozentwert ausgedrückt. Der **Bruttobetriebsüberschuss** ist der durch die betriebliche Geschäftstätigkeit geschaffene Überschuss nach erfolgter Vergütung der eingesetzten Menge des Produktionsfaktors Arbeit (er kann berechnet werden aus der Wertschöpfung zu Faktorkosten abzüglich Personalkosten). Der Umsatz wird häufig auch als „Verkäufe“ bezeichnet; kapitalintensive Wirtschaftszweige weisen tendenziell höhere Bruttobetriebsraten auf, während Wirtschaftszweige im Bereich des Handels häufig niedrigere Raten melden.

PRODCOM (PRODUCTION COMMunautaire) ist ein System zur Sammlung und Verbreitung

⁽²⁾ KOM(2007) 374; nähere Informationen unter:

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/industrial-competitiveness/documents/comm-policy-framework/index_en.htm.



von Statistiken über die Produktion von gewerblichen Waren (hauptsächlich Industrieerzeugnisse) in Volumen und Wert. Es beruht auf einer Produktklassifikation, der Prodcom-Liste, die aus rund 4500 Positionen im Zusammenhang mit gewerblichen Waren besteht. Diese Waren werden auf einer achtstelligen Ebene untergliedert, wobei die ersten vier Stellen sich auf die entsprechende NACE-Klasse und die beiden folgenden Stellen auf Unterkategorien der statistischen Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (CPA) beziehen. Die meisten Positionen entsprechen einem oder mehreren Codes der Kombinierten Nomenklatur (KN).

Ein großer Teil der Statistiken in diesem Abschnitt wurde außer der SUS und Prodcom auch der **Konjunkturstatistik (KS)** entnommen. Darunter befindet sich ein Satz der wichtigsten europäischen Wirtschaftsindikatoren (WEWI), die die Europäische Zentralbank (EZB) zur Überprüfung der Geldpolitik des Euroraums benötigt. Diese Konjunkturstatistik enthält Informationen über ein breites Spektrum an Wirtschaftszweigen gemäß der NACE Rev. 2 (im Gegensatz zur SUS, in der bis zum Vorliegen von Daten für das Jahr 2008 die Daten weiterhin auf NACE Rev 1.1 basieren); sie beruhen im Allgemeinen auf Erhebungen und administrativen Quellen. Die Mitgliedstaaten werden dazu angehalten, nach Möglichkeit saisonbereinigte Daten und Trendzyklus-Indizes zu übermitteln. Unterlassen sie dies, so berechnet Eurostat die Saisonbereinigung. Die nationalen statistischen Ämter sind für die Datensammlung und die Berechnung der nationalen Zeitreihen zuständig, während Eurostat für die Aggregationen auf Ebene des Euroraums und auf EU-Ebene zuständig ist.

Konjunkturstatistiken können in unterschiedlicher Form vorgelegt werden:

- Bei der **arbeitstäglichen** Bereinigung wird der Index so bereinigt, dass die Kalendermerkmale eines Monats berücksichtigt werden. Mit der arbeitstäglichen Bereinigung sollen kalendarische Effekte jeglicher Art herausgerechnet werden. Die Anzahl der Arbeitstage in einem Monat hängt ab vom Zeitpunkt bestimmter gesetzlicher Feiertage (Ostern kann je nach Jahr im März oder April sein), der möglichen Überlappung von gesetzlichen Feiertagen mit arbeitsfreien Tagen (z. B. 1. Mai fällt auf einen Sonntag), der Tatsache, ob das Jahr ein Schaltjahr ist, und von anderen Faktoren.
- Die **Saisonbereinigung** oder Bereinigung um saisonale Schwankungen soll es ermöglichen, dass nach der Bereinigung um kalendarische Effekte die Auswirkungen von in der Vergangenheit beobachteten, bekannten saisonalen Faktoren berücksichtigt werden können. Im Fall des Produktionsindex hat z. B. der jährliche Sommerurlaub einen negativen Einfluss auf die Industrieproduktion. Erforderlichenfalls berechnet Eurostat die Saisonbereinigung mit den Verfahren TRAMO (time series regression with ARIMA noise, missing observations and outliers) und SEATS (signal extraction in ARIMA time-series), kurz TRAMO/SEATS.
- Der Trend ist eine langsame Veränderung über viele Jahre hinweg, die im Allgemeinen mit strukturellen Ursachen des jeweiligen Phänomens in Verbindung steht. Der Zyklus ist eine quasi-periodische Schwankung. Er ist durch abwechselnde Zeiträume mit mehr oder minder starken Schwankungen gekennzeichnet, die möglicherweise, jedoch nicht immer, Aufschwünge und Rezessionen einschließen. Wenn diese unregelmäßige Komponente der Zeitreihe relativ stark ist, bietet die Trend-Zyklus-Reihe im Allgemeinen eine bessere Reihe für die Analyse längerfristiger Entwicklungen in der Vergangenheit. Bei der Analyse von Entwicklungen der



jüngsten Vergangenheit ist dieser Vorteil jedoch weniger eindeutig. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Trend-Zyklus-Werte für jüngere Perioden umfangreicheren Revisionen unterliegen können als die entsprechenden saisonbereinigten Werte. Letztere sind daher möglicherweise für die Analyse aktueller Entwicklungen geeigneter; dies trifft insbesondere im Bereich von Wendepunkten zu.

Konjunkturstatistiken werden im Rahmen der KS-Verordnung (*) gesammelt. Trotz der umfangreichen Änderungen nach Inkrafttreten der KS-Verordnung und der Verbesserungen hinsichtlich der Verfügbarkeit und Aktualität von Indikatoren, die sich aus ihrer Umsetzung ergaben, wurden bereits bei der Annahme der KS-Verordnung dringende Forderungen nach einer Weiterentwicklung laut. Die Gründung der EZB änderte die Erwartungen in Bezug auf die KS grundlegend. Dies führte dazu, dass die KS-Verordnung am 6. Juli 2005 geändert wurde (Verordnung (EG) Nr. 1158/2005). Zu den wichtigsten Neuerungen gehörten:

- neue Indikatoren für Analysezwecke, nämlich die Einführung von Einfuhrpreisen, Erzeugerpreisen für die Dienstleistungssektoren und die Aufgliederung des Auslandsumsatzes, des Auftragseingangs und der Erzeugerpreise in Euroraum-Länder und Nicht-Euroraum-Länder;
- aktuellere Daten durch Verkürzung der Fristen für die Lieferung der Produktionsindizes der Industrie und des Baugewerbes, der Umsatzindizes des Einzelhandels und der Dienstleistungssektoren (und der Umsatzvolumen) und der Beschäftigungsindizes für alle Wirtschaftszweige;
- häufigere Datenbereitstellung, dadurch häufigere Erscheinungsweise des Produktionsindex des Baugewerbes (monatlich anstatt vierteljährlich).

Der **Produktionsindex** dient als Messgröße für die volumenmäßige Entwicklung der

Wertschöpfung zu Faktorkosten im Berichtszeitraum. Im Produktionsindex sollte Folgendes berücksichtigt werden:

- Änderungen in Art und Qualität der Waren und der Vorleistungsgüter;
- Vorratsveränderungen bei fertigen und unfertigen Erzeugnissen;
- Änderungen der technischen Input-Output-Beziehungen (Verarbeitungsverfahren);
- Dienstleistungen wie Montage von Produktionseinheiten, Einbau, Installation, Reparatur, Planung, Konstruktion, Entwicklung von Software.

Die für die Erstellung eines derartigen Index erforderlichen Daten liegen im Allgemeinen nicht mit unterjährlicher Periodizität vor. In der Praxis sind zur Erstellung des Index geeignete Ersatzgrößen erforderlich. In der Industrie können dies unter anderem Bruttoproduktionswerte (preisbereinigt), Mengenangaben, Umsatzwerte (preisbereinigt), Arbeitsinput, Rohstoffverbrauch oder Energieeinsatz sein, während im Baugewerbe Input-Daten (Verbrauch typischer Rohstoffe, Energieeinsatz oder Arbeitsinput) oder Output-Daten (Produktionsmengen, preisbereinigte Produktionswerte oder preisbereinigte Verkaufswerte) dazugehören können.

Die Aufteilung des Produktionsindex des Baugewerbes in den **Produktionsindex des Hochbaus** und den **Produktionsindex des Tiefbaus** erfolgt entsprechend der Klassifikation der Bauwerke (CC); Ziel der Indizes ist, die Bewertung der Wertschöpfung der beiden wichtigsten Branchen des Baugewerbes aufzuzeigen. Diese Indizes können berechnet werden, indem die grundlegenden Informationen (preisbereinigte Output-Daten, geleistete Arbeitsstunden, Genehmigungen/Freigaben) den Produkten in der CC zugeordnet und anschließend die Produktindizes entsprechend der CC auf Ebene der Abschnitte aggregiert werden. Hochbauten werden in Wohngebäude (nach

(*) Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates vom 19. Mai 1998 über Konjunkturstatistiken.



methodischen Kriterien diejenigen Gebäude, die mindestens zur Hälfte für Wohnzwecke genutzt werden) und Nichtwohngebäude untergliedert. Als Tiefbauten gelten sämtliche Bauwerke, die nicht zu den Hochbauten zählen, beispielsweise Eisenbahnanlagen, Straßen, Brücken, Autobahnen, Flughafenrollbahnen und Dämme.

Die Erstellung eines Produktionsindex für das Baugewerbe ist besonders schwierig, da sich der Output nur schwer in physischen Mengen messen lässt, denn fast jedes Projekt weist hinsichtlich des errichteten Bauwerks und des Baugrunds Besonderheiten auf; in gleicher Weise ist es schwierig, zuverlässige Output-Preisangaben als Deflator für jene Fälle zu ermitteln, in denen der Output als wertmäßige Größe gemessen wird. Das Ergebnis ist, dass diese Statistikangaben in zahlreichen Ländern auf sehr unterschiedliche Weise ermittelt werden, unter anderem, indem die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden als Ersatzgröße herangezogen wird.

Der **Erzeugerpreisindex (oder Outputpreis-Index)** zeigt monatliche Preisänderungen in der Industrie, die ein Indikator für den Inflationsdruck sein können, bevor dieser den Verbraucher erreicht. Der entsprechende Preis gibt den Herstellungspreis ohne Mehrwertsteuer und ähnliche absetzbare, direkt mit dem Umsatz verbundene Steuern sowie ohne alle Steuern und Abgaben an, die auf die von der Einheit in Rechnung gestellten Waren oder Dienstleistungen erhoben werden, jedoch zusätzlich eventueller vom Erzeuger empfangener Gütersubventionen. Der Preis sollte sich auf den Zeitpunkt der Auftragserteilung beziehen, nicht auf den Zeitpunkt, an dem die Ware die Fabrik verlässt. Erzeugerpreisindizes werden für den gesamten, den inländischen und den ausländischen Markt erstellt; letzterer wird unterteilt in Märkte des Euroraums und Märkte des Nicht-Euroraums (die Informationen in der vorliegenden Veröffentlichung beziehen sich nur auf Preisentwicklungen auf dem in-

ländischen Markt). Alle preisbestimmenden Merkmale sollten berücksichtigt werden, einschließlich der Menge der verkauften Einheiten, der durchgeführten Transporte, Rabatte, Kundendienstbedingungen, Garantiebedingungen und Bestimmungsort.

Der **Umsatzindex** gibt die Entwicklung des Marktes für Waren und Dienstleistungen anhand der erzielten Umsätze an. Dieser Index wird nicht preisbereinigt, d. h. sein Ziel ist, die marktwirtschaftlichen Tätigkeiten wertmäßig zu messen. Der Umsatz umfasst die von der Erhebungseinheit während des Berichtszeitraums insgesamt in Rechnung gestellten Beträge, die Verkäufen von Waren und Dienstleistungen an Dritte entsprechen. Außerdem umfasst er alle berechneten Nebenkosten (Transport, Verpackung usw.), die an die Kunden weitergegeben werden, selbst wenn diese Kosten getrennt in Rechnung gestellt werden. Nicht im Umsatz enthalten sind die Mehrwertsteuer und sonstige, in ähnlicher Weise absetzbare, direkt mit dem Umsatz verbundene Steuern sowie alle Steuern und Abgaben, die auf die von der Einheit in Rechnung gestellten Waren oder Dienstleistungen erhoben werden. Preisnachlässe, z. B. Rabatte und Boni, sowie der Wert zurückgegebener Verpackungen sind abzuziehen.

Wichtigste Ergebnisse

Das Baugewerbe der EU-27 erwirtschaftete 2006 ungefähr ein Fünftel (20,3%) der Wertschöpfung der Industrie und des Baugewerbes zusammen, was mehr als das Zweieinhalbfache des Beitrags des Maschinenbaus (7,7%) ausmacht, des größten Sektors des verarbeitenden Gewerbes (auf Ebene der NACE-Abteilungen) nach diesen Kriterien. Der Anteil des Baugewerbes an der Beschäftigung war mit über einem Viertel des Gesamtergebnisses (27,7%) sogar noch höher. Einige Sektoren verzeichneten einen wesentlich geringeren Anteil an der Beschäftigung als an der Wertschöpfung, vor



allem in den Bereichen Energie und chemische Erzeugnisse.

Die durchschnittliche Wertschöpfung je Person innerhalb der einzelnen Industriesektoren der EU-27 sowie im Baugewerbe deckte die entsprechenden durchschnittlichen Personalkosten im Jahr 2006 mehr als komplett ab. Zwischen den verschiedenen Sektoren bestanden allerdings erhebliche Unterschiede; die lohnbereinigte Arbeitsproduktivität war in zahlreichen Wirtschaftstätigkeiten im Energiesektor sehr hoch, insbesondere in der Gewinnung von Erdöl und Erdgas (900% im Jahr 2005) und in der Kokerei, Mineralölverarbeitung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen (357% im Jahr 2005), allerdings in der überwiegenden Mehrzahl der Industriesektoren sowie im Baugewerbe unter 150%.

Wertmäßig führten den Prodcom-Daten zufolge die Erzeugnisse des Fahrzeugbaus im Jahr 2008 die Liste der meistverkauften Erzeugnisse des verarbeitenden Gewerbes in der EU-27 an; sie belegten die beiden ersten Plätze und stellten mehrere weitere Produkte unter den ersten 20.

Die Indizes der Industrieproduktion und der Erzeugerpreise (auf der Grundlage der Systematik NACE Rev. 2) für die EU-27 zeigte im Zehnjahreszeitraum bis Juli 2009 im Wesentlichen eine ähnliche Entwicklung; an eine Wachstumsphase bis Anfang 2001 schloss sich eine Phase der Stabilität bis Mitte 2003 an, auf die eine Phase eines anhaltenden und relativ

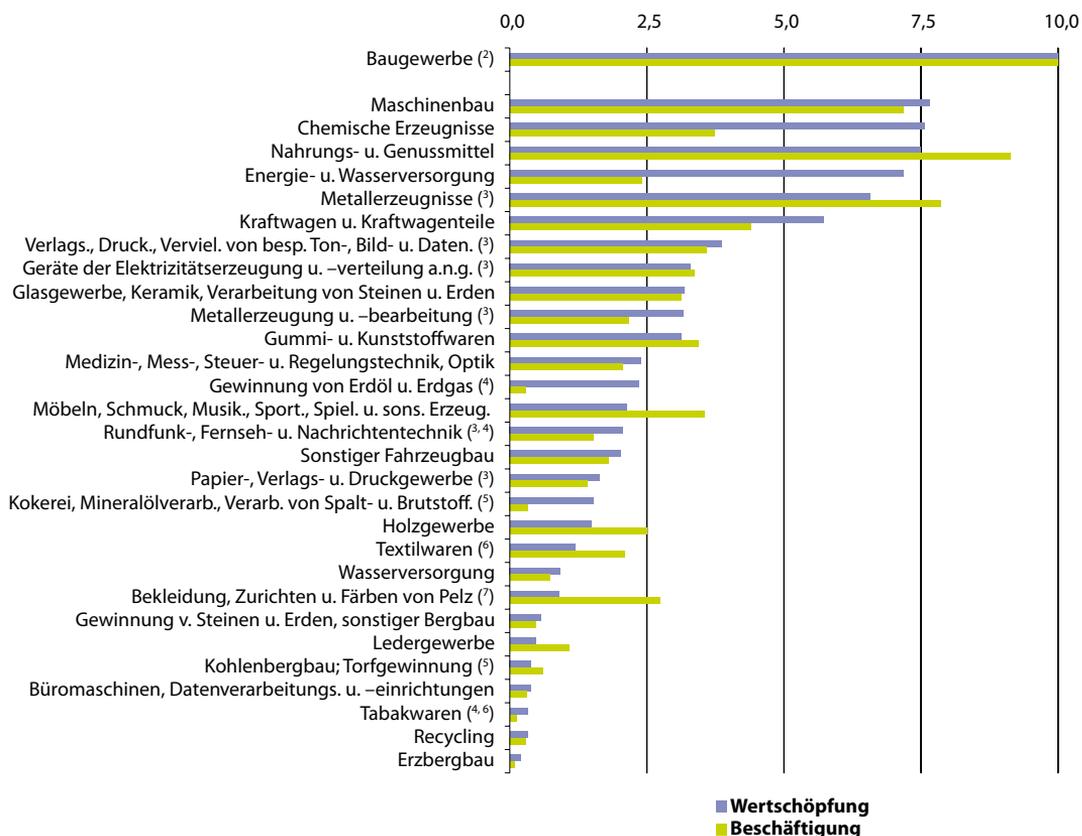
ausgeprägten Wachstums folgte, bis es in der ersten Hälfte 2008 zu einer abrupten Abwärtsbewegung kam. Der Rückgang des Industrieproduktionsindex in der EU-27 von dem relativen Spitzenwert im Februar 2008 verlief besonders steil, wobei der Indexwert für Juli 2009 unter dem Wert von Juli 1999 lag. Demgegenüber lag der Index der Erzeugerpreise im Juli 2009 unter dem relativen Spitzenwert vom Juli 2007, bewegte sich aber in ähnlicher Höhe wie der Wert vom Oktober 2007 vor Erreichen des Höchststands. Darin kommt nach wie vor teilweise der relativ hohe Preis von Mineralöl sowie verwandter Energieprodukte und Zwischenerzeugnisse zum Ausdruck. Zu beachten ist dabei, dass der inländische Erzeugerpreisindex in allen Mitgliedstaaten im Jahr 2008 ungefähr 5% oder mehr über dem Wert des Jahres 2007 lag und in elf dieser Staaten sogar zwischen 10% und 18% höher lag, wobei die Steigerungsraten in Malta und dem Vereinigten Königreich am höchsten ausfielen.

Auch die Wirtschaftstätigkeit im Baugewerbe zeigte eine deutlich rückläufige Tendenz. Der Produktionsindex für das Baugewerbe verzeichnete zwischen dem relativen Höchststand im Februar 2008 und dem Wert für Juli 2009 einen Rückgang um ungefähr 14%. Allerdings entwickelten sich die Indizes für den Hoch- und Tiefbau im gleichen Zeitraum auf völlig unterschiedliche Weise; der Index für den Hochbau ging um 16,1% zurück, der Index für den Tiefbau verharrte dagegen mit -0,7% auf einem relativ unveränderten Niveau.



Abbildung 7.4: Aufteilung der Wertschöpfung und der Beschäftigung in Industrie und Baugewerbe, EU-27, 2006 ⁽¹⁾

(in % der Wertschöpfung und Beschäftigung der Industrie und des Baugewerbes)



⁽¹⁾ Bergbau auf Uran- und Thoriumerze: nicht verfügbar.

⁽²⁾ Anm.: X-Achse abgeschnitten: Wertschöpfung, 20,3 %, Beschäftigung 27,7 %.

⁽³⁾ Schätzungen.

⁽⁴⁾ Beschäftigung: 2005.

⁽⁵⁾ Wertschöpfung: 2005

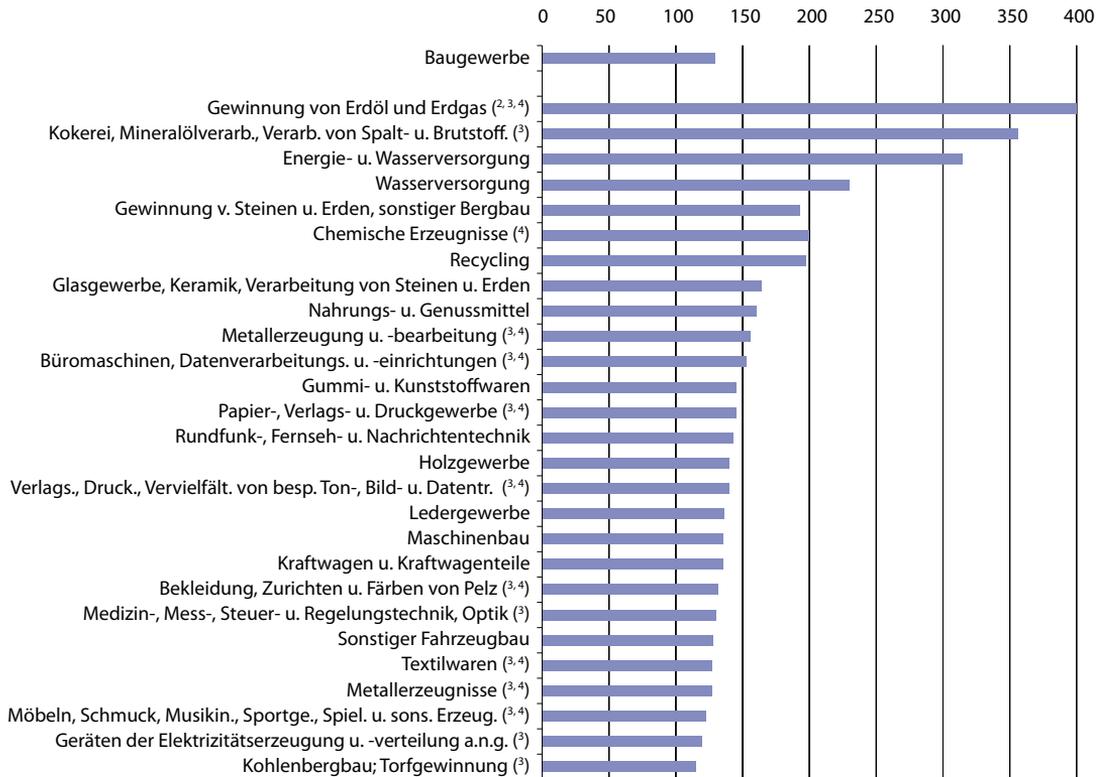
⁽⁶⁾ Beschäftigung: Schätzung.

⁽⁷⁾ Wertschöpfung: Schätzung.

Quelle: Eurostat ([ebd_all](#))



Abbildung 7.5: Lohnbereinigte Arbeitsproduktivität in Industrie und Baugewerbe, EU-27, 2006 ⁽¹⁾
(in %)



⁽¹⁾ Bergbau auf Uran- und Thoriumerze, Erzbergbau und Tabakwaren: nicht verfügbar.

⁽²⁾ X-Achse wurde bei 400 % von 900 % abgeschnitten.

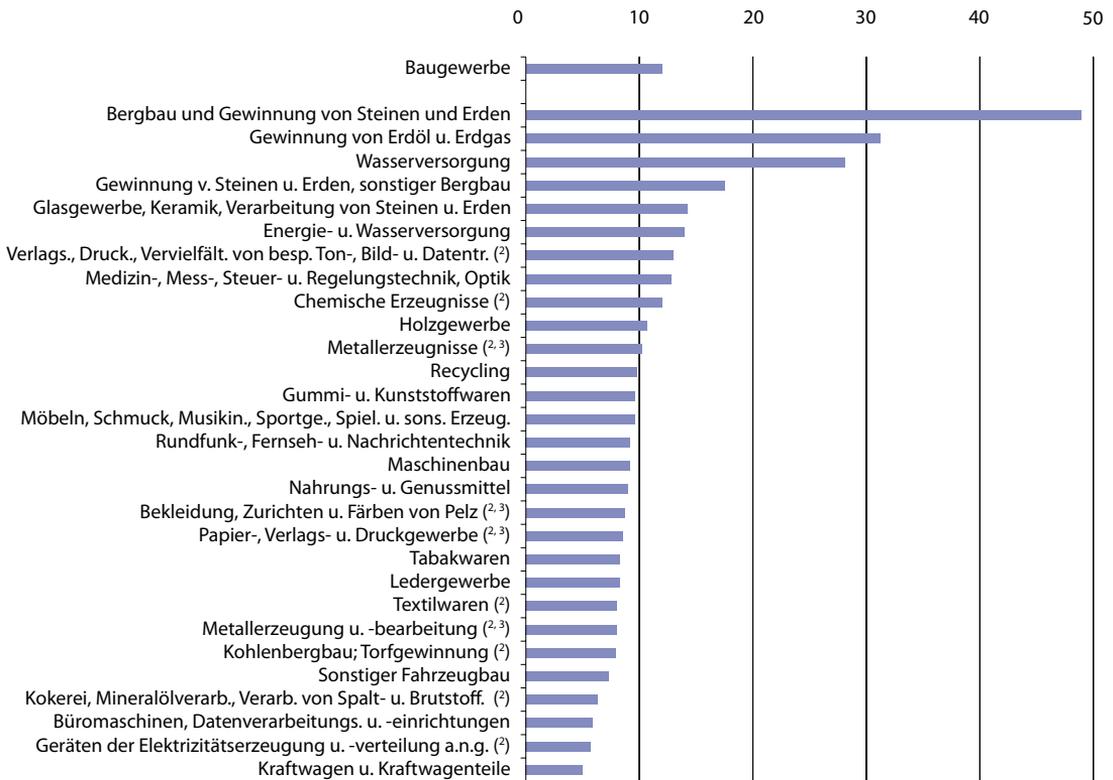
⁽³⁾ 2005.

⁽⁴⁾ Schätzung.

Quelle: Eurostat (ebd_all)



Abbildung 7.6: Bruttobetriebsrate in Industrie und Baugewerbe, EU-27, 2006⁽¹⁾
(in %)



(1) Bergbau auf Uran- und Thoriumerze: nicht verfügbar.

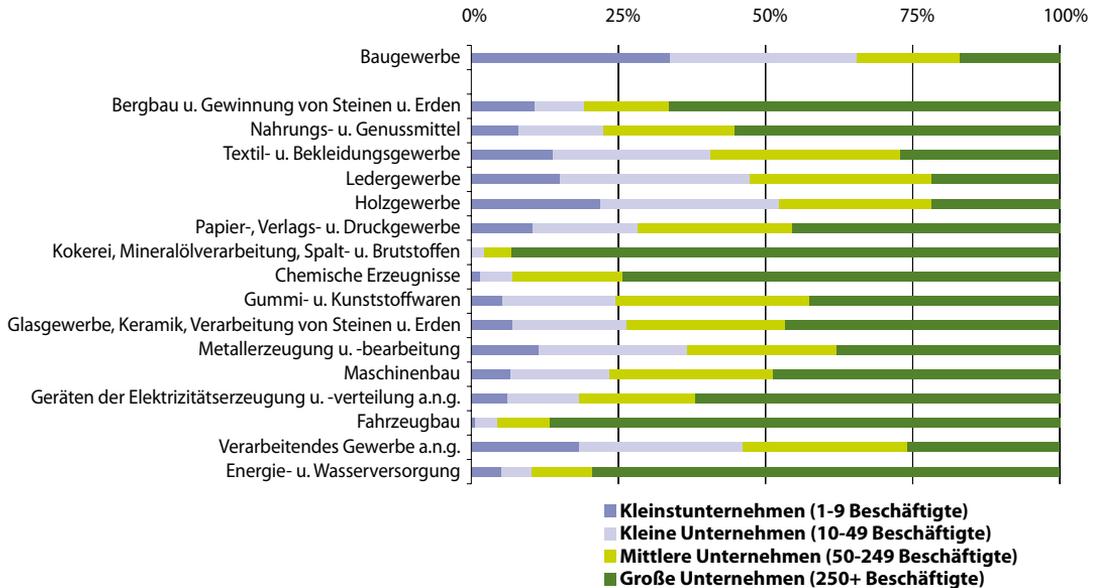
(2) 2005.

(3) Schätzung.

Quelle: Eurostat ([ebd_all](#))



Abbildung 7.7: Wertschöpfung in Industrie und Baugewerbe nach Unternehmensgrößenklassen, EU-27, 2006 ⁽¹⁾
(in % des Gesamtwertes für den Sektor)



⁽¹⁾ Enthält gerundete Schätzungen auf der Basis nicht vertraulicher Daten.

Quelle: Eurostat (tin00053)


Tabelle 7.7: Wert der verkauften Produktion, ausgewählte Erzeugnisse, EU-27, 2008 ⁽¹⁾

PRODCOM code	Erzeugnis	Wert (in Mio. EUR)	Rundungsbasis (in Mio.) ⁽²⁾
29.10.22.30	PKW mit Hubkolbenverbrennungsmotor mit Fremdzündung, mit Hubraum > 1 500 cm ³ (einschließlich Wohnmobile mit Hubraum > 3 000 cm ³) (ausgenommen Kfz zum Befördern ≥ 10 Personen, Fahrzeuge zur Personenbeförderung auf Schnee, Golfplätzen sowie ähnliche Fahrzeuge)	111 332	
29.10.23.30	PKW mit Kolbenverbrennungsmotor mit Selbstzündung (Diesel-/ Halbdieselmotor), mit Hubraum > 1 500 cm ³ , ≤ 2 500 cm ³ (ausgenommen Kfz zur Beförderung ≥ 10 Personen, Wohnmobile, Fahrzeuge zur Personenbeförderung auf Schnee, Golfplätzen sowie ähnliche Fahrzeuge)	90 339	
21.20.13.80	Andere Arzneiwaren, die zusammengesetzte oder nicht zusammengesetzte Bestandteile enthalten, a.n.g dosiert oder i.A.E.	61 449	
17.29.11.20	Bedruckte Etiketten aus Papier oder Pappe, selbstklebend	52 434	
29.32.30.90	Andere Teile und Zubehör für Einachsschlepper, Personen-, Lastkraftwagen und Kraftfahrzeuge zu besonderen Zwecken; Teile davon	49 400	200
25.11.23.60	Andere Konstruktionen und zu Konstruktionszwecken vorgearbeitete Stäbe, Profile und dergleichen, aus Stahl	36 081	9
29.32.20.90	Andere Karosserieteile und anderes Karosseriezubehör (auch für Fahrerhäuser) für Personen-, Lastkraftwagen und Kraftfahrzeuge zu besonderen Zwecken	33 911	
29.10.21.00	Personenkraftwagen und Wohnmobile, mit Hubkolbenverbrennungsmotor mit Fremdzündung, mit einem Hubraum ≤ 1 500 cm ³ , neu	31 969	
25.62.20.00	Metallteile (ausgenommen durch Drehen hergestellte Metallteile)	31 900	50
11.05.10.00	Bier aus Malz	30 942	
10.71.11.00	Frisches Brot (ohne Zusatz von Honig, Eiern, Käse oder Früchten) mit einem Gehalt an Zuckern oder Fetten, bezogen auf die Trockenmasse, von jeweils 5 GHT oder weniger	27 954	
17.21.13.00	Schachteln und Kartons aus Wellpapier oder Wellpappe	27 492	
23.63.10.00	Frischbeton	27 246	
10.51.40.50	Käse, gerieben oder in Pulverform, Käse mit Schimmelbildung im Teig und anderer Käse (ohne Schmelzkäse)	26 000	400
29.10.41.10	LKW mit Kolbenverbrennungsmotor mit Selbstzündung (Diesel- oder Halbdieselmotor), mit einem zulässigen Gesamtgewicht ≤ 5 t (ausgenommen Muldenkipper, „Dumper“, zur Verwendung außerhalb des Straßennetzes gebaut)	24 223	

⁽¹⁾ Datenauszug am 17.12.2009.

⁽²⁾ Zeigt an, wie stark gerundet wurde, um die vertraulichen Felder zu schützen (beim Prodcod-Code 25.11.23.00 liegt der vertrauliche Wert im Bereich von +/- 9 Mio. EUR des gemeldeten Wertes).

Quelle: Eurostat, aus http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/lang-de/statistics/search_database dann weiter zu Datenübersicht/Datenbank nach Themen/Industrie, Handel und Dienstleistungen/Statistiken über die Produktion von Waren(prom)/NACE Rev. 2 (prodcom_n2)/Prodcom Verkäufe - Jährlich (NACE Rev. 2.) (DS056120)

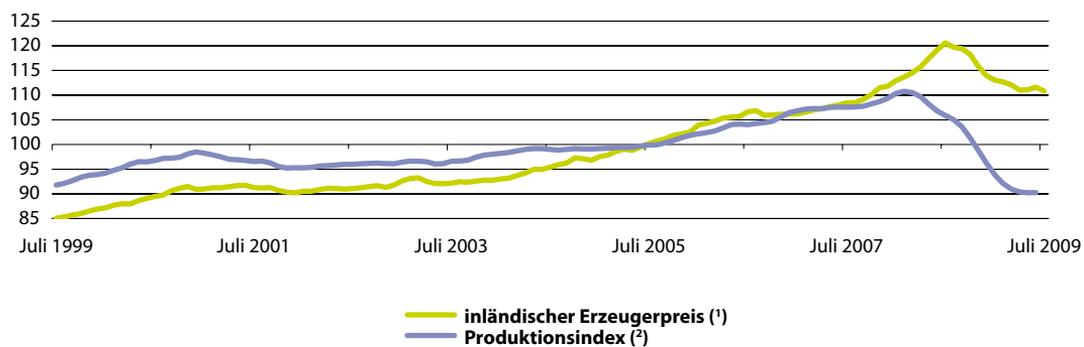
Tabelle 7.8: Volumen der verkauften Produktion, ausgewählte Erzeugnisse, EU-27, 2008 (¹)

PRODCOM code	Erzeugnis	Menge (in Tsd.)	Rundungsbasis (in Tsd.) (²)	Einheit
24.10.22.10	Halbzeug, flach (Brammen), aus nichtrostendem Stahl	180 204		kg
23.51.12.10	Portlandzement	220 699 380		kg
11.02.11.30	Champagner (wichtig: ohne Alkoholsteuer)	260 788		l
20.42.11.50	Duftstoffe (Parfüms)	13 000	500	l
20.11.11.70	Sauerstoff	29 561 233		m³
16.10.10.34	Nadelholz, in der Längsrichtung gesägt oder gesäumt, gemessert oder geschält, mit einer Dicke von mehr als 6 mm (nicht keilverzinkt oder geschliffen)	14 980	70	m³
12.00.11.50	Zigaretten, Tabak enthaltend (ohne Tabaksteuer)	758 642 288		p/st
27.90.52.20	Tantal- oder Aluminium-Elektrolytkondensatoren (ausgenommen Leistungskondensatoren)	12 761 920		p/st

(¹) Datenauszug am 17.12.2009.

(²) Zeigt an, wie stark gerundet wurde, um die vertraulichen Felder zu schützen (beim Prodcod-Code 16.10.10.34 liegt der vertrauliche Wert im Bereich von +/- 70 000 m³ des gemeldeten Wertes).

Quelle: Eurostat, aus http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/lang-de/statistics/search_database, dann weiter zu Datenübersicht/Datenbank nach Themen/Industrie, Handel und Dienstleistungen/Statistiken über die Produktion von Waren(prom)/NACE Rev. 2 (prodcom_n2)/Prodcom Verkäufe - Jährlich (NACE Rev. 2.) (DS056120)

Abbildung 7.8: Produktionsindex und inländischer Erzeugerpreis für die Industrie, EU-27 (2005=100)

(¹) Bruttoreihe; Schätzungen, 1999-2004.

(²) Trend-Zyklus. Schätzungen.

Quelle: Eurostat (sts_inppd_m und sts_inpr_m)



Tabelle 7.9: Jährliche Wachstumsraten der Industrie (ohne Baugewerbe)
(in %)

	Produktionsindex ⁽¹⁾					Inländischer Erzeugerpreisindex ⁽²⁾				
	2004	2005	2006	2007	2008	2004	2005	2006	2007	2008
EU-27	2,1	1,2	4,0	3,5	-1,8	2,9	5,0	5,6	2,8	7,6
Euroraum (ER)	2,1	1,3	4,2	3,7	-1,8	2,3	4,1	5,1	2,7	6,1
Belgien	3,7	-0,9	5,0	2,9	-0,6	5,2	2,5	5,1	3,1	9,3
Bulgarien	12,7	7,2	6,0	9,5	0,6	5,4	7,3	8,7	8,0	13,2
Tschech. Rep.	9,5	4,3	8,7	10,7	-2,2	5,6	3,1	1,5	4,1	4,5
Dänemark	-1,5	2,8	4,0	-2,1	-1,1	3,8	9,2	7,9	1,6	13,2
Deutschland	3,1	3,5	5,7	6,0	0,0	1,7	4,4	5,4	1,3	5,4
Estland	9,5	11,1	10,2	6,4	-6,2	3,4	1,7	4,3	9,6	9,6
Irland	1,2	3,9	3,0	4,9	-1,5	0,5	2,2	1,8	1,6	5,3
Griechenland	0,7	-1,6	0,8	2,3	-4,2	3,6	5,9	7,3	4,1	10,0
Spanien	1,9	0,8	3,9	2,0	-7,3	3,4	4,7	5,4	3,6	6,6
Frankreich	1,4	0,1	1,4	1,2	-2,6	2,0	3,1	3,8	2,8	5,6
Italien	-0,4	-0,8	3,6	2,1	-3,3	2,7	4,0	5,2	3,3	5,8
Zypern	1,8	0,5	0,4	4,6	4,0	4,4	5,0	5,3	3,6	11,7
Lettland	6,2	7,4	6,5	1,0	-3,8	7,4	7,1	9,6	18,6	15,7
Litauen	10,9	7,6	6,7	2,5	4,9	2,5	5,9	6,9	9,4	15,8
Luxemburg	4,7	2,8	2,1	-0,3	-5,4	9,1	3,6	12,8	4,4	15,1
Ungarn	6,8	7,3	10,6	8,1	-1,0	8,4	6,1	8,4	6,5	11,6
Malta	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	:	:	21,7	-4,9	17,5
Niederlande	4,5	0,5	1,5	2,3	1,4	2,4	7,0	8,6	5,3	8,9
Österreich	6,1	4,3	7,8	5,8	0,8	2,0	3,4	2,1	4,1	4,8
Polen	12,2	4,5	12,3	9,2	2,2	7,6	2,2	3,4	4,0	5,4
Portugal	-4,2	-3,5	3,2	0,1	-4,1	:	:	4,4	2,8	5,2
Rumänien	1,9	-2,9	9,5	10,2	3,1	19,2	10,8	10,3	8,4	12,8
Slowenien	3,9	4,1	6,1	7,2	-1,9	4,4	2,8	2,4	5,5	5,6
Slowakei	3,7	-2,6	12,2	16,1	5,0	2,7	3,7	6,3	1,8	6,2
Finnland	5,4	0,4	9,9	4,2	-0,5	0,7	4,3	6,3	3,9	8,6
Schweden	4,4	2,2	3,6	3,9	-2,9	1,8	3,9	6,1	3,6	6,1
Ver. Königreich	-0,9	-1,6	-0,5	0,1	-3,4	4,0	11,1	8,6	1,7	16,1
Kroatien	2,5	5,0	4,3	5,1	0,6	3,5	2,7	2,7	3,5	8,3
Türkei	9,7	5,7	5,8	4,4	-0,9	12,2	7,1	9,8	6,0	13,0
Norwegen	-1,2	-0,3	-2,2	-1,3	0,3	3,9	6,1	8,6	-0,6	15,2
Schweiz	4,4	2,7	7,8	9,5	1,2	:	:	:	:	:
Japan	4,7	1,4	4,4	2,8	-3,3	:	:	:	:	:
Ver. Staaten	2,5	3,3	2,2	1,7	-1,8	:	:	:	:	:

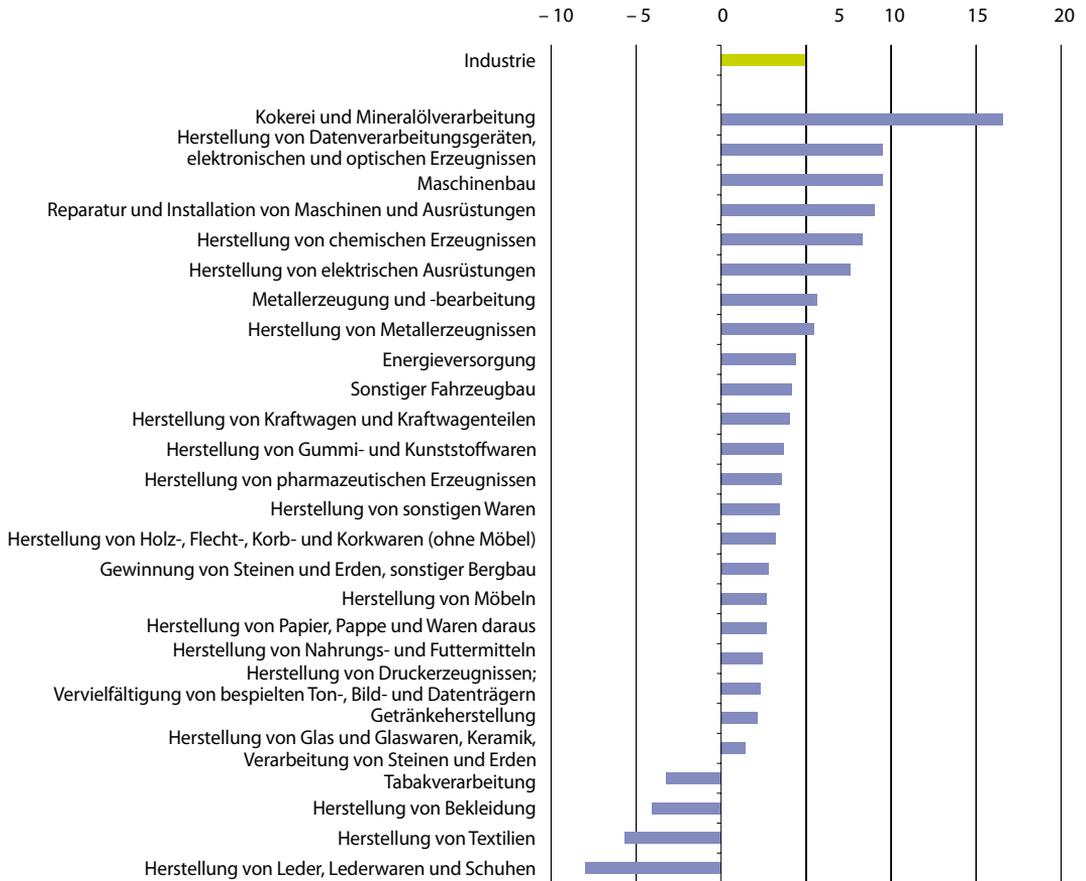
(1) Arbeitstäglich bereinigt.

(2) Bruttoreihe.

Quelle: Eurostat (sts_inprgr_a und sts_inppdgr_a)



Abbildung 7.9: Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Produktionsindex der Industrie, EU-27, 2003-2008 ⁽¹⁾ (in %) (in %)



⁽¹⁾ Arbeitstäglich bereinigt.

Quelle: Eurostat ([sts_inprgr_a](#))



Tabelle 7.10: Jährliche Wachstumsraten, Baugewerbe
(in %)

	Produktionsindex ⁽¹⁾					Kostenindex des Baugewerbes ⁽²⁾				
	2004	2005	2006	2007	2008	2004	2005	2006	2007	2008
EU-27	0,7	1,8	3,3	2,0	-3,1	6,6	4,1	4,7	4,5	3,5
Euroraum (ER)	-0,2	2,0	3,1	1,1	-4,8	4,5	3,6	4,8	4,2	3,5
Belgien	-1,9	-3,4	3,3	2,3	-1,2	:	:	4,1	3,1	:
Bulgarien	34,8	32,2	23,9	27,8	-3,5	:	:	:	:	:
Tschech. Rep.	8,4	5,3	6,3	7,1	-0,5	8,3	3,8	2,1	4,8	3,5
Dänemark	-0,2	3,0	10,0	3,6	1,7	1,5	2,7	4,7	6,6	3,0
Deutschland	-5,3	-5,3	6,4	2,9	-0,8	2,4	0,8	1,5	3,3	2,4
Estland	12,5	24,5	27,1	16,5	-15,4	5,3	6,2	10,5	12,7	3,5
Irland	25,3	13,4	-1,7	-14,2	-30,1	12,8	8,7	9,6	1,7	:
Griechenland	-15,9	-38,7	3,8	15,2	2,7	3,1	3,4	4,2	4,6	5,1
Spanien	2,3	10,1	2,2	-4,3	-16,3	4,7	4,6	6,9	5,0	4,7
Frankreich	-0,8	2,5	1,8	1,1	-0,6	5,8	2,3	5,3	4,6	5,5
Italien	1,6	1,3	3,9	6,4	-0,4	4,2	4,0	3,1	3,9	3,7
Zypern	4,5	2,8	4,0	6,3	2,3	7,3	4,5	5,1	5,0	8,0
Lettland	14,1	15,3	13,2	13,8	-3,0	:	:	:	33,7	15,6
Litauen	6,8	9,9	21,7	22,2	4,0	7,0	8,3	10,7	16,1	9,5
Luxemburg	-1,1	-0,9	2,5	2,6	-1,9	2,8	3,0	2,8	2,9	:
Ungarn	4,3	15,7	-0,7	-14,0	-5,2	5,9	3,2	6,2	7,2	7,5
Malta	1,1	4,3	8,3	1,8	2,4	:	:	:	:	:
Niederlande	-2,5	3,4	2,6	5,8	5,6	2,1	1,8	3,2	4,0	4,3
Österreich	5,0	4,9	5,9	3,9	-1,1	5,1	2,1	4,6	4,5	5,2
Polen	-1,1	9,4	15,9	16,2	9,6	2,6	2,8	1,4	6,6	:
Portugal	-4,4	-4,5	-6,6	-3,8	-1,4	:	:	:	:	:
Rumänien	1,8	6,1	15,6	33,0	27,0	25,1	14,3	11,1	10,2	16,2
Slowenien	0,7	2,0	15,7	18,5	15,5	10,4	6,1	3,4	5,1	5,1
Slowakei	6,0	14,1	15,7	5,4	11,5	6,9	4,8	4,0	4,4	:
Finnland	4,1	5,3	7,5	10,2	4,1	2,4	3,4	3,8	5,9	3,9
Schweden	-1,0	2,7	8,8	7,6	6,0	3,9	3,9	5,0	6,1	4,8
Ver. Königreich	3,5	-0,5	1,4	2,3	-1,3	12,0	5,0	4,6	3,9	:
Kroatien	1,9	-0,7	9,4	2,4	:	:	:	:	:	:
Türkei	:	:	:	:	:	14,6	9,9	16,0	8,3	13,6
Norwegen	7,3	8,9	6,1	5,7	2,5	3,0	3,4	3,7	7,4	5,7

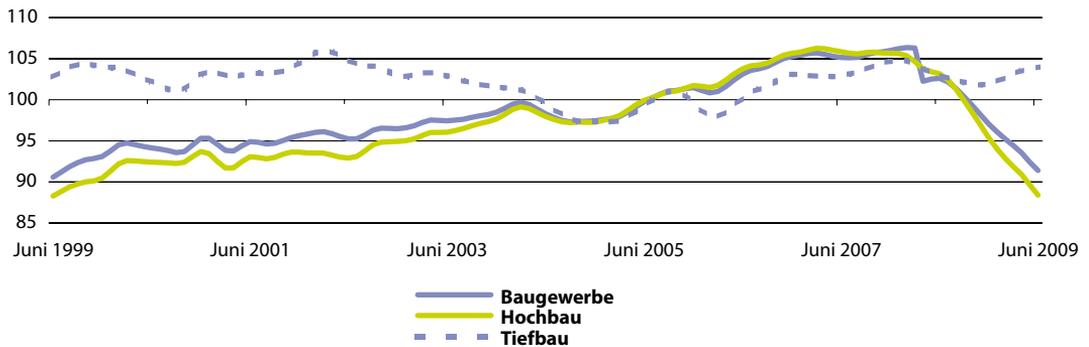
(1) Arbeitstäglich bereinigt.

(2) Bruttoreihe für neue Wohngebäude.

Quelle: Eurostat (sts_copr_a und sts_copi_a)



Abbildung 7.10: Produktionsindex, Baugewerbe, EU-27 (!)
(2005=100)



(!) Trend-Zyklus. Schätzungen.

Quelle: Eurostat (sts_copr_m)

7.3 Dienstleistungen

Einleitung

Der Beitrag der Dienstleistungen zur europäischen Volkswirtschaft steigt fast jedes Jahr kontinuierlich weiter; deshalb müssen die amtlichen Statistiken die notwendigen Informationen zu diesem Wachstumsbereich vermitteln. Die wissensbasierte Industrie und die Nachfrage nach immateriellen Anlagegütern entweder für den Konsum oder für Investitionen sowie Auslagerungen auf internationaler Ebene zogen eine tiefgreifende Umstrukturierung vieler Volkswirtschaften in Europa nach sich, in deren Gefolge sich eine Verlagerung weg von Industrietätigkeiten hin zu Dienstleistungen vollzog. Diese Immaterialität, die vielen Sektoren der Volkswirtschaften innewohnt, eröffnet neue Möglichkeiten und damit Wettbewerb sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Traditionell konzentrierte sich die

Unternehmensstatistik auf die Industrie und das Baugewerbe sowie in geringerem Umfang auf Handel und Dienstleistungen. Seit Anfang der 1990er Jahre vollzog sich freilich ein tiefgreifender Wandel in den amtlichen Statistiken der EU, in dessen Gefolge sich die Datenerhebung in wesentlich größerem Maße auf Dienstleistungen konzentriert.

Der Binnenmarkt ist eine der wichtigsten, nach wie vor gültigen Prioritäten der EU. Die zentralen Grundsätze des Binnenmarktes für Dienstleistungen werden im EG-Vertrag dargelegt, der den EU-Unternehmen die Freiheit garantiert, sich in anderen Mitgliedstaaten niederzulassen, und auch die Freiheit, auf dem Staatsgebiet eines anderen Mitgliedstaates als dem, in dem sie ihren Sitz haben, Dienstleistungen zu erbringen. Das Ziel der Dienstleistungsrichtlinie⁽⁵⁾ ist die Beseitigung von Hindernissen für den

(5) Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt.



Handel mit Dienstleistungen; dadurch soll die Entwicklung von grenzüberschreitenden Tätigkeiten ermöglicht werden. Sie soll zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit nicht nur von Dienstleistungsunternehmen, sondern der gesamten europäischen Industrie beitragen. Die Richtlinie wurde vom Europäischen Parlament und dem Rat im Dezember 2006 angenommen; die Umsetzung durch die Mitgliedstaaten ist bis Ende 2009 vorgesehen. Es wird erwartet, dass die Richtlinie dazu beitragen wird, Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern; aus diesem Grund gilt die Richtlinie als zentraler Bestandteil der erneuerten Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Darüber hinaus unterstützt sie das Ziel einer besseren Rechtsetzung, da sie auf die Vereinfachung der Verwaltungsabläufe abzielt.

Definitionen und Datenverfügbarkeit

Hintergrundinformationen zur strukturellen Unternehmensstatistik (SUS) sind in Abschnitt 7.1 (Unternehmensstrukturen) unter „Definitionen und Datenverfügbarkeit“ enthalten und umfassen Definitionen von Wertschöpfung und Beschäftigten; Definitionen der lohnbereinigten Arbeitsproduktivität und der Bruttobetriebsrate sind in Abschnitt 7.2 (Industrie und Baugewerbe) zu finden. Außerdem sind unter „Definitionen und Datenverfügbarkeit“ im Abschnitt 7.2 (Industrie und Baugewerbe) viele Hintergrundinformationen zur Konjunkturstatistik (KS) zu finden. An dieser Stelle sei nochmals darauf hingewiesen, dass die Daten der SUS in dieser Veröffentlichung auch weiterhin auf der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige NACE Rev. 1.1 basieren (das erste Berichtsjahr, für das SUS-Daten in NACE Rev. 2 vorgelegt werden müssen, ist 2008), wogegen die KS-Daten bereits auf der Systematik NACE Rev. 2 basieren (einschließlich überarbeiteter Vergangenheitsdaten).

Mit dem Begriff „**nichtfinanzielle Dienstleistungen**“ werden in der Unternehmensstatistik in der Regel die Wirtschaftszweige bezeichnet, die unter die Abschnitte G bis I und K der NACE Rev. 1.1 fallen, sowie die Einheiten, die entsprechende Tätigkeiten ausüben.

Unter Einzelhandel versteht man den Weiterverkauf (ohne Be- und Verarbeitung) von neuen und gebrauchten Waren an die Öffentlichkeit zum persönlichen Gebrauch und Konsum. Die besondere Bedeutung des Einzelhandels liegt darin, dass er eine Mittlerrolle zwischen Erzeugern bzw. Herstellern und Endkunden einnimmt, so dass die Einzelhandelsumsatz- und Umsatzvolumenindizes als kurzfristige Indikatoren für den inländischen Endkonsum nach Haushalten herangezogen werden können.

Die **Umsatzindizes für den Einzelhandel** sind Konjunkturindikatoren, die die monatliche Aktivität des Einzelhandels in Wert und Volumen aufzeigen. Der Index zur Messung des Umsatzvolumens im Einzelhandel wird meist als **Umsatzvolumenindex (des Einzelhandels)** bezeichnet. Die Umsatzindizes für den Einzelhandel sind kurzfristige Indikatoren für die Binnennachfrage. Um die Auswirkungen von Preisänderungen auf den Einzelhandelsumsatz auszuschalten, wird ein Verkaufsdeflator verwendet. Der Verkaufsdeflator ist ein Index, für den eine ähnliche Methodik gilt wie für einen Erzeugerpreisindex, allerdings unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Einzelhandels; er spiegelt jedoch Preisveränderungen in den gehandelten Waren und nicht in den erbrachten Einzelhandelsdienstleistungen wider. Diese Indizes können untergliedert werden in Lebensmittel und Non-Food-Produkte. Lebensmittel werden entweder in nicht spezialisierten Geschäften (Hypermärkte, Supermärkte) oder in Spezialgeschäften (z. B. Obst- und Gemüseläden) verkauft.



Wenn der Anteil der Spezialgeschäfte an den Verkäufen höher ist, deutet dies auf ein traditionelleres Handelsmuster des Einzelhandels hin.

Der Umsatzindex für andere Dienstleistungen drückt die wertmäßige Entwicklung der Umsätze aus. Dabei ist zu beachten, dass die Preise für bestimmte Dienstleistungen sich rückläufig entwickelt haben, möglicherweise aufgrund der Liberalisierung der Märkte und eines intensiveren Wettbewerbs (beispielsweise im Telekommunikationssektor sowie in anderen Wirtschaftstätigkeiten im Technologiebereich). In derartigen Fällen wären die raschen Zuwächse, die bei Umsatzwertindizes bestimmter Aktivitäten zu beobachten sind, am Volumen gemessen noch deutlicher ausgefallen.

Wichtigste Ergebnisse

Dienstleistungen für Unternehmen spielen eine sehr wichtige Rolle in der Dienstleistungsbranche. Viele der Aktivitäten, die zu diesem Wirtschaftssektor gehören (Computerdienstleistungen, Forschung und Entwicklung und andere Dienstleistungen für Unternehmen wie Rechtsberatung, Wirtschaftsprüfung, Marktforschung, Werbung, Reinigungs- und Sicherheitsdienste), konnten vom Phänomen der Auslagerung profitieren, wodurch sich auch ihr schnelles Wachstum erklären lassen dürfte.

Bei den nichtfinanziellen Dienstleistungen entfiel mehr als ein Fünftel (22,7 %) der 2006 in der EU-27 erzeugten Wertschöpfung auf Dienstleistungen für Unternehmen (nach NACE Rev. 1.1, Abteilung 74). Im Vergleich hierzu stellten der Großhandel (16,5 %) und Einzelhandel bzw. Reparaturbetriebe (13,3 %) nur geringere Anteile. Bei der Beschäftigung entfiel auf den Einzelhandel ein ähnlicher Anteil wie auf sonstige Dienstleistungen für Unternehmen (22,1 % bzw. 24,6 % der

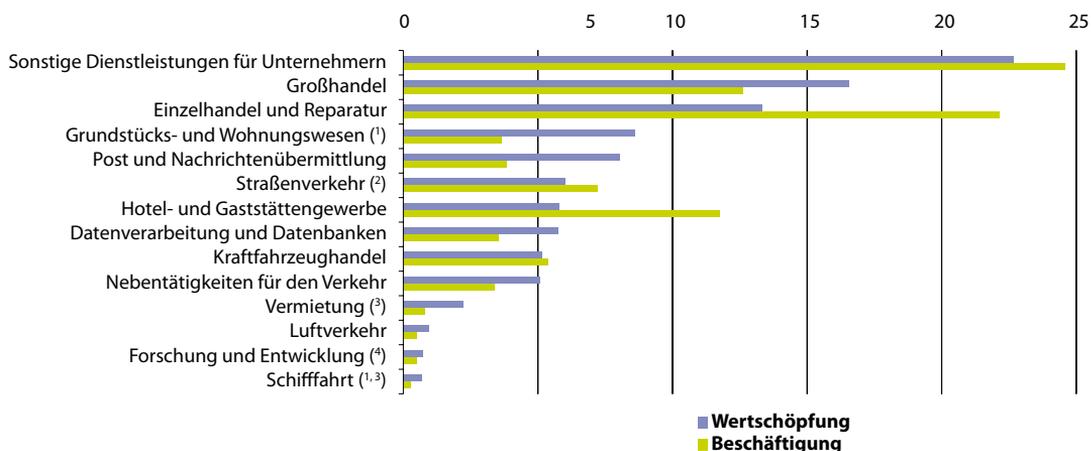
Arbeitskräfte in den nichtfinanziellen Dienstleistungen in der EU-27 im Jahr 2006), worin teilweise der hohe Anteil von Teilzeitarbeitsverhältnissen im Einzelhandel und in Reparaturtätigkeiten zum Ausdruck kommt.

Die Struktur der nichtfinanziellen Dienstleistungen in der EU-27 wies erhebliche Schwankungen auf, in denen teilweise Unterschiede in den Kosten für Unternehmensgründungen sowie Unterschiede in der Marktdurchdringung zum Ausdruck kommen. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) erwirtschafteten 2006 im Grundstücks- und Wohnungswesen den überwältigenden Anteil (88,1 %) der Wertschöpfung, aber nur knapp ein Zehntel (8,3 %) der Wertschöpfung von Post- und Fernmeldeunternehmen und knapp ein Fünftel (18,8 %) der Wertschöpfung im Luftverkehr.

Unter den Dienstleistungstätigkeiten (auf Ebene der Abteilungen von NACE Rev. 2) verzeichneten im Fünfjahreszeitraum zwischen 2003 und 2008 Tätigkeiten in der Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften die höchste Umsatzwachstumsrate (durchschnittlich 9,4 % pro Jahr), gefolgt von Rechts- und Steuerberatungs-, Wirtschaftsprüfungs- und Unternehmensberatungstätigkeiten (durchschnittlich 9,0 % pro Jahr). Am geringsten fielen demgegenüber die Wachstumsraten bei der Herstellung von Filmen, Videofilmen und Fernsehprogrammen aus (durchschnittlich 1,3 % pro Jahr). Zu beachten ist allerdings, dass das relativ stetige Umsatzwachstum Mitte 2008 zu einem abrupten Ende kam, wenn auch in weniger dramatischem Ausmaß als in der Industrie. Beim Umsatzvolumen war im Einzelhandel während des gesamten Jahres bis Juli 2009 eine relative Stabilität zu verzeichnen, wobei der Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren in Verkaufsräumen ein anhaltendes Wachstum verzeichnete.



Abbildung 7.11: Aufteilung der Wertschöpfung und der Beschäftigung bei den nichtfinanziellen Dienstleistungen, EU-27, 2006
(in % der Wertschöpfung und Beschäftigung der nichtfinanziellen Dienstleistungen)



(¹) Wertschöpfung, Schätzung.

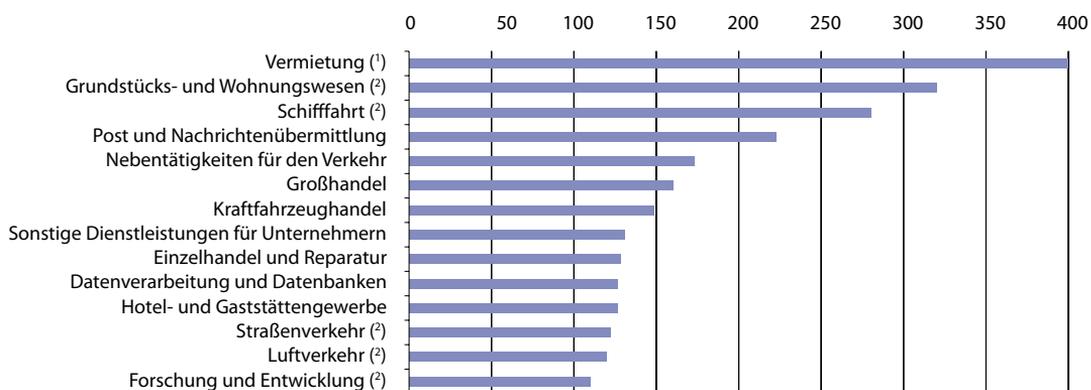
(²) Schätzung: 2005.

(³) Zahl der Beschäftigten: 2005.

(⁴) Wertschöpfung: Schätzung: 2005.

Quelle: Eurostat ([ebd_all](#))

Abbildung 7.12: Lohnbereinigte Arbeitsproduktivität der nichtfinanziellen Dienstleistungen, EU-27, 2006
(in %)



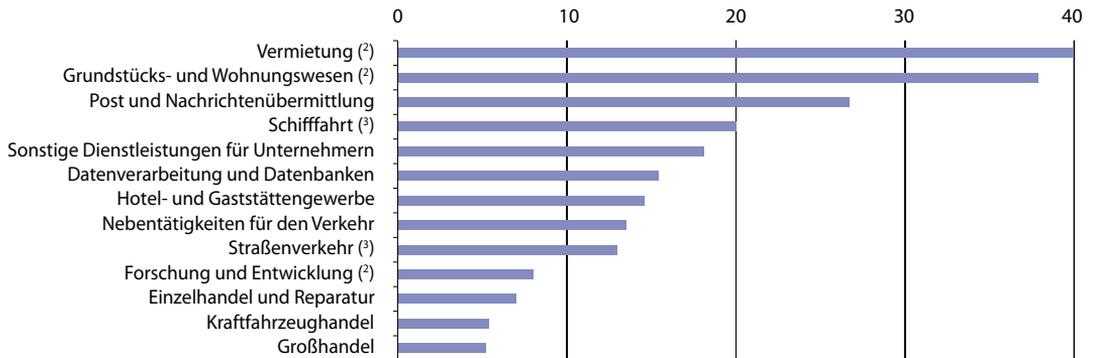
(¹) 2005.

(²) Schätzung, 2005.

Quelle: Eurostat ([ebd_all](#))



Abbildung 7.13: Bruttobetriebsrate für nichtfinanzielle Dienstleistungen, EU-27, 2006⁽¹⁾
(in %)



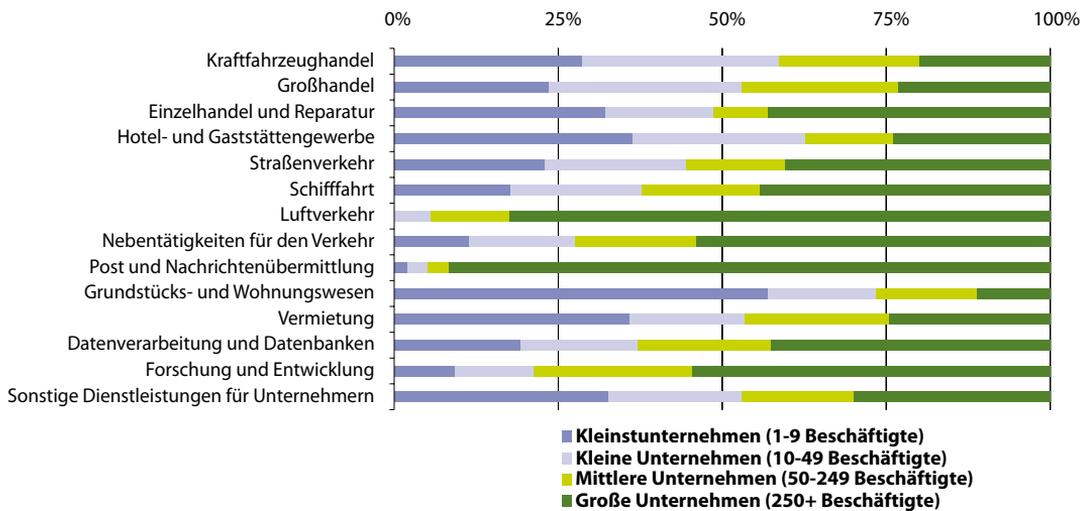
⁽¹⁾ Luftfahrt, vertraulich.

^(?) Schätzung, 2005.

^(?) 2005.

Quelle: Eurostat ([ebd_all](#))

Abbildung 7.14: Wertschöpfung der nichtfinanziellen Dienstleistungen nach Unternehmensgrößenklassen, EU-27, 2006⁽¹⁾
(in % des Gesamtwertes für den Sektor)

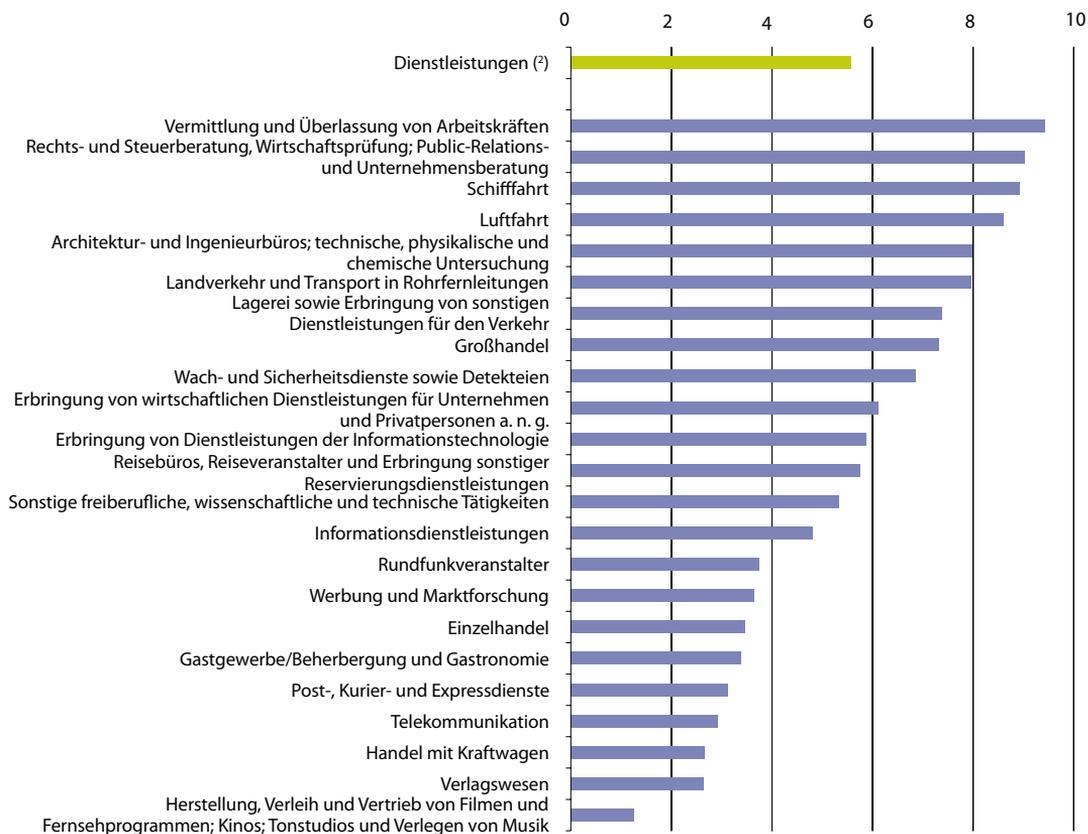


⁽¹⁾ Enthält gerundete Schätzungen auf der Basis nicht vertraulicher Daten.

Quelle: Eurostat ([tin00053](#))



Abbildung 7.15: Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Umsatzes, ausgewählte Dienstleistungen, EU-27, 2003-2008 ⁽¹⁾ (in %)



⁽¹⁾ Arbeitstäglich bereinigt.

⁽²⁾ Gemäß KS-Verordnung.

Quelle: Eurostat (sts_setu_a und sts_trtu_a)

Tabelle 7.11: Jährliche Wachstumsrate des Umsatzes, ausgewählte Dienstleistungen ⁽¹⁾
(in %)

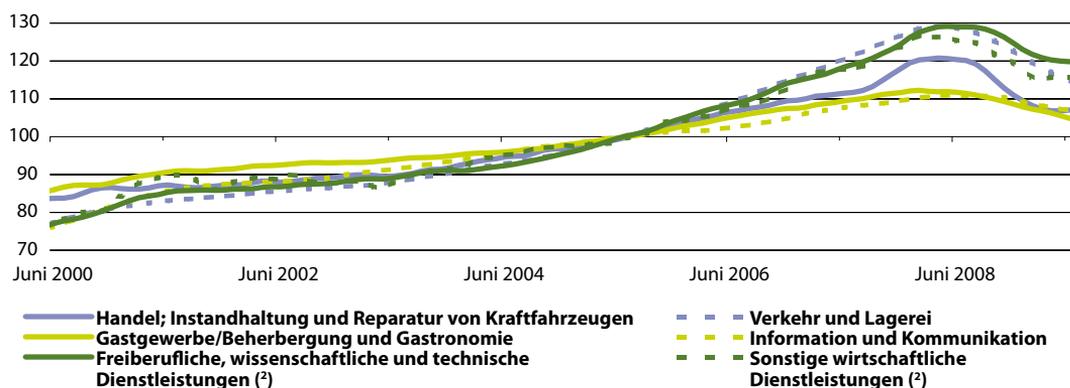
	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen		Verkehr und Lagerei		Gastgewerbe/Beherbergung und Gastronomie		Information und Kommunikation		Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen ⁽²⁾		Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ⁽²⁾	
	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008	2007	2008
EU-27	5,3	5,1	10,2	5,7	3,9	1,4	5,0	2,8	8,7	7,8	10,3	4,6
Euroraum (ER)	4,2	2,9	7,0	3,5	4,0	0,3	3,4	1,6	6,9	7,0	8,3	6,1
Belgien	6,9	3,2	9,7	7,9	5,3	4,1	:	:	7,6	40,8	11,3	7,3
Bulgarien	16,3	13,8	18,6	18,3	21,8	16,4	21,9	0,8	51,6	11,2	42,5	5,8
Tschech. Rep.	9,1	3,0	12,0	1,7	6,4	-2,9	9,5	6,0	11,3	8,6	19,3	1,1
Dänemark	4,0	0,0	7,7	8,9	9,6	3,3	13,9	-1,5	10,1	6,3	-8,1	9,0
Deutschland	0,2	4,3	8,1	3,9	-0,8	-0,2	0,5	0,9	7,5	8,6	12,7	12,5
Estland	25,9	-4,8	11,4	-6,2	18,1	1,6	18,7	10,6	31,6	8,0	37,5	-0,4
Irland	7,4	-4,9	3,1	-2,4	5,0	-5,2	:	:	8,3	-0,9	:	:
Griechenland	8,9	6,3	8,8	5,3	6,4	3,2	-2,6	0,1	9,3	6,6	16,1	6,0
Spanien	5,4	-4,5	5,9	-0,8	4,7	-2,3	6,4	1,1	9,0	-4,3	6,1	-0,2
Frankreich	4,8	3,7	5,4	4,2	4,5	1,0	5,8	4,7	4,8	4,7	3,6	2,8
Italien	3,3	1,1	:	:	:	:	1,5	-1,8	:	:	:	:
Zypern	12,0	10,9	5,9	4,5	12,6	3,5	12,0	11,4	14,0	9,4	6,2	-1,4
Lettland	25,7	-4,8	17,5	24,9	21,9	-0,4	15,0	5,0	19,9	8,8	38,9	10,0
Litauen	21,8	12,6	31,3	8,1	10,5	15,2	14,8	11,2	30,4	20,7	28,5	19,6
Luxemburg	:	:	:	:	3,4	2,2	:	:	:	:	:	:
Ungarn	1,3	0,8	-8,8	21,1	5,5	4,2	1,4	3,3	2,1	34,8	6,2	24,1
Malta	17,0	-1,0	2,7	6,1	6,4	5,2	:	:	1,6	12,2	:	:
Niederlande	7,6	7,0	:	:	5,6	0,2	7,1	1,6	6,8	6,3	12,3	6,8
Österreich	3,6	4,1	5,2	4,3	5,2	4,4	3,3	0,1	4,5	3,9	7,5	4,6
Polen	12,6	7,7	14,3	13,4	12,5	11,7	9,1	11,7	16,5	30,3	20,5	21,9
Portugal	4,3	0,7	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Rumänien	27,3	21,3	17,4	25,4	20,3	-0,4	19,0	21,7	31,8	27,8	15,8	19,8
Slowenien	14,2	15,7	16,5	-5,9	9,8	6,5	13,4	6,5	2,2	6,4	21,9	4,8
Slowakei	7,7	12,3	15,0	13,7	4,0	5,9	8,4	8,3	10,9	7,2	4,7	28,4
Finnland	6,8	6,2	8,0	7,1	6,7	5,4	5,2	3,8	14,2	8,7	13,8	12,7
Schweden	:	:	6,5	2,6	8,6	4,6	5,2	1,3	7,9	-0,3	9,6	0,8
Ver. Königreich	6,9	13,3	20,3	9,1	1,6	3,3	7,9	4,8	11,0	6,6	14,3	0,5
Norwegen	:	:	:	:	12,2	5,8	:	:	:	:	:	:

⁽¹⁾ Arbeitstäglich bereinigt.⁽²⁾ Gemäß KS-Verordnung.

Quelle: Eurostat (sts_trtu_a und sts_setu_a)



Abbildung 7.16: Umsatzindex, ausgewählte Dienstleistungsbranchen, EU-27 (!)
(2005=100)

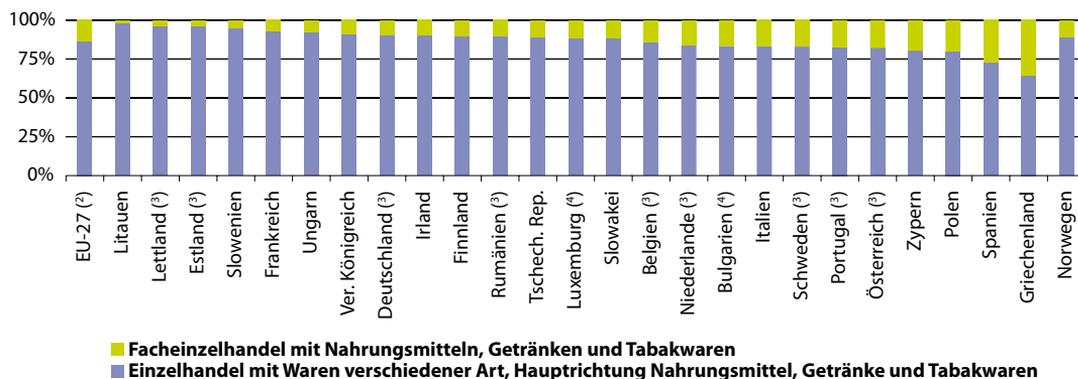


(!) Trend-Zyklus: Schätzungen.

(²) Gemäß KS-Verordnung.

Quelle: Eurostat (sts_trtu_m und sts_setu_m)

Abbildung 7.17: Aufgliederung des Umsatzes, Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln und Tabakwaren, 2006 (!)
(in % des Gesamtumsatzes)



(!) Dänemark, vertraulich; Malta, nicht verfügbar.

(²) 2005; nicht spezialisierte Geschäfte: Schätzung.

(³) 2007.

(⁴) 2005.

Quelle: Eurostat (tin00007)



Tabelle 7.12: Jährliche Wachstumsraten des Umsatzvolumensindex, Einzelhandel (¹)
(in %)

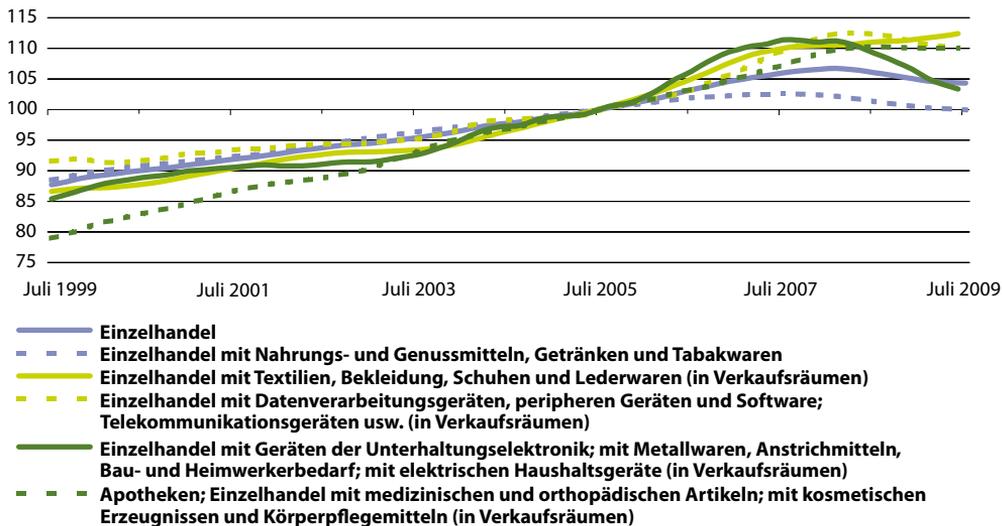
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
EU-27	2,8	2,4	2,4	2,2	2,0	1,7	2,6	2,3	3,2	2,5	0,3
Euroraum (ER)	3,0	2,1	1,5	1,6	1,1	0,8	1,4	1,7	2,3	1,4	-0,8
Belgien	4,1	2,2	5,2	0,2	-0,9	-0,2	1,7	1,3	1,7	1,8	1,2
Bulgarien	:	:	:	2,9	5,9	15,5	16,7	14,6	13,0	19,0	3,1
Tschech. Rep.	-6,5	3,2	-1,0	7,3	1,2	8,0	3,1	6,8	8,9	7,8	4,0
Dänemark	2,2	1,1	0,8	4,4	3,3	3,2	4,5	8,9	4,7	-1,4	-3,4
Deutschland	0,7	-0,2	0,5	0,0	-2,3	-0,9	1,7	0,9	0,3	-3,0	-0,7
Estland	:	2,3	14,2	12,9	13,0	-0,9	11,0	14,8	17,6	10,5	-4,5
Irland	:	:	:	9,0	3,6	3,5	5,7	6,7	8,8	8,0	-2,3
Griechenland	2,6	1,8	8,8	4,3	4,9	4,3	4,5	3,0	9,0	2,2	1,3
Spanien	6,0	3,4	2,7	3,5	6,4	3,2	2,5	1,3	2,3	2,7	-5,4
Frankreich	4,6	4,5	2,8	3,4	3,3	2,9	3,1	3,3	2,7	4,1	1,3
Italien	1,2	0,9	-0,6	-0,6	-0,6	-0,7	-2,5	-0,6	1,9	0,8	-2,3
Zypern	:	:	:	9,2	2,6	-1,4	3,2	4,9	6,9	8,5	4,8
Lettland	:	5,9	20,1	5,5	10,7	12,7	10,0	20,0	19,9	15,3	-7,2
Litauen	8,1	-5,1	14,3	2,8	10,1	11,2	9,3	11,7	7,2	13,7	3,8
Luxemburg	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Ungarn	:	6,0	3,4	3,8	8,5	7,7	6,0	4,3	4,9	-2,0	-1,9
Malta	:	:	:	8,0	-4,9	15,5	-5,4	-20,4	-6,4	17,6	-11,3
Niederlande	4,1	3,4	-0,9	2,9	1,2	-1,0	-0,3	1,8	4,6	2,7	-0,1
Österreich	:	:	2,0	-1,9	-0,5	-0,1	0,1	1,4	1,8	0,8	-0,8
Polen	:	:	:	2,5	-1,2	4,7	4,7	1,4	12,5	11,0	4,4
Portugal	9,9	6,3	-0,7	2,7	0,5	-2,1	2,1	6,0	1,8	0,6	1,2
Rumänien	:	:	:	0,0	3,0	8,4	14,7	16,2	19,6	20,4	20,4
Slowenien	:	-15,0	30,5	10,1	2,9	3,4	3,8	8,0	2,6	6,1	12,1
Slowakei	4,6	16,7	-3,0	7,6	8,3	-2,4	8,2	10,2	8,2	5,5	9,0
Finnland	7,7	5,7	5,3	5,6	3,6	4,8	5,0	4,8	4,6	5,2	1,2
Schweden	2,8	3,7	5,7	2,7	3,8	3,9	3,9	5,8	6,2	0,9	0,8
Ver. Königreich	:	3,5	5,9	4,4	5,9	3,3	5,7	2,5	3,3	4,3	2,4
Kroatien	:	:	:	12,4	11,6	10,7	7,3	3,1	4,3	2,8	-0,4
Norwegen	:	:	:	1,8	5,2	2,6	3,2	3,4	5,6	6,6	1,5

(¹) Arbeitstäglich bereinigt.

Quelle: Eurostat (sts_trtu_a)



Abbildung 7.18: Umsatzindex, ausgewählte Einzelhandelsbranchen, EU-27 (¹)
(2005=100)



(¹) Trend-Zyklus.

Quelle: Eurostat ([sts_trtu_m](#))

7.4 Fremdenverkehr

Einleitung

Europa ist ein wichtiges Tourismusziel, und sechs Mitgliedstaaten der EU zählen zu den zehn beliebtesten Urlaubszielen der Welt. Der Tourismus spielt daher eine wichtige Rolle in Bezug auf sein wirtschaftliches und beschäftigungspolitisches Potenzial, hat aber gleichzeitig auch Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt; diese beiden Faktoren erhöhen die Nachfrage nach zuverlässigen und harmonisierten statistischen Daten auf diesem Gebiet.

Dem Tourismus kommt eine wichtige Rolle im Hinblick auf sein wirtschaftliches und beschäftigungspolitisches Potenzial zu; die für den Tourismus geschaffene Infrastruktur leistet einen Beitrag zur lokalen Entwicklung, und die Arbeitsplätze, die dadurch geschaf-

fen oder erhalten werden (und vor allem Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen eröffnen), können dem Niedergang der Industrie oder des ländlichen Raums entgegenwirken.

Darüber hinaus beeinflusst der Tourismus auch Gesellschaft und Umwelt auf eine Weise, welche die Frage aufwirft, ob der Tourismus eine nachhaltige Entwicklung durchläuft; daneben stellt sich das Problem der globalen Umweltverschmutzung als Folge der durch den Massentourismus hervorgerufenen Verkehrsströme, und es entstehen lokale Probleme und Vorbehalte hinsichtlich der Verwendung mitunter knapper Mittel und hinsichtlich der Umweltfolgen der Fremdenverkehrsinfrastrukturen sowie des Drucks, den der Tourismus auf die Lebensqualität der



Gemeinden vor Ort und die Bewahrung ihres kulturellen und historischen Erbes ausübt. Die Kombination aus wirtschaftlichem Potenzial und ökologischen Risiken ist zugleich Auslöser für die Nachfrage nach zuverlässigen und harmonisierten Statistiken in diesem Bereich. Der „nachhaltige Tourismus“ schließt die Bewahrung und Erschließung des kulturellen und des Naturerbes ein und erstreckt sich von den Künsten bis hin zur lokalen Gastronomie und der Bewahrung der Biodiversität.

Derzeit wird an einem neuen politischen Konzept für den Tourismus gearbeitet. Die Europäische Kommission hat im Jahr 2006 eine Mitteilung mit dem Titel: „Eine neue EU-Tourismuspolitik: Wege zu mehr Partnerschaft für den europäischen Tourismus“ angenommen. In dem Dokument ist eine Reihe von Herausforderungen aufgeführt, die die Tourismusindustrie in den kommenden Jahren prägen werden, darunter:

- die alternde Bevölkerung der EU;
- die zunehmende Konkurrenz von außen;
- die Nachfrage der Verbraucher nach stärker spezialisierten Tourismusangeboten;
- und die Notwendigkeit, nachhaltigere und umweltfreundlichere Formen des Fremdenverkehrs zu entwickeln.

Dem Dokument zufolge würden eine wettbewerbsfähigere Tourismusindustrie und nachhaltige Reiseziele zum Erfolg der erneuerten Lissabon-Strategie, zur Zufriedenheit der Touristen und zur Aufrechterhaltung der Stellung Europas als weltweit führendes Reiseziel beitragen.

Im Oktober 2007 folgte hierauf die Mitteilung der Europäischen Kommission: „Agenda für einen nachhaltigen und wettbewerbsfähigen europäischen Tourismus“, in der die zukünftigen Schritte zur Förderung der Nachhaltigkeit des europäischen Tourismus skizziert werden; diese Mitteilung leistet einen Beitrag zur Umsetzung der erneuerten Lissabon-Strategie für Wachstum

und Beschäftigung und der erneuerten Strategie für nachhaltige Entwicklung, da sie an alle Interessengruppen gerichtet ist, die im europäischen Tourismus eine Rolle spielen. Das nachhaltige Management von Reisezielen, die Berücksichtigung von Belangen der Nachhaltigkeit durch die Unternehmen und die Sensibilisierung der Touristen für die Nachhaltigkeit bilden den Rahmen für die vorgeschlagenen Maßnahmen.

Definitionen und Datenverfügbarkeit

Eurostat veröffentlicht Tourismusstatistiken zur Kapazität und Inanspruchnahme von Beherbergungsbetrieben sowie zur touristischen Nachfrage der Bürger Europas, die von den nationalen statistischen Ämtern erhoben und zusammengestellt werden.

Die Statistiken in diesem Bereich werden nicht nur zur Überwachung tourismusspezifischer politischer Maßnahmen herangezogen, sondern spielen auch im weiter gefassten Kontext der Regionalpolitik und der nachhaltigen Entwicklung eine Rolle. In der Richtlinie 95/57/EG des Rates vom 23. November 1995 über die Erhebung statistischer Daten im Bereich des Tourismus wurde ein System der Tourismusstatistik festgelegt. Nach dieser Rechtsgrundlage sind die Mitgliedstaaten der EU verpflichtet, einen regelmäßigen Bestand an vergleichbaren Tourismusstatistiken vorzulegen. Durch die Entscheidung 1999/35/EG der Kommission vom Dezember 1998 wurden bestimmte Aspekte dieser Richtlinie umgesetzt; weitere Änderungen in den Jahren 2004 und 2006 erstreckten sich auf die Erweiterung der EU und auf in neuerer Zeit eingetretene Veränderungen im Weltmarkt für Tourismus.

Das System besteht aus zwei Hauptkomponenten: zum einen aus einer Statistik zu Kapazität und Inanspruchnahme von Beherbergungsbetrieben, zum anderen aus einer Statistik zur touristischen Nachfra-



ge. In den meisten Mitgliedstaaten werden die Statistiken der ersteren Gruppe über Erhebungsbogen erfasst, die von den Beherbergungsbetrieben ausgefüllt werden, die letzteren in erster Linie durch Umfragen bei den Reisenden an Grenzübergängen oder durch herkömmliche Haushaltsbefragungen.

Die Statistik der **Kapazität der Beherbergungsbetriebe** umfasst die Anzahl der Betriebe, der Zimmer und der Schlafgelegenheiten. Diese Statistiken stehen nach Art des Betriebs oder nach Region zur Verfügung und werden jährlich zusammengestellt.

Die Statistik der **Inanspruchnahme von Beherbergungsbetrieben** bezieht sich auf die Zahl der Ankünfte von Inländern und Nichtinländern (in den Beherbergungsbetrieben) und die Zahl der Übernachtungen dieser Personengruppen, wobei eine Untergliederung nach Art des Betriebs und nach Region erfolgt. Es stehen jährliche oder monatliche Statistikreihen zur Verfügung. Zusätzlich werden Statistiken zur Belegung der Schlafgelegenheiten (Belegungsrate) erstellt.

Die Statistik der **touristischen Nachfrage** bezieht sich auf die Teilnahme der Touristen, d. h. auf den Anteil der Bevölkerung, der mindestens eine Reise mit mindestens vier Übernachtungen im Berichtszeitraum (Quartal oder Jahr) durchführt. Außerdem werden in dieser Statistik die Anzahl der Fremdenverkehrsaufenthalte (und die Zahl der Übernachtungen bei diesen Aufenthalten) erfasst und beispielsweise nach folgenden tourismusspezifischen Variablen aufgeschlüsselt:

- Zielland,
- Abreisemonat,
- Reisedauer,
- Art der Veranstaltung der Reise,
- benutztes Verkehrsmittel,
- Unterkunftsart,
- Ausgaben.

Daneben werden die Statistikdaten in soziodemografische erläuternde Variablen wie Alter und Geschlecht untergliedert.

Neben reinen Fremdenverkehrsstatistiken können auch Daten aus anderen Quellen herangezogen werden, um die statistische Darstellung des Tourismus in der EU eingehender zu beleuchten. Im Beherbergungssektor umfassen diese zusätzlichen Statistiken unter anderem Beschäftigungsdaten (aus der Arbeitserhebung – AKE) oder Informationen aus der Zahlungsbilanz:

- Arbeitszeit (Vollzeit oder Teilzeit),
- Beschäftigungsstatus,
- Alter,
- Bildungsgrad,
- Geschlecht,
- fester oder befristeter Arbeitsvertrag und Beschäftigungsdauer bei demselben Arbeitgeber,
- Tourismuseinnahmen und -ausgaben.

Weitere Angaben, beispielsweise zu Verkehrsströmen im Tourismus und zur Wirtschaftsleistung bestimmter Wirtschaftszweige im Bereich des Tourismus, lassen sich darüber hinaus aus der Verkehrstatistik (z. B. Personenbeförderung auf dem Luftweg) oder aus der strukturellen Unternehmensstatistik (SUS) entnehmen.

„**Tourismus**“ bezieht sich auf die Aktivitäten von Besuchern, die eine Reise zu einem Hauptreiseziel außerhalb ihres gewöhnlichen Lebensumfeldes unternehmen und sich dort weniger als ein Jahr aufhalten. Diese Reise kann einem beliebigen Hauptzweck dienen, unter anderem geschäftlichen Zwecken, Urlaubszwecken oder anderen persönlichen Gründen (ausgenommen die Anstellung durch einen Inländer, einen Haushalt oder ein Unternehmen am besuchten Ort). Die hier vorgestellten Statistiken sind auf Reisen mit mindestens einer Übernachtung begrenzt; die Möglichkeit, Statistiken zu Tagesbesuchen einzubeziehen, wird gegenwärtig geprüft.



Ein **Tourist** ist ein Besucher, der mindestens eine Nacht in einem Beherbergungsbetrieb oder einer privaten Unterkunft verbringt. Als **Übernachtung** gilt jede Nacht, die ein Gast in einem Hotel oder einem ähnlichen Betrieb verbringt und für die er dort gemeldet ist. Eine Aufgliederung der Übernachtungen nach **Gebietsansässigen** und **Gebietsfremden** liegt vor, wobei die Gebietsansässigen definiert werden als Personen, die während des überwiegenden Teils des Vorjahres in einem Land/Ort gelebt haben oder über einen kürzeren Zeitraum in dem Land/Ort gelebt haben und beabsichtigen, innerhalb eines Jahres in das Land/den Ort zurückzukehren, um dort zu leben. Hinweis: Unter Zugrundelegung der obigen Definitionen entfällt ein großer Teil des Tourismus auf Geschäftskunden.

Die **Tourismusintensität** und die internationalen Tourismuseinnahmen im Verhältnis zum BIP sind Anhaltspunkte für die Größe des Tourismussektors. Die Tourismusintensität gibt die Zahl der Übernachtungen von Touristen im Verhältnis zur Bevölkerung des Gastlandes an.

Auf der Angebotsseite finden sich Unternehmen aus verschiedenen Wirtschaftssektoren; ihr Tätigkeitsspektrum umfasst die Bereitstellung von Übernachtungsmöglichkeiten, Speisen und Getränken, Transportmitteln und -dienstleistungen sowie von Unterhaltungsangeboten. Der Begriff **Beherbergungsbetrieb** bezieht sich auf alle Arten von Beherbergungsbetrieben und schließt daher private Unterkünfte aus. Die Beherbergungsbetriebe können untergliedert werden in **Hotels und ähnliche Betriebe** (dazu gehören Hotels, Gasthöfe und Pensionen mit typischen Hotelserviceleistungen, z. B. Bettenmachen und Reinigung der Zimmer und Sanitäreinrichtungen) und **sonstige Beherbergungsbetriebe** (Ferienhäuser und -wohnungen, Campingplätze, Jugendherbergen, Gruppenbeherbergungsbetriebe, Schullandheime und ähnliche Einrichtungen). Die **Anzahl der**

Schlafgelegenheiten (Betten) eines Betriebs oder einer Wohnung wird bestimmt durch die Anzahl der Personen, die in regulären Betten in dem Betrieb übernachten können, wobei vom Gast verlangte Zusatzbetten nicht berücksichtigt werden. Die Bezeichnung „Bett“ bezieht sich jeweils auf ein Einzelbett. Doppelbetten werden als zwei Betten gezählt.

Reiseleistungen von Unternehmen, die in der Organisation der Beförderung, Beherbergung und Verpflegung von Touristen tätig sind, werden NACE Rev. 1.1 Gruppe 63.3 zugeordnet, die folgende Tätigkeiten umfasst: Vermittlung von Reiseinformationen, Beratung und Planung; Organisieren von Reisen, Beherbergung und Beförderung für Reisende und Urlauber; Lieferung von Fahrkarten und Tickets; Verkauf von Paketouren; Tätigkeiten von Reiseveranstaltern und Reiseführern.

Wichtigste Ergebnisse

Im Jahr 2007 unternahmen die Einwohner der EU fast eine Milliarde Urlaubsreisen. 76 % dieser Reisen führten an einen Zielort innerhalb des eigenen Wohnsitzlandes, die übrigen 24 % der Reisen führten ins Ausland. Bei etwas mehr als der Hälfte aller Reisen (55 %) handelte es sich um Kurzreisen mit einer bis drei Übernachtungen.

Insgesamt waren in der EU erhebliche Unterschiede festzustellen, da einige Länder – Belgien, Dänemark, Luxemburg, die Niederlande und Slowenien – bei den Urlaubsreisen, die ins Ausland führen, eine Quote von mehr als 50 % meldeten. Andererseits liegt in Frankreich, Griechenland, Portugal und Spanien die Quote der Gebietsansässigen, deren Urlaubsreisen ins Ausland führen, bei 10 % oder weniger; dieses Muster scheint sowohl von der Größe als auch der geografischen Lage der Mitgliedstaaten beeinflusst zu werden.

Auf der Angebotsseite zählte die EU im Jahr 2007 insgesamt 202 353 Hotels und ähn-



liche Betriebe. Darüber hinaus bestanden 220 497 sonstige Beherbergungsbetriebe (wie Campingplätze und Ferienwohnungen usw.). Die Hotels und ähnlichen Einrichtungen boten mehr als 11,7 Millionen Betten, darunter fast die Hälfte (47%) in den drei führenden Urlaubsländern: Italien (2,1 Millionen Betten), Deutschland und Spanien (beide 1,7 Millionen Betten). Im Jahr 2007 verbrachten gebietsfremde (ausländische) Touristen in der EU-27 fast 730 Millionen Übernachtungen in Hotels und ähnlichen Beherbergungsbetrieben.

Im Jahr 2008 stellte Deutschland in der EU die größte Touristengruppe mit dem Ausland als Reiseziel. Im Jahresverlauf entfielen auf Deutsche mehr als 625 Millionen Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben außerhalb Deutschlands, dicht gefolgt von Einwohnern des Vereinigten Königreichs (546 Millionen Übernachtungen im Ausland im Jahr 2007). Auf diese beiden Mitgliedstaaten alleine entfiel damit bereits mehr als die Hälfte der Gesamtzahl der Übernachtungen von EU-Bürgern außerhalb ihres Wohnsitzlandes. Die zehn führenden Länder stellten etwas mehr als 90% der 2 Milliarden Nächte, die Europäer im Jahr 2008 in Beherbergungsbetrieben außerhalb des Mitgliedstaats verbrachten, in dem sie ihren gewöhnlichen Wohnsitz haben. Berücksichtigt man die Größe eines Landes (gemessen an seiner Einwohnerzahl), war Luxemburg das Land mit dem höchsten Anteil der Gebietsansässigen (ab 16 Jahren), die ins Ausland reisten, gefolgt von Schweden und Zypern. Am anderen Ende des Spektrums rangierte im Jahr 2008 Bulgarien, denn nur 1,6% der Bulgaren verbrachten mindestens vier Urlaubsübernachtungen im Ausland.

Beliebtestes Reiseziel der Gebietsfremden war 2008 Spanien mit 225 Millionen Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben. Auf dieses Land alleine entfielen damit mehr als 23% aller Übernachtungen von

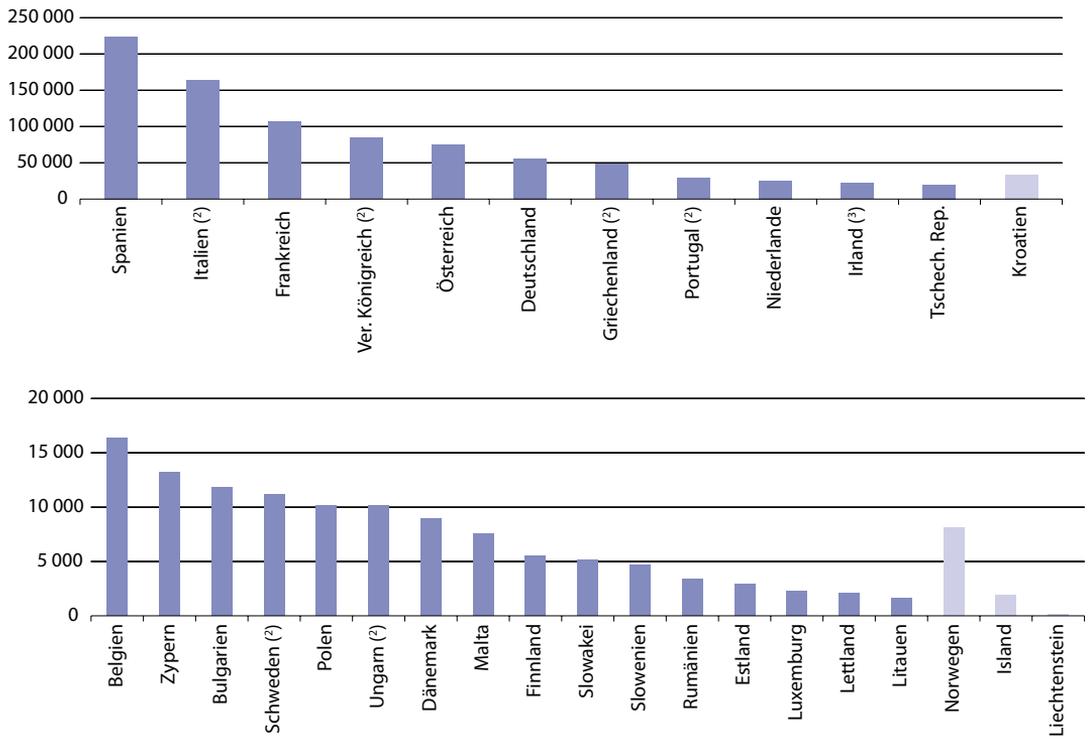
Gebietsfremden in der EU. Die drei beliebtesten Länder waren Spanien (224 Millionen Übernachtungen), Italien (163 Millionen Übernachtungen im Jahr 2007) und Frankreich (107 Millionen Übernachtungen). Diese drei Länder vereinigten auf sich 51% der Übernachtungen von Gebietsansässigen der EU in Beherbergungsbetrieben außerhalb des eigenen Landes. Am wenigsten gefragt waren als Reiseziele Luxemburg sowie die drei baltischen Staaten, Estland Lettland und Litauen – wobei jedoch in allen Fällen die Größe der betreffenden Länder zu berücksichtigen ist.

Setzt man die Zahl der Übernachtungen in Relation zur Bevölkerung des betreffenden Mitgliedstaats, lässt sich daran die Tourismusintensität beurteilen. Im Jahr 2008 zeigte dieser Indikator, dass die Mittelmeerinseln Malta und Zypern sowie die Alpen-/Großstadtregionen Österreichs die beliebtesten Zielorte von Urlaubsreisen waren.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus lässt sich anhand des Anteils der Einnahmen aus dem internationalen Tourismus am Bruttoinlandsprodukt (BIP) messen. Dieser Anteil war 2007 in Zypern (11,55%) am höchsten, was die Bedeutung des Tourismus für diesen Inselstaat bestätigt. In absoluten Zahlen waren die Einnahmen aus dem internationalen Tourismus in Frankreich (34,995 Mrd. EUR), Italien (24,280 Mrd. EUR) und dem Vereinigten Königreich (20,301 Mrd. EUR) am höchsten. Am meisten gaben die Einwohner des Vereinigten Königreichs für den internationalen Tourismus aus; ihr Ausgabenvolumen belief sich auf mehr als 44,878 Mrd. EUR. Legt man die Größe der jeweiligen Volkswirtschaften zugrunde, waren die Pro-Kopf-Ausgaben für Reisen im Jahr 2007 bei den Einwohnern Luxemburgs und Zyperns am höchsten (mehr als 6,5% des BIP) und lagen damit deutlich vor dem drittplatzierten Land Irland (3,32%).



Abbildung 7.19: Reiseziele, 2008 ⁽¹⁾
(in Tsd. Übernachtungen Gebietsfremder in Beherbergungsbetrieben)



⁽¹⁾ Zu beachten ist die unterschiedliche Skalierung in den beiden Teilen der Abbildung.

⁽²⁾ 2007.

⁽³⁾ 2006.

Quelle: Eurostat ([tour_occ_ni](#))



Tabelle 7.13: Tourismus-Indikatoren

	Hotels u. ähnliche Betriebe (Einheiten)		Sonstige Beherbergungsbetriebe (Einheiten)		Betten in Hotels u. ähnlichen Betrieben (in Tsd.)		Übernachtungen in Hotels u. ähnlichen Betrieben (in Tsd.) ⁽¹⁾		Reiseintensität der Bevölkerung (15 Jahre und älter)	
	2003 ⁽²⁾	2008 ⁽³⁾	2003 ⁽²⁾	2008 ⁽³⁾	2003 ⁽²⁾	2008 ⁽³⁾	2003 ⁽²⁾	2008 ⁽⁴⁾	2003	2008 ⁽⁵⁾
EU-27	204457	202353	193275	220497	10895	11715	626802	729871	:	:
Euroraum (ER)	143062	142277	139446	163787	8309	8871	498328	574260	:	:
Belgien	1957	2009	1561	1527	122	125	10281	11120	0,45	0,47
Bulgarien	849	1646	210	482	144	240	8987	11641	:	0,07
Tschech. Rep.	4377	4483	3549	3222	227	258	13688	17741	0,50	0,54
Dänemark	478	470	623	588	68	73	4512	4552	0,64	0,62
Deutschland	37547	35891	17572	18068	1611	1677	33301	45218	0,66	0,63
Estland	230	368	313	680	18	30	2086	2727	0,23	0,34
Irland	4821	3947	4150	5483	146	169	17748	:	:	:
Griechenland	8689	9385	333	321	645	716	39760	47410	0,43	0,42
Spanien	17102	18026	14447	20976	1452	1685	136865	155379	0,50	0,43
Frankreich	18617	17970	10489	10697	1236	1256	69323	71725	0,59	0,67
Italien	33480	34058	79864	96991	1969	2143	93935	113017	0,50	:
Zypern	829	708	122	161	91	86	13424	13151	0,75	0,89
Lettland	261	387	65	104	15	24	963	1913	:	0,20
Litauen	270	365	218	177	14	22	766	1544	:	0,36
Luxemburg	307	267	277	236	15	14	1144	1297	0,66	0,77
Ungarn	2261	2001	1256	923	159	155	8046	8635	:	0,51
Malta	194	155	4	7	40	39	7301	7416	:	:
Niederlande	2908	3196	3795	4072	180	200	13798	14962	0,69	0,69
Österreich	14708	13756	6206	6682	566	580	55200	60462	0,53	0,61
Polen	1547	2642	5569	4215	134	211	5450	7939	0,35	0,36
Portugal	1934	2031	280	308	246	265	23215	26769	0,28	0,19
Rumänien	2989	4362	580	522	202	238	2688	3251	:	0,29
Slowenien	381	410	422	440	29	34	3166	3659	0,57	0,60
Slowakei	838	1313	1246	1454	55	70	3560	3978	:	0,52
Finnland	992	901	472	448	120	121	3758	4768	0,56	0,58
Schweden	1765	1893	2048	2083	185	207	4833	5842	:	:
Ver. Königreich	44126	39860	37604	41988	1204	1245	49003	64253	0,64	0,58
Kroatien	832	835	509	1150	194	164	16830	17605	:	0,35
EJR Mazedonien	150	:	175	:	16	:	249	:	:	:
Türkei	9877	:	:	:	820	:	51118	74192	:	:
Island	283	301	384	280	15	19	1070	1517	:	:
Liechtenstein	46	45	101	103	1	1	105	131	:	:
Norwegen	1099	1108	1120	1179	144	157	4375	4871	0,72	0,72
Schweiz	5643	5582	94100	:	259	270	17768	21478	:	:

(1) Übernachtungen von Gebietsfremden.

(2) Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Schweiz, 2002.

(3) EU-27, Euroraum, Italien, Niederlande, Portugal, Schweden und Vereinigtes Königreich, 2007.

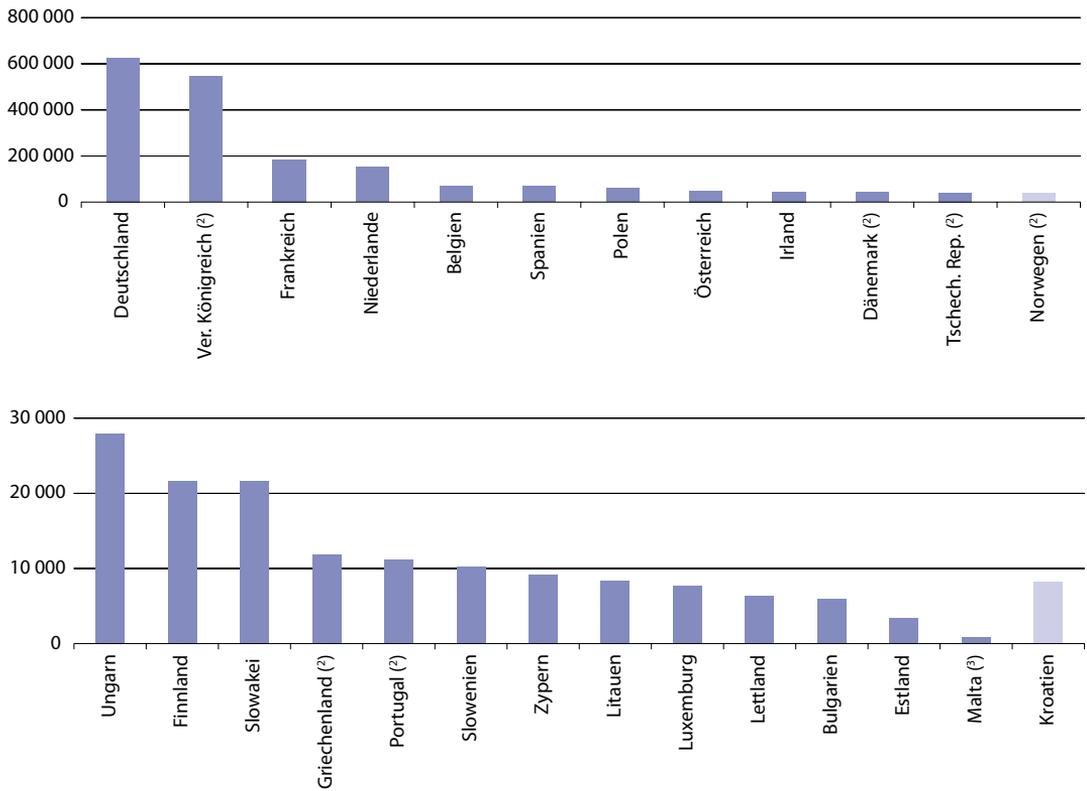
(4) EU-27, Euroraum, Griechenland, Italien, Ungarn, Portugal, Schweden, Vereinigtes Königreich und Türkei, 2007.

(5) Tschechische Republik, Dänemark, Griechenland, Portugal, Vereinigtes Königreich und Norwegen, 2007.

Quelle: Eurostat (tin00039, tin00040, tin00041, tin00043, tin00045, tps00001 und tps00010)



Abbildung 7.20: Herkunftsland bei Reisen ins Ausland, 2008 ⁽¹⁾
(in Tsd. Übernachtungen im Ausland)



⁽¹⁾ Zu beachten ist die unterschiedliche Skalierung in den beiden Teilen der Abbildung; Italien, Rumänien und Schweden: nicht verfügbar.

⁽²⁾ 2007.

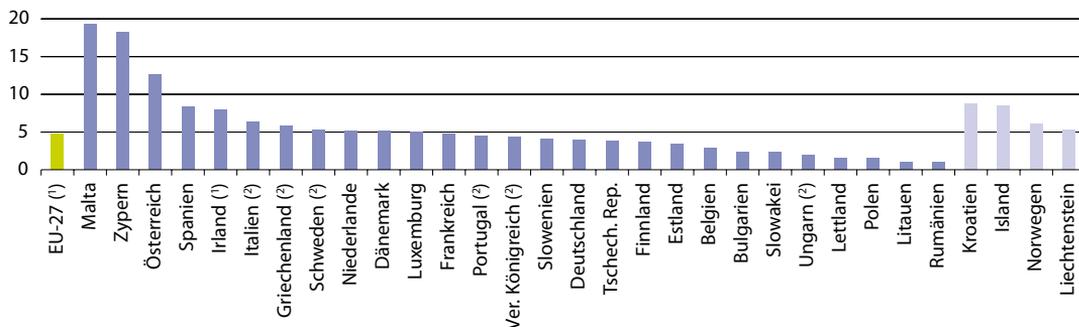
⁽³⁾ Schätzung, 2007.

Quelle: Eurostat ([tour_dem_tnw](#))



Abbildung 7.21: Tourismusintensität, 2008

(Quote der Übernachtungen von Gebietsansässigen und Gebietsfremden in Hotels, ähnlichen Einrichtungen und in sonstigen Beherbergungsbetrieben je Einwohner)



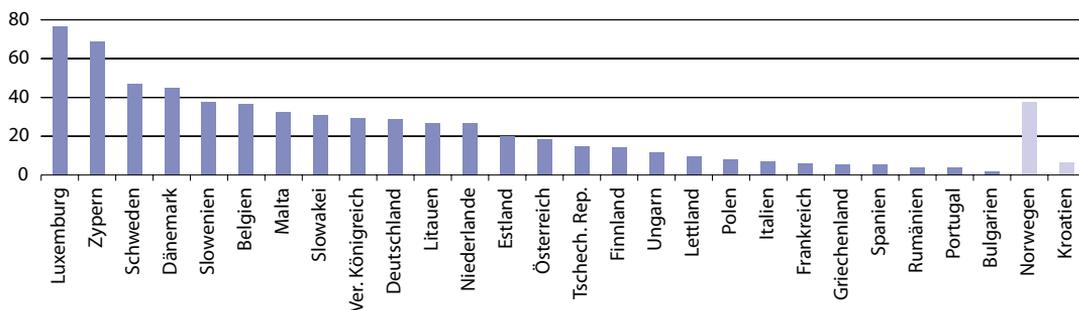
(1) 2006.

(2) 2007.

Quelle: Eurostat (tour_occ_ni und tps00001)

Abbildung 7.22: Anteil der Bevölkerung, 15 Jahre und älter, an Urlaubsreisen mit mindestens vier Übernachtungen im Ausland, 2008 (1)

(in %)



(1) Bulgarien, Tschechische Republik und Malta: Schätzungen; Dänemark, Malta und Norwegen: 2007; Italien und Schweden: 2006; (1) Irland: nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat (tour_dem_toage, tps00001 und tps00010)

Tabelle 7.14: Urlaubsreisen von EU-Einwohnern (15 Jahre oder älter), 2008

	Anzahl der Reisen (in Tsd.)			Aufgliederung aller Reisen nach Reiseziel und Dauer (in %)			
	Alle Reisen	Kurz- reisen (1-3 Übernacht.)	Lange Reisen (4+ Über- nacht.)	Kurz- reisen im Inland (1-3 Übern.)	Lange Reisen im Inland (4+ Übern.)	Kurz- reisen ins Ausland (1-3 Übern.)	Lange Reisen ins Ausland (4+ Übern.)
Belgien	10 712	3 609	7 103	16,5	11,3	17,2	55,0
Bulgarien	6 251	3 775	2 476	57,0	32,0	3,4	7,6
Tschech. Rep.	24 532	14 626	9 906	53,6	20,1	6,0	20,3
Dänemark (¹)	10 368	4 377	5 991	32,5	15,2	9,7	42,6
Deutschland	214 482	110 659	103 823	44,9	21,1	6,7	27,3
Estland	1 241	813	428	49,5	7,7	17,0	25,8
Irland	11 839	6 023	5 816	38,4	10,4	12,5	38,8
Griechenland	13 561	5 627	7 934	40,3	50,4	1,2	8,1
Spanien	119 969	80 687	39 282	65,4	28,0	1,9	4,7
Frankreich	212 562	125 587	86 975	56,4	34,3	2,7	6,6
Italien (²)	78 055	36 920	41 134	43,3	39,8	4,0	12,9
Zypern	1 704	813	891	42,2	11,4	5,5	40,9
Lettland	4 262	3 318	944	71,8	6,4	7,6	14,2
Litauen	3 813	2 418	1 395	49,5	13,9	13,9	22,7
Luxemburg	1 199	444	755	0,5	0,3	36,6	62,7
Ungarn	22 155	15 010	7 144	60,8	19,6	7,0	12,7
Malta	:	:	:	:	:	:	:
Niederlande (¹)	29 083	10 621	18 462	25,5	22,7	11,0	40,8
Österreich	15 426	6 857	8 569	30,7	20,9	13,8	34,6
Polen	36 245	19 080	17 165	49,4	35,6	3,3	11,7
Portugal (²)	10 265	6 423	3 842	60,5	29,6	2,1	7,9
Rumänien	10 275	:	:	:	:	:	:
Slowenien	3 733	2 149	1 584	36,7	11,4	20,9	31,0
Slowakei	6 724	2 071	4 653	24,1	33,8	6,7	35,4
Finnland	30 115	23 246	6 869	69,5	15,3	7,7	7,5
Schweden (²)	38 399	25 618	12 781	58,3	19,1	8,5	14,2
Ver. Königreich (²)	112 695	53 375	59 320	40,8	20,1	6,5	32,5
Kroatien	6 721	3 557	3 164	39,5	32,3	13,4	14,7
Norwegen	16 800	9 650	7 150	44,9	19,9	12,6	22,6

(¹) 2007.

(²) 2006.

Quelle: Eurostat ([tour_dem_ttmtd](#))

**Tabelle 7.15:** Tourismuseinnahmen und –ausgaben aus privaten Reisen

	Einnahmen				Ausgaben			
	(in Mio. EUR)			Verhältnis zum BIP, 2007 (%)	(in Mio. EUR)			Verhältnis zum BIP, 2007 (%)
	2005	2006	2007		2005	2006	2007	
EU-27 (¹)	51 644	56 643	59 366	0,48	66 150	67 028	73 166	0,59
Belgien	6 506	6 658	6 330	1,89	10 330	10 551	10 728	3,20
Bulgarien	1 735	1 832	2 027	7,02	295	325	302	1,04
Tschech. Rep.	2 892	3 465	3 675	2,89	1 566	1 805	2 217	1,74
Dänemark	3 281	3 428	3 490	1,54	4 207	4 507	4 837	2,14
Deutschland	:	:	:	:	:	:	:	:
Estland	599	629	572	3,74	213	287	308	2,02
Irland	3 813	:	4 312	2,26	:	:	6 321	3,32
Griechenland	10 082	10 439	10 339	4,53	1 429	1 308	1 425	0,62
Spanien	:	:	:	:	:	:	:	:
Frankreich	30 838	32 368	34 995	1,85	19 763	18 223	20 413	1,08
Italien	22 679	23 825	24 280	1,57	11 652	11 895	12 710	0,82
Zypern	1 779	1 776	1 810	11,55	736	751	1 048	6,69
Lettland	190	270	343	1,62	345	451	564	2,67
Litauen	594	604	579	2,04	455	510	717	2,52
Luxemburg	1 871	1 767	1 732	4,76	2 184	2 282	2 382	6,54
Ungarn	2 684	2 766	2 792	2,75	1 621	1 292	1 595	1,57
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:
Niederlande	5 639	6 149	6 564	1,15	9 847	10 256	10 519	1,85
Österreich	:	:	:	:	:	:	:	:
Polen	4 008	4 618	6 160	1,98	2 555	3 545	3 109	1,00
Portugal	5 557	5 998	6 649	4,07	1 565	1 727	1 807	1,11
Rumänien	432	382	329	0,27	229	294	331	0,27
Slowenien	1 392	1 493	1 739	5,04	520	596	618	1,79
Slowakei	:	:	1 250	2,28	:	:	963	1,76
Finnland	1 049	1 072	1 231	0,68	1 651	1 765	2 058	1,15
Schweden	:	:	:	:	5 827	6 268	6 995	2,11
Ver. Königreich	18 320	19 500	20 301	0,99	40 778	42 708	44 878	2,20
Kroatien	5 458	5 876	6 345	14,82	337	355	450	1,05
Ver. Staaten	78 599	81 660	83 729	0,82	58 646	60 982	58 876	0,57

(¹) Extra-EU-27.

Quelle: Eurostat ([bop_its_det](#) und [nama_gdp_c](#))



7.5 Informationsgesellschaft

Einleitung

Die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sind eine wesentliche Voraussetzung für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und in allgemeinerem Sinne für die Erfüllung der Anforderungen der Gesellschaft und der Wirtschaft. Die IKT beeinflussen zahlreiche Bereiche unseres Alltags, sowohl im Arbeitsleben als auch im privaten Umfeld. Die von der EU in diesem Bereich getroffenen politischen Maßnahmen reichen von der Regulierung ganzer Unternehmenssektoren bis zum Schutz der Privatsphäre.

Der politische Handlungsrahmen im Bereich der IKT ist die Initiative i2010 ⁽⁶⁾ – „Eine europäische Informationsgesellschaft für Wachstum und Beschäftigung“ –, die auf die Förderung der Effizienz in der gesamten europäischen Wirtschaft durch breite Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien ausgerichtet ist. Im Mittelpunkt dieser Initiative steht die Förderung einer offenen und wettbewerbsfähigen digitalen Wirtschaft, der Forschung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien sowie die Anwendung dieser Technologien im Hinblick auf eine bessere gesellschaftliche Integration, ein besseres Angebot öffentlicher Dienstleistungen und mehr Lebensqualität. Diese Politik entspringt dem Wunsch, die sozialen und geografischen Unterschiede zu überwinden und eine integrative digitale Gesellschaft zu schaffen, die Chancen und Möglichkeiten für alle bietet. Die Initiative i2010 beruht auf drei Schwerpunkten:

- Schaffung eines einheitlichen europäischen Informationsraums, mit dem ein offener und wettbewerbsfähiger Binnenmarkt im Bereich der Informationsgesellschaft und der Medien gefördert wird;
- Anreize für den Ausbau der Informationsgesellschaft – zur Steigerung der Investitionen in Innovation und IKT-Forschung;
- Nutzung der Vorteile von IKT – für den Aufbau einer integrativen Gesellschaft und für die Förderung eines besseren Angebots öffentlicher Dienstleistungen und für eine bessere Lebensqualität durch die Nutzung von IKT.

Von den Mitgliedstaaten der EU und der Europäischen Kommission wurde 2006 ein Benchmarking-Rahmen für i2010 gebilligt. In ihm wird ein umfassender Bestand an Indikatoren zur Internet- und Breitbandnetzabdeckung und zur Nutzung von Computern und Onlinediensten durch Bürger und Unternehmen definiert. Außerdem schafft er die Grundlagen für flexible Module zu einem speziellen Thema, das jedes Jahr neu festgelegt wird.

Nach einer Halbzeitprüfung wurde im April 2008 eine aktualisierte i2010-Strategie vorgelegt, mit der zentrale Herausforderungen für den Zeitraum 2008-2010 thematisiert werden sollen. Anschließend veröffentlichte die Europäische Kommission eine Mitteilung zu zukünftigen Netzen und dem Internet ⁽⁷⁾, in der das soziale und wirtschaftliche Potenzial des Internet der Zukunft umrissen wurde, das auf für jedermann zugänglichen Hochgeschwindigkeits-Internetanschlüssen aufbaut, die international offen, wettbewerbsfähig

⁽⁶⁾ Nähere Informationen unter: http://ec.europa.eu/information_society/europe/i2010/index_en.htm

⁽⁷⁾ KOM(2008) 594 endg.; nähere Informationen unter: http://ec.europa.eu/information_society/europe/i2010/docs/future_internet/act_future_networks_internet_de.pdf.



und sicher sind und transparente und wirksame Verwaltungsverfahren einschließen. Diese Grundvoraussetzungen der Zugänglichkeit, Offenheit, Transparenz und Sicherheit bilden die Grundlage, auf der die Europäische Kommission ihre kurzfristige Planung für das Internet der Zukunft aufbaut, die sich in sechs Aktionslinien zusammenfassen lässt:

- Aufbau von Hochgeschwindigkeits-Internet-Infrastrukturen, die wettbewerbsfähig sind und dem Verbraucher eine echte Auswahl bieten;
- Förderung des Zugangs zu einem hochwertigen und erschwinglichen Internetanschluss für jedermann;
- Offenhalten des Internet für Wettbewerb, Innovation und Wahlfreiheit der Verbraucher;
- Anstoß für eine Diskussion über die Gestaltung und Entwicklung des Internet der Zukunft;
- Vorgabe klarer Leitlinien für die Anwendung der bestehenden Datenschutzvorschriften und einer einheitlichen Strategie für ein sicheres Internet der Zukunft;
- Berücksichtigung der entscheidenden Rolle, die der internationalen Politik, dem Dialog in Regulierungsfragen und der Zusammenarbeit bei all diesen Entwicklungen zukommt.

Den Breitbandtechnologien kommt zentrale Bedeutung bei der Messung des Zugangs zum Internet und seiner Nutzung zu, da sie die Möglichkeit bieten, große Datenmengen schnell zu übermitteln, ohne dass dabei der Telefonanschluss besetzt ist; im Bereich der IKT-Politik gilt die Inanspruchnahme der Breitbanddienste daher als wesentlicher Indikator. Ein allgemein verfügbarer Zugang zum Internet über Breitbandverbindungen ist für die Entwicklung zukunftsweisender Internetdienste wie E-Geschäftsverkehr, E-Government oder E-Lernen von maß-

geblicher Bedeutung. Die Ausweitung der Breitbandnutzung hat sich in den letzten Jahren weiter fortgesetzt und mittlerweile verfügen 49% aller Haushalte in der EU-27 über einen Breitbandanschluss. Dabei ist der digitale Teilnehmeranschluss (Digital Subscriber Lines – DSL) nach wie vor die wichtigste Form der Breitbandtechnologie, wengleich sich auch Alternativen wie Kabel, Satelliten, optische Übertragung über Lichtleiter sowie drahtlose Teilnehmeranschlusssysteme zunehmend stärker etablieren.

Definitionen und Datenverfügbarkeit

Die Herausforderungen im Zuge der rasanten technischen Veränderungen im Zusammenhang mit dem Internet und anderen neuen Mitteln der IKT sind den Statistikern sehr deutlich bewusst. In diesem Bereich vollzogen sich tiefgreifende Entwicklungen, in deren Verlauf statistische Instrumente an den neuen Datenbedarf angepasst wurden. Die Statistiken in diesem Bereich werden jährlich überprüft, um nicht nur den Bedürfnissen der Nutzer besser gerecht werden zu können, sondern auch, um dem raschen technologischen Wandel besser Rechnung tragen zu können.

Darüber hinaus ist unstrittig, dass die IKT hinsichtlich der Zugänglichkeit und Kosten mittlerweile zwar einer zunehmend breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, dass aber noch immer eine Kluft zwischen denjenigen, die diese Technologien nutzen, und denen, die sie nicht nutzen, besteht. Dieser Umstand wird häufig als die „digitale Kluft“ bezeichnet. Dies kann auf unterschiedliche Faktoren zurückzuführen sein, unter anderem auf eine fehlende Infrastruktur (vor allem in abgelegenen, ländlichen Gebieten), fehlende Computerkenntnisse und -fertigkeiten, wie sie für die Teilnahme an der Informationsgesellschaft erforderlich sind, sowie mangelnde Sensibilisierung für oder Inte-



resse an den Leistungen, die die Informationsgesellschaft bieten kann; diese Kluff eingehender zu untersuchen, vermittelt somit wichtige Erkenntnisse für die politischen Entscheidungsprozesse.

Dieses Konzept findet seinen Niederschlag in den **Eurostat-Erhebungen über Informations- und Kommunikationstechnologien in Haushalten und bei Einzelpersonen** sowie in **Erhebungen über Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen**. Diese jährlichen Erhebungen über die Nutzung von IKT in Unternehmen und in Haushalten bzw. durch Einzelpersonen können als Referenzgröße (Benchmark) für IKT-gestützte Entwicklungen herangezogen werden, und zwar sowohl zur Nachverfolgung von Entwicklungen bestimmter Kernvariablen im Laufe der Zeit als auch zur eingehenderen Untersuchung bestimmter Aspekte zu einem bestimmten Zeitpunkt. Ursprünglich konzentrierten sich die Erhebungen im Wesentlichen auf Fragen wie Zugang und Verbindungsart, doch wurde ihr Erfassungsbereich nach und nach auf zahlreiche weitere Themenbereiche (unter anderem E-Government und E-Fertigkeiten) sowie auf sozioökonomische Aufschlüsselungen wie regionale Diversität und geschlechtsspezifische Merkmale, Alter, Unterschiede im Bildungsniveau und die Beschäftigungssituation der Personen in der Haushaltsbefragung oder eine Aufschlüsselung nach Größe (klein, mittel, groß) in der Unternehmenserhebung ausgeweitet. Der Umfang der Erhebungen im Hinblick auf die verschiedenen Technologien wurde ebenfalls dahin gehend angepasst, dass neue Technologien und die Annahme dieser Technologien durch die Endverbraucher (Unternehmen und Haushalte) abgedeckt werden.

Haushalte und Einzelpersonen

Haushalte werden in dieser Erhebung als Einheit definiert, der mindestens ein Mitglied in der Altersgruppe zwischen 16 und 74 Jahren angehört. Der **Internetzugang von Haushalten** bezieht sich auf

den Prozentanteil der Haushalte mit Internetanschluss, über den alle Haushaltsmitglieder das Internet bei Bedarf von zuhause aus nutzen können, selbst wenn dies nur zum Versenden von E-Mails geschieht. **Internetnutzer** werden als alle Privatpersonen im Alter zwischen 16 und 74 Jahren definiert, die das Internet in den drei Monaten vor der Erhebung genutzt haben. **Regelmäßige Internetnutzer** sind Privatpersonen, die das Internet in den drei Monaten vor der Erhebung (im Allgemeinen während des ersten Quartals 2008) im Durchschnitt mindestens einmal wöchentlich genutzt haben.

Die gebräuchlichsten Technologien für den Internetzugang werden anhand der Verbindungsgeschwindigkeit nach Breitband- und Schmalbandzugang im Fest- oder Mobilnetz unterschieden. **Breitbandnetze schließen auch digitale Teilnehmeranschlüsse (Digital Subscriber Lines - DSL)** oder Kabelfernsehtetze ein und nutzen Technologien, mit denen Daten mit hoher Geschwindigkeit übertragen werden. **Breitbandanschlüsse** werden als Anschlüsse mit einer Kapazität von mindestens 144 kbit/s definiert. Die **Einwahl** über ein Modem kann über eine normale oder eine ISDN-Telefonleitung erfolgen. Aufgrund ihrer begrenzten Bandbreite wird diese Form vielfach auch als Schmalband bezeichnet. Die **Verfügbarkeit der Breitbandversorgung** wird anhand des Prozentsatzes von Haushalten und Unternehmen gemessen, bei denen die Möglichkeit des Anschlusses an eine xDSL-fähige Vermittlung, ein für das Internet aufgerüstetes Kabelnetz oder an andere Breitbandnetze besteht.

Ein **Computer** wird definiert als PC, der mit einem der gebräuchlichsten Betriebssysteme (Macintosh, Linux oder Microsoft) ausgestattet ist; Laptops und Palmtops (PDA) fallen ebenfalls unter diese Definition.

Die **Bestellung von Waren und Dienstleistungen durch Privatpersonen** umfasst die



Reservierung von Unterkünften mit Bestätigung, den Erwerb von Finanzanlagen, die Teilnahme an Lotterien und Wetten, Internetauktionen sowie unmittelbar kostenpflichtige Informationsdienste über das Internet. Waren und Dienstleistungen, die kostenfrei über das Internet bezogen werden, sind aus dieser Definition ausgeschlossen. Aufträge in Form handgeschriebener E-Mails sind ebenfalls nicht berücksichtigt. Der Indikator gibt den Prozentsatz der 16- bis 74-Jährigen an, die das Internet in den 12 Monaten vor der Erhebung für die Bestellung von Waren und Dienstleistungen genutzt haben. Dienstleistungen im Reise- und Beherbergungsgewerbe umfassen die Nutzung des Internet für die Informationsbeschaffung oder für den Erwerb von Waren und Dienstleistungen im Zusammenhang mit Reise- und Beherbergungsdienstleistungen, beispielsweise Beförderungstickets, Hotelreservierungen oder andere Beherbergungsbetriebe oder Websites, die Informationen für Touristen enthalten.

Im Internet können die Nutzer nicht nur Informationen abrufen, Waren oder Dienstleistungen bestellen oder Content-Produkte erwerben (beispielsweise durch das Herunterladen von Musik, Filmen oder Spielen über das Internet). Mit der Verfügbarkeit des Web 2.0 können Privatpersonen auch an sozialen oder berufsspezifischen Netzen mitwirken, in denen sie eigene Inhalte erstellen und diese anderen Nutzern mit gleichen Interessen zugänglich machen können.

Unternehmen

Die Erhebung über die Nutzung der IKT in Unternehmen erfasst Unternehmen mit 10 oder mehr Beschäftigten. Die Erhebung der Wirtschaftszweige ist auf jene Unternehmen beschränkt, deren Hauptaktivität in der NACE Rev. 1.1 unter die Abschnitte D, F, G, I und K und die Gruppen 55.1, 55.2, 92.1 und 92.2 fällt, also Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung,

Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen für Unternehmen, Film- und Videoherstellung, Filmtheater und Herstellung von Hörfunk- und Fernsehprogrammen. Dabei wird nach der Größe der Unternehmen entsprechend der Zahl ihrer Beschäftigten zwischen Kleinunternehmen (10 bis 49 Beschäftigte), mittleren Unternehmen (20 bis 249 Beschäftigte) und Großunternehmen (250 oder mehr Beschäftigte) unterschieden.

Die Weitergabe von Informationen im Unternehmen umfasst die elektronische und automatische Weitergabe von Informationen zwischen verschiedenen Funktionseinheiten des Unternehmens unter einem der folgenden Aspekte:

- unter Verwendung einer einzigen Softwareanwendung für die verschiedenen Funktionseinheiten des Unternehmens;
- Datenverknüpfung zwischen den Softwareanwendungen, die die verschiedenen Funktionseinheiten des Unternehmens unterstützen;
- Verwendung einer gemeinsamen Datenbank oder eines Daten-Warehouse, auf das die Softwareanwendungen zugreifen, welche die verschiedenen Funktionseinheiten des Unternehmens unterstützen, oder
- automatisierter Datenaustausch zwischen unterschiedlichen Softwaresystemen.

Die Weitergabe von Informationen wurde in dieser Erhebung beim Eingang einer Bestellung in mindestens einem der folgenden Funktionsbereiche untersucht: Lagerbestandsverwaltung, Buchhaltung, Fertigungs- oder Kundendienstverwaltung, Vertriebsverwaltung; bei der Übermittlung einer entsprechenden Bestellung erfolgte die Untersuchung in mindestens einem der folgenden Funktionsbereiche: Lagerbestandsverwaltung oder Buchhaltung.



Informationsweitergabe außerhalb des Unternehmens bezeichnet die elektronische Weitergabe von Informationen zum Lieferkettenmanagement unter den folgenden Aspekten:

- Austausch von beliebigen Arten von Informationen mit den Lieferanten und/oder Kunden zur Koordinierung der Verfügbarkeit und Lieferung von Produkten oder Dienstleistungen an den Endkunden;
- Einbeziehung von Informationen zu Nachfrageprognosen, Lagerbeständen, Produktion, Vertrieb bzw. Produktentwicklung;
- über Computernetze, nicht nur das Internet, sondern auch weitere Verbindungen zwischen Computern unterschiedlicher Unternehmen;
- normale handgeschriebene E-Mail-Mitteilungen werden nicht berücksichtigt.

Indikatoren zum **Datenaustausch** der Unternehmen **mit den öffentlichen Verwaltungen** stützen sich auf ein Konzept der öffentlichen Verwaltungen, das möglichst breit angelegt ist und sowohl öffentliche Dienste als auch Verwaltungstätigkeiten einschließt. Unter Verwaltung sind damit die Rechte und Pflichten im Land (die so genannten „Behördenvorschriften“) gemeint; öffentliche Dienstleistungen beziehen sich auf nicht verwaltungstechnische Aufgaben oder Zuständigkeiten staatlicher Behörden, beispielsweise die Online-Bereitstellung des Katalogs einer öffentlichen Bibliothek. Die **Informationsbeschaffung** bezieht sich auf die Informationsrecherche auf Behördenwebsites. Die **Beschaffung von Formularen** umfasst das Herunterladen amtlicher Formulare zur beliebigen Weiterverwendung (beispielsweise zu Informationszwecken oder für die Anforderung von Dienstleistungen). Die **Rücksendung ausgefüllter Formulare** (beispielsweise die Meldung von Statistikdaten bei Behörden) schließt nur die Rücksendung ausgefüllter Formulare über das Internet ein. Die **vollständig**

elektronische Bearbeitung eines Verwaltungsvorgangs schließt ausschließlich Verwaltungsabläufe ein (beispielsweise Melde- oder Genehmigungsanträge), bei denen alle Bearbeitungsschritte elektronisch über das Internet ohne die Notwendigkeit zusätzlicher papiergestützter Dokumente abgewickelt werden können, einschließlich eventueller Zahlungen, Unterschriften usw. Die **Abgabe eines Angebots in einem elektronischen Ausschreibungsverfahren** (E-Beschaffung) umfasst die Einreichung von Angeboten in internetgestützten Systemen (entweder auf der Grundlage von Internetschnittstellen oder mithilfe anderer Architekturen).

E-Commerce wird als die Bestellung bzw. der Verkauf von Waren über computergestützte Netze definiert. Nicht eingeschlossen sind in Online-Einkäufen bzw. -Bestellungen all jene Vorgänge, bei denen Bestellungen oder Bestelleingänge durch handschriftlich verfasste E-Mails erfolgten. Der Indikator für Unternehmen, **die online Bestellungen erhalten oder Einkäufe getätigt haben**, umfasst den Online-Verkauf und elektronischen Datenaustausch über das Internet oder über andere Computernetze innerhalb des Jahres vor der Erhebung. Es werden nur Unternehmen berücksichtigt, die mehr als 1 % online erwerben bzw. verkaufen.

Daten zu den **Ausgaben für Informationstechnologie (IT)** umfassen die Ausgaben für IT-Hardware, -Einrichtungen, Software und andere Dienstleistungen.

Wichtigste Ergebnisse

Im letzten Jahrzehnt ist die Verfügbarkeit von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) für die breite Öffentlichkeit sowohl im Hinblick auf die Zugriffsmöglichkeiten als auch hinsichtlich der Kosten wesentlich verbessert worden. Im Jahr 2007 wurde eine Grenze überschritten, als erstmals eine Mehrheit der Haushalte (54%) in der EU-27 über einen Internetzugang verfügte; dieser Anteil erhöhte



sich 2008 noch weiter (60%). Den höchsten Anteil der Haushalte mit Internetzugang verzeichneten 2008 die Niederlande (86%), den niedrigsten Bulgarien (25%). Ein weit verbreiteter und erschwinglicher Zugang zu Breitbandnetzen ist eine der Möglichkeiten, um eine wissensbasierte Informationsgesellschaft zu fördern. In der überwiegenden Mehrzahl der Mitgliedstaaten stellten Breitbandnetze die bei Weitem am Stärksten verbreitete Form des Internetzugangs (durchschnittlich 49% aller Haushalte in der EU-27 im Jahr 2008 gegenüber 11% der Haushalte, die Einwahl- oder ISDN-Anschlüsse nutzten); eine Ausnahme bildete dabei lediglich Rumänien.

Zwei Drittel (66%) der Privatpersonen in der EU-27 im Alter zwischen 16 und 74 Jahren nutzten in den drei Monaten vor der IKT-Erhebung im Jahr 2008 einen PC. Ein ähnlicher Anteil der Privatpersonen (62%) nutzte das Internet. Der Anteil der Privatpersonen, die in den drei Monaten vor der Erhebung 2008 einen PC und das Internet nutzten, stieg in Dänemark, Finnland, Luxemburg, den Niederlanden und Schweden auf 80% bis 90%, während diese Personengruppe in Bulgarien, Griechenland, Italien, Portugal, Zypern und vor allem in Rumänien nur eine Minderheit stellte. Fast ein Drittel (32%) der Privatpersonen in der EU-27 nutzte das Internet 2008 für Reise- und Beherbergungsdienstleistungen, wobei die Spanne unter den Mitgliedstaaten von weniger als 10% der Privatpersonen in Bulgarien und Rumänien bis zu 50% bis 60% aller Privatpersonen in Finnland, den Niederlanden und Luxemburg reichte.

Unter den Internetnutzern, also unter jenen Privatpersonen in der EU-27, die das Internet in den drei Monaten vor der IKT-Erhebung nutzten, nutzte die überwiegende Mehrzahl (86%) das Internet von zu Hause aus. Ungefähr halb so hoch war der Anteil der Personen, die am Arbeitsplatz auf das Internet zugriffen (42%), ein Wert, der ungefähr doppelt so hoch wie

die Gruppe jener war, die bei Freunden, Nachbarn oder Verwandten das Internet nutzten (22%). 87% aller Privatpersonen im Alter zwischen 16 und 74 Jahren verwendeten ein Mobiltelefon, der Anteil derjenigen, die über ein Mobiltelefon auf das Internet zugriffen, belief sich in der EU-27 jedoch auf nur 6%. Finnland und Schweden stellten mit 16% der Nutzer, die ein Mobiltelefon für das Surfen im Internet nutzten, den höchsten Anteil.

Von den 62% der Privatpersonen in der EU-27, die das Internet in den drei Monaten vor der IKT-Erhebung 2008 nutzten, griffen sieben von zehn Nutzern täglich oder fast täglich auf das Internet zu. Unter den Internetnutzern war der Anteil derer, die das Internet täglich nutzten, in Dänemark (85%) und Italien (84%) am höchsten, obwohl gerade in Italien der Anteil der Internetnutzer insgesamt relativ gering ist.

Ungefähr zwei Fünftel (38%) der Privatpersonen in der EU-27 nutzten das Internet zum Herunterladen oder Hochladen digitaler Inhalte. Nach Tätigkeiten aufgeschlüsselt entfallen dabei 28% auf Privatpersonen, die Musik oder Filme herunterluden, sowie 9% auf das Herunterladen von Computer- oder Videospiele. Der Anteil der Privatpersonen, die selbst erstellte Inhalte wie Texte, Bilder, Fotos, Videos oder Musik auf eine öffentlich zugängliche Website hochluden, betrug 11%.

Eine erhebliche Minderheit (40%) der Unternehmen in der EU-27 verfügte 2008 über irgendeine Form eines automatisierten Datenaustauschs mit einem IKT-System außerhalb des eigenen Unternehmens. So übermittelte beispielsweise ungefähr ein Viertel (27%) aller Unternehmen automatisch Zahlungsaufträge an Bankinstitute, ähnliche Anteile entfielen auf den Datenaustausch mit öffentlichen Behörden (25%) und mit Kunden und/oder Lieferanten (25%). Im Bereich der Film-, Video-, Rundfunk- und Fernsehindustrie betrieb eine knappe Mehrheit (53%) der



Unternehmen einen automatisierten Datenaustausch. Demgegenüber nutzte nur ein Drittel (32 %) der Hotels, Campingplätze und anderen Beherbergungsbetriebe sowie der Bauunternehmen im Jahr 2008 den automatisierten Datenaustausch mit IKT-Systemen außerhalb des eigenen Unternehmenssystems. Die automatische Informationsweitergabe innerhalb desselben Unternehmens (für unterschiedliche Funktionseinheiten) oder außerhalb in der Lieferkette nahm mit der Größe des Unternehmens zu: mehr als zwei Drittel (70 %) aller Großunternehmen (mit mindestens 250 Mitarbeitern) gaben Informationen automatisch innerhalb des Unternehmens weiter, und bei einem Drittel (32 %) existierten automatisierte Lieferkettenmanagementsysteme, was mehr als dem Doppelten der entsprechenden Prozentanteile in Kleinunternehmen (mit 10 bis 49 Beschäftigten) entsprach.

Ungefähr zwei Drittel (68 %) der Unternehmen nutzten im Jahr 2008 E-Government-Dienstleistungen: Eine Mehrheit bediente sich der E-Government-Dienstleistungen für die Informationsbeschaffung und zum Herunterladen von Formularen (in beiden Fällen 61 %), während 50 % der Unternehmen auf diesem Weg ausgefüllte Formulare zurückübermittelten. Die Verbreitung von E-Government-Dienstleistungen bei Unternehmen war in Dänemark, Finnland, Irland und Luxemburg im Jahr 2008 (mit durchweg über 90 % aller Unternehmen) besonders hoch. Rumänien gab als einziger Mitgliedstaat an, dass nur eine Minderheit der Unternehmen E-Government-Dienstleistungen nutzte.

Ungefähr sechs von zehn Unternehmen (64 %) mit mehr als zehn Beschäftigten in der EU-27 (ausgenommen die Unternehmen im Kreditgewerbe) verfügten 2008 über eine eigene Website. Dieser Anteil erhöhte sich mit zunehmender Größe des Unternehmens, da neun von zehn Großunternehmen über eine eigene Website

verfügten; am höchsten waren die Gesamtraten in Dänemark und Schweden.

Rund 16 % aller Unternehmen in der EU-27 erhielten 2007 Bestellungen online; dies entspricht drei Fünftel des Anteils jener Unternehmen (28 %), die Computernetze für die Auftragserteilung oder für den Erwerb von Waren oder Dienstleistungen einsetzten. Der Prozentanteil der Unternehmen, die online kaufen oder verkaufen, nimmt mit steigender Unternehmensgröße tendenziell zu. Möglicherweise ist für Großunternehmen die Finanzierung von Investitionen für die Einführung von E-Commerce-Dienstleistungen leichter. Generell ist in den Mitgliedstaaten der Anteil der Unternehmen, die online Käufe abwickeln, deutlich höher als der Anteil der Unternehmen, die online Bestellungen entgegennehmen (worin möglicherweise zum Ausdruck kommt, dass der Aufbau eines Online-Vertriebssystems komplexer ist als die Online-Abwicklung von Käufen). Fast ein Drittel (32 %) aller Unternehmen im Vereinigten Königreich erhielt 2008 Bestellungen online, während die entsprechenden Anteile in Irland und den Niederlanden bei einem Viertel oder sogar noch höher lagen. Demgegenüber wickelte nur eine geringe Mehrheit der Unternehmen in Irland, Deutschland und Schweden im Jahr 2008 Einkäufe online ab, jedoch mehr als 40 % aller Unternehmen in den Niederlanden und im Vereinigten Königreich.

Im Vergleich zu Japan oder den Vereinigten Staaten ist der Anteil der Ausgaben für IKT (gemessen als Anteil des BIP) in der EU relativ gering; im Jahr 2006 wurden in der EU-27 insgesamt 2,7 % des BIP für Informationstechnologien aufgewendet, während die Vergleichswerte in Japan 3,4 % und in den Vereinigten Staaten 3,3 % betragen.



Tabelle 7.16: Nutzung der IKT und von Onlinediensten für Dienstleistungen im Reise- und Gastgewerbe (in % der 16- bis 74-Jährigen)

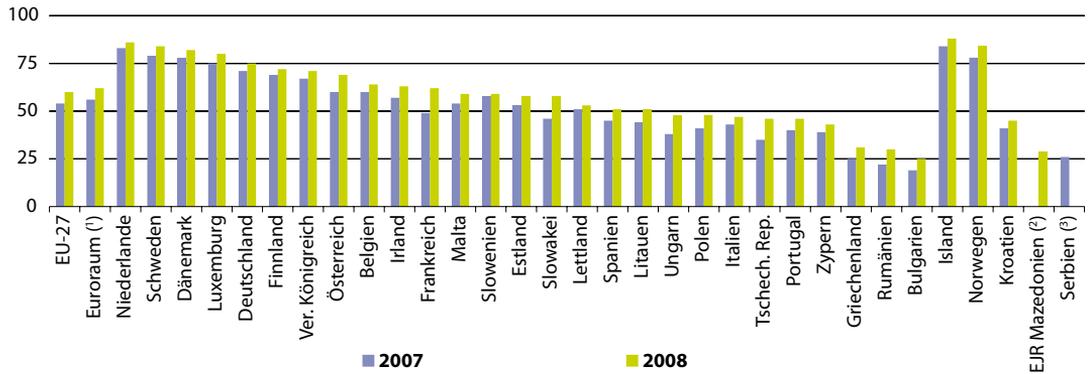
	Gebrauch von Computer			Gebrauch von Internet			Das Internet genutzt haben, für Dienstleistungen im Zusammenhang mit Reisen und Beherbergung		
	2006	2007	2008	2006	2007	2008	2006	2007	2008
EU-27	59	63	66	52	57	62	25	31	32
Euroraum (ER) (1)	60	64	66	53	59	63	25	33	34
Belgien	67	70	71	62	67	69	30	34	36
Bulgarien	30	35	40	24	31	35	4	5	6
Tschech. Rep.	52	55	63	44	49	58	22	25	26
Dänemark	86	84	86	83	81	84	45	51	47
Deutschland	76	78	80	69	72	75	41	45	42
Estland	62	65	66	61	64	66	20	21	27
Irland	58	62	67	51	57	63	37	39	41
Griechenland	38	40	44	29	33	38	12	16	17
Spanien	54	57	61	48	52	57	16	33	35
Frankreich	55	69	71	47	64	68	15	30	38
Italien	43	43	46	36	38	42	15	18	20
Zypern	44	47	47	34	38	39	16	23	18
Lettland	53	58	63	50	55	61	18	18	25
Litauen	47	52	56	42	49	53	12	14	15
Luxemburg	76	80	83	71	78	81	48	55	50
Ungarn	54	58	63	45	52	59	20	24	23
Malta	43	48	51	38	45	49	15	21	22
Niederlande	84	87	88	81	84	87	43	48	50
Österreich	68	73	76	61	67	71	26	28	32
Polen	48	52	55	40	44	49	11	11	14
Portugal	42	46	46	36	40	42	13	14	12
Rumänien	30	34	35	21	24	29	4	5	7
Slowenien	57	58	60	51	53	56	24	26	26
Slowakei	61	64	72	50	56	66	21	26	29
Finnland	80	81	84	77	79	83	53	57	58
Schweden	87	88	89	86	80	88	45	41	46
Ver. Königreich	73	78	80	66	72	76	47	46	48
Kroatien	:	47	46	:	38	42	:	10	15
EJR Mazedonien	34	:	50	25	:	42	2	:	7
Island	90	91	92	88	90	91	61	60	62
Norwegen	85	90	90	81	85	89	51	55	61
Serbien	:	41	:	:	30	:	:	9	:

(1) ER-15 statt ER-16.

Quelle: Eurostat (isoc_ci_cfp_cu, isoc_ci_ifp_iu und isoc_ci_ac_i)



Abbildung 7.23: Internetzugang von Haushalten
(in % aller Haushalte)



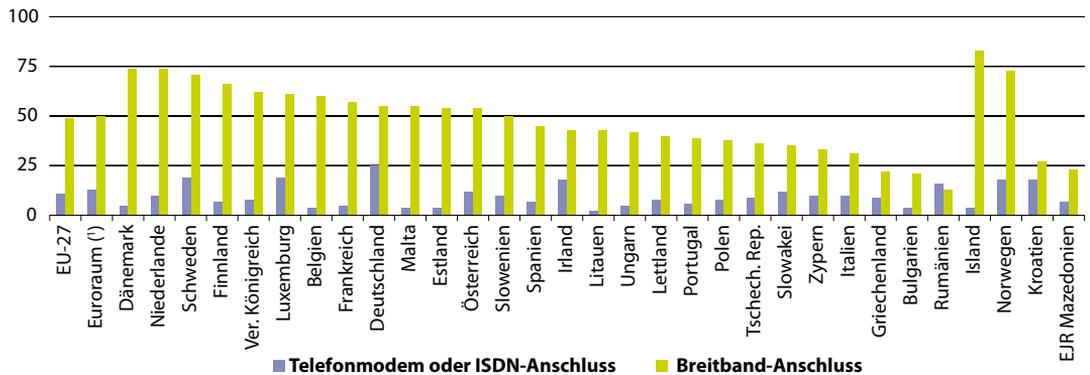
(1) 2007: ER-13; 2008: ER-15.

(2) 2007: nicht verfügbar.

(3) 2008: nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat (tsiir040)

Abbildung 7.24: Internetzugang von Haushalten nach Art des Anschlusses, 2008
(in % aller Haushalte)



(1) ER-15 statt ER-16.

Quelle: Eurostat (tin00073)

**Tabelle 7.17:** Ort der Internetnutzung, 2008

(in % der 16- bis 74-Jährigen, die das Internet in den drei Monaten vor der Erhebung nutzten)

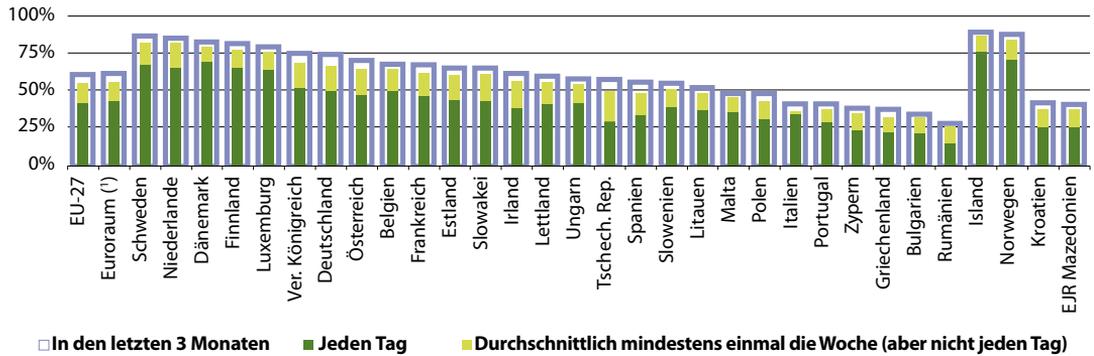
	Zu Hause	Arbeitsplatz (außer zu Hause)	Bildungs- einrichtung	Wohnung eines Nachbarn, Freundes oder Verwandten	Sonstige
EU-27	86	42	13	22	12
Euroraum (ER) (*)	86	43	11	23	13
Belgien	92	34	11	8	5
Bulgarien	81	33	12	4	10
Tschech. Rep.	83	39	17	13	5
Dänemark	95	53	13	14	10
Deutschland	91	41	9	20	11
Estland	87	39	13	11	5
Irland	83	39	11	4	5
Griechenland	70	43	11	13	22
Spanien	78	44	12	25	20
Frankreich	86	39	9	36	12
Italien	79	46	13	21	18
Zypern	77	49	12	18	14
Lettland	82	37	17	24	15
Litauen	86	38	20	19	10
Luxemburg	94	44	10	14	15
Ungarn	81	36	20	23	10
Malta	93	36	8	12	4
Niederlande	97	51	13	19	6
Österreich	80	51	10	12	10
Polen	82	30	18	19	7
Portugal	80	41	20	31	17
Rumänien	77	31	20	9	4
Slowenien	86	51	16	29	18
Slowakei	74	51	18	23	12
Finnland	91	54	20	36	22
Schweden	94	54	14	21	15
Ver. Königreich	90	45	14	20	11
Kroatien	80	40	17	15	5
EJR Mazedonien	62	21	18	17	36
Island	96	60	28	44	28
Norwegen	95	60	16	22	17

(*) ER-15 statt ER-16.

Quelle: Eurostat (isoc_pibi_pai)



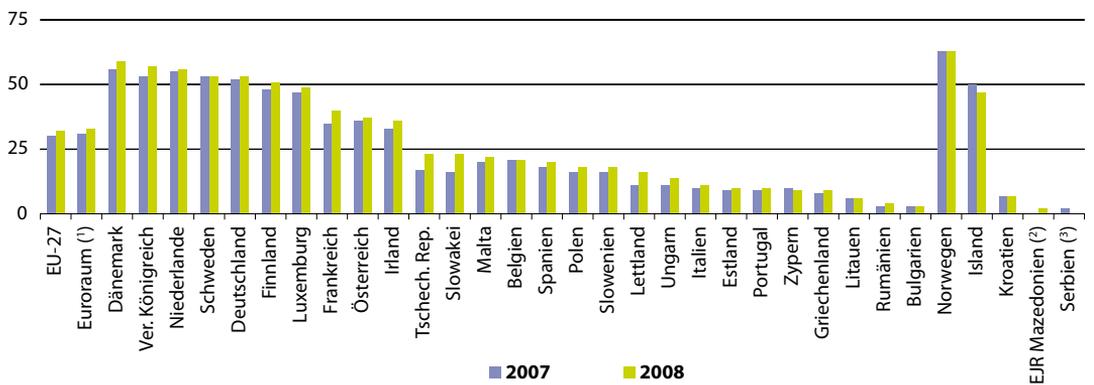
Abbildung 7.25: Häufigkeit der Internetnutzung, 2008
(in % der 16- bis 74-Jährigen)



(¹) ER-15 statt ER-16.

Quelle: Eurostat ([isoc_ci_ifp_iu](#) und [isoc_ci_ifp_fu](#))

Abbildung 7.26: Privatpersonen, die in den zwölf Monaten vor der Erhebung Waren oder Dienstleistungen für den privaten Gebrauch über das Internet bestellt haben
(in % der 16- bis 74-Jährigen)

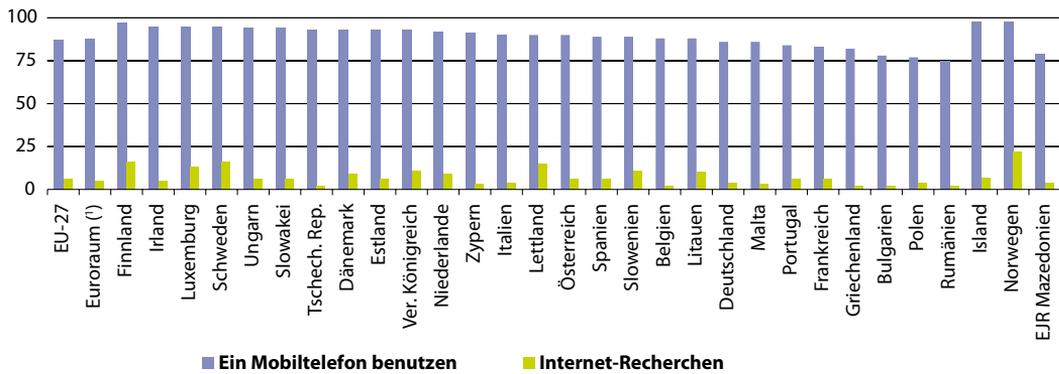


(¹) 2007: ER-13; 2008: ER-15. (²) 2007: nicht verfügbar. (³) 2008: nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat ([isoc_ec_ibuy](#)).



Abbildung 7.27: Privatpersonen, die ein Mobiltelefon für das Surfen im Internet nutzen, 2008
(in % der 16- bis 74-Jährigen)



(¹) ER-15 statt ER-16.

Quelle: Eurostat ([isoc_cias_mph](#))

Tabelle 7.18: Privatpersonen, die das Internet zum Herunterladen und Austauschen von Online-Inhalten nutzen, 2008
(in % der 16- bis 74-Jährigen)

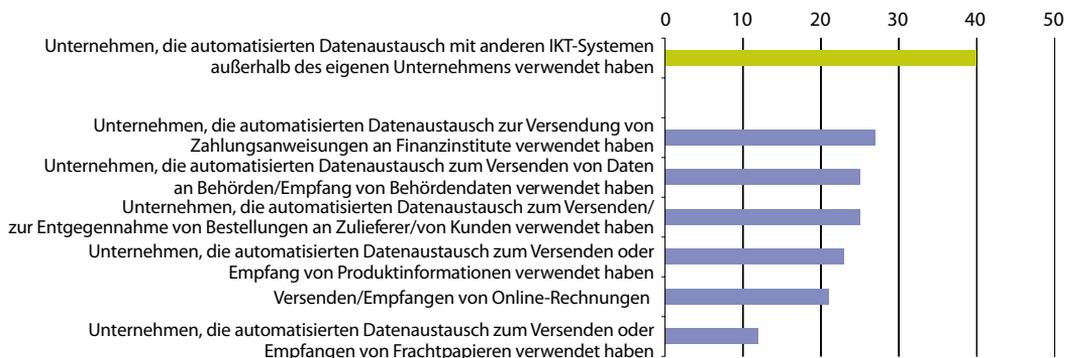
	Nutzung des Internets in Verbindung mit dem Herunterladen oder Austauschen audiovisueller Online-Inhalte			Freizeitaktivitäten in Verbindung mit dem Herunterladen oder Austauschen audiovisueller Online-Inhalte		
	Total	Männer	Frauen	Musik und/oder Filme herunterladen und/oder anschauen/hören	Herunterladen von Computer- oder Videospiele oder Aktualisierungen genutzt haben	Selbst geschaffenen Inhalt auf eine für andere zugängliche Website laden
EU-27	38	43	32	28	9	11
Euroraum (ER) (1)	38	44	32	28	10	11
Belgien	31	34	27	23	6	5
Bulgarien	24	27	22	21	6	3
Tschech. Rep.	26	32	20	19	5	2
Dänemark	57	63	51	36	11	14
Deutschland	43	53	33	29	18	14
Estland	36	42	31	25	11	21
Irland	27	30	23	19	5	8
Griechenland	24	29	19	19	6	4
Spanien	40	45	35	31	7	8
Frankreich	48	51	45	38	6	17
Italien	21	26	16	15	4	7
Zypern	22	27	17	16	7	6
Lettland	42	47	37	33	13	19
Litauen	35	40	32	32	12	8
Luxemburg	57	67	47	42	9	15
Ungarn	37	40	34	30	13	17
Malta	35	38	32	29	12	5
Niederlande	61	68	54	46	15	19
Österreich	31	39	23	20	6	8
Polen	31	35	28	21	7	7
Portugal	27	32	21	19	7	7
Rumänien	19	22	17	16	8	5
Slowenien	38	39	36	29	9	10
Slowakei	38	45	32	28	11	4
Finnland	53	59	48	34	7	9
Schweden	55	62	47	34	8	15
Ver. Königreich	46	52	39	34	10	19
Kroatien	24	31	18	18	6	6
EJR Mazedonien	34	39	29	28	9	5
Island	68	71	65	37	9	20
Norwegen	63	72	55	42	14	12

(1) ER-15 statt ER-16.

Quelle: Eurostat (isoc_cias_av)



Abbildung 7.28: Automatisierter Datenaustausch zwischen Unternehmen und IKT-Systemen außerhalb des eigenen Unternehmens, EU-27, Januar 2008 ⁽¹⁾
(in % der Unternehmen)



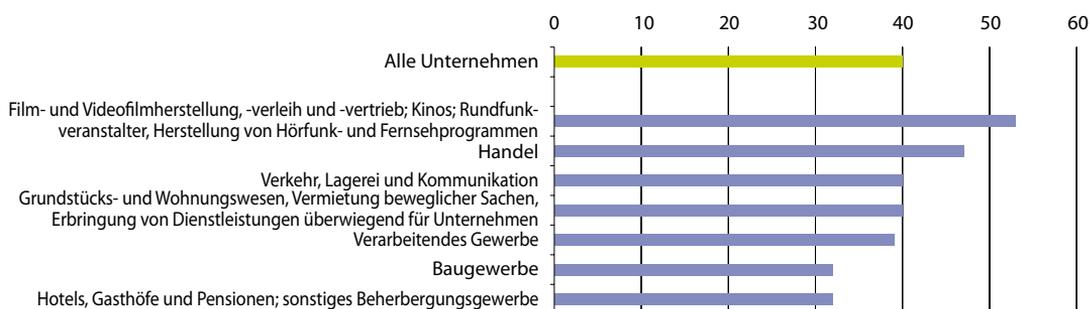
⁽¹⁾ Der automatisierte Datenaustausch zwischen dem Unternehmen und IKT-Systemen außerhalb des eigenen Unternehmens umfasst:

- Austausch von Mitteilungen (z. B. Bestellungen, Rechnungen, Zahlungsvorgänge oder Warenbeschreibungen);
- über das Internet oder andere Computernetze;
- in einem vereinbarten Format, das für eine automatische Verarbeitung geeignet ist (z. B. XML, EDIFACT usw.);
- ohne manuelle Eingabe der einzelnen Nachricht.

Unternehmen mit 10 oder mehr Beschäftigten; Unternehmen, deren Haupttätigkeit der NACE Rev. 1.1 Abschnitte D, F, G, I und K oder den Gruppen 55.1, 55.2, 92.1 und 92.2 zuzuordnen ist.

Quelle: Eurostat ([isoc_pibi_isc](#))

Abbildung 7.29: Automatisierter Datenaustausch zwischen Unternehmen und IKT-Systemen außerhalb des Unternehmens, EU-27, Januar 2008 ⁽¹⁾
(in % der Unternehmen)



⁽¹⁾ Der automatisierte Datenaustausch zwischen dem Unternehmen und IKT-Systemen außerhalb des eigenen Unternehmens umfasst:

- Austausch von Mitteilungen (z. B. Bestellungen, Rechnungen, Zahlungsvorgänge oder Warenbeschreibungen);
- über das Internet oder andere Computernetze;
- in einem vereinbarten Format, das für eine automatische Verarbeitung geeignet ist (z. B. XML, EDIFACT usw.);
- ohne manuelle Eingabe der einzelnen Nachricht.

Unternehmen mit 10 oder mehr Beschäftigten; Unternehmen mit Haupttätigkeit in NACE Rev. 1.1 Abschnitte D, F, G, I und K oder Gruppen 55.1, 55.2, 92.1 und 92.2.

Quelle: Eurostat ([isoc_pibi_isc](#))



Tabelle 7.19: Unternehmen, die das Internet für den Umgang mit öffentlichen Verwaltungen nutzen, 2008 ⁽¹⁾
(in % der Unternehmen)

	Nutzung von E-Government-Diensten durch Unternehmen	Abrufen von Informationen	Herunterladen von amtlichen Formularen	Zurücksenden ausgefüllter Formulare	Elektronische Bearbeitung von Verwaltungsverfahren	Elektronische Auftragsvergabe
EU-27	68	61	61	50	39	9
Euroraum (ER) ⁽²⁾	70	62	62	52	42	9
Belgien	69	:	:	49	47	7
Bulgarien	58	53	51	43	36	8
Tschech. Rep.	73	70	63	35	20	8
Dänemark	90	86	85	65	45	8
Deutschland	56	47	48	45	30	10
Estland	77	75	75	62	46	12
Irland	91	84	85	68	63	26
Griechenland	83	68	66	66	53	:
Spanien	64	59	60	45	40	5
Frankreich	73	67	66	67	68	13
Italien	82	74	71	42	41	9
Zypern	65	62	55	18	26	0
Lettland	55	51	50	39	30	8
Litauen	86	83	85	75	57	20
Luxemburg	90	82	87	41	28	7
Ungarn	60	56	58	50	25	9
Malta	74	73	68	46	37	7
Niederlande	85	77	79	75	16	6
Österreich	80	71	75	59	44	16
Polen	68	56	58	60	20	6
Portugal	75	67	69	68	54	14
Rumänien	39	37	35	23	20	10
Slowenien	88	85	82	69	60	11
Slowakei	88	82	81	51	54	7
Finnland	95	90	92	81	46	0
Schweden	78	76	76	58	30	11
Ver. Königreich	64	60	57	51	43	9
Kroatien	57	52	54	37	33	17
Island	91	89	85	87	73	11
Norwegen	76	70	70	63	40	16

⁽¹⁾ Unternehmen mit 10 oder mehr Beschäftigten; Unternehmen mit Haupttätigkeit in NACE Rev. 1.1 Abschnitte D, F, G, I und K oder Gruppen 55.1, 55.2, 92.1 und 92.2; das angegebene Jahr bezieht sich auf das Jahr der Erhebung; die E-Government-Daten beziehen sich auf das Jahr vor der Erhebung.

⁽²⁾ ER-15 anstatt ER-16.

Quelle: Eurostat ([tsir140](#) und [tin00065](#))



Tabelle 7.20: Unternehmen, die über eine Web-Site/Homepage verfügen, nach Größenklasse, 2008 ⁽¹⁾
(in % der Unternehmen)

	Alle Unternehmen	Kleinunternehmen	Mittlere	Große
EU-27	64	60	80	91
Euroraum (ER) (2)	65	61	82	92
Belgien	76	72	89	95
Bulgarien	33	28	48	69
Tschech. Rep.	74	70	86	92
Dänemark	87	85	94	96
Deutschland	77	73	89	94
Estland	66	62	83	92
Irland	65	60	83	95
Griechenland	60	56	76	88
Spanien	54	51	72	89
Frankreich	54	50	71	85
Italien	58	55	81	91
Zypern	48	42	77	95
Lettland	42	37	61	86
Litauen	55	49	73	91
Luxemburg	64	60	77	94
Ungarn	48	44	65	77
Malta	57	53	72	87
Niederlande	85	83	94	96
Österreich	79	77	90	97
Polen	57	50	77	88
Portugal	46	42	68	92
Rumänien	27	25	37	61
Slowenien	71	67	84	97
Slowakei	73	72	78	84
Finnland	82	79	94	94
Schweden	86	84	95	97
Ver. Königreich	76	71	91	98
Kroatien	64	61	75	84
Island	77	74	:	100
Norwegen	73	70	87	90

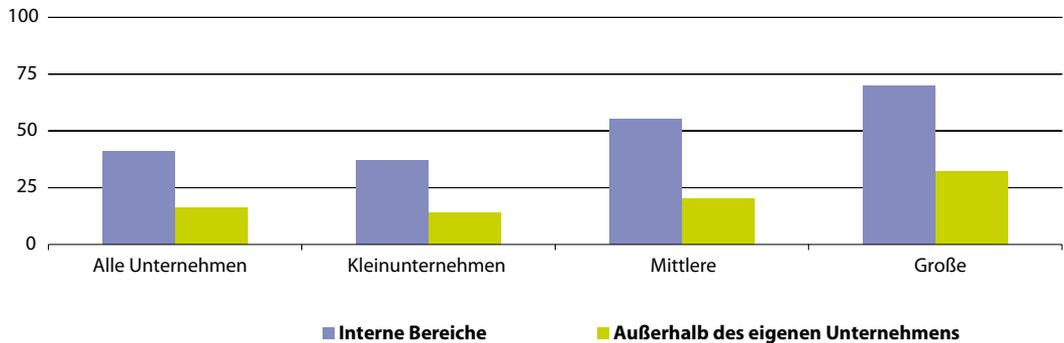
⁽¹⁾ Unternehmen mit 10 oder mehr Beschäftigten; Unternehmen mit Haupttätigkeit in NACE Rev. 1.1 Abschnitte D, F, G, I und K oder Gruppen 55.1, 55.2, 92.1 und 92.2; kleine Unternehmen: 10-49 Beschäftigte; mittlere Unternehmen: 50-249 Beschäftigte; Großunternehmen: 250 oder mehr Beschäftigte.

⁽²⁾ ER-15 statt ER-16.

Quelle: Eurostat (isoc_pi_b3)



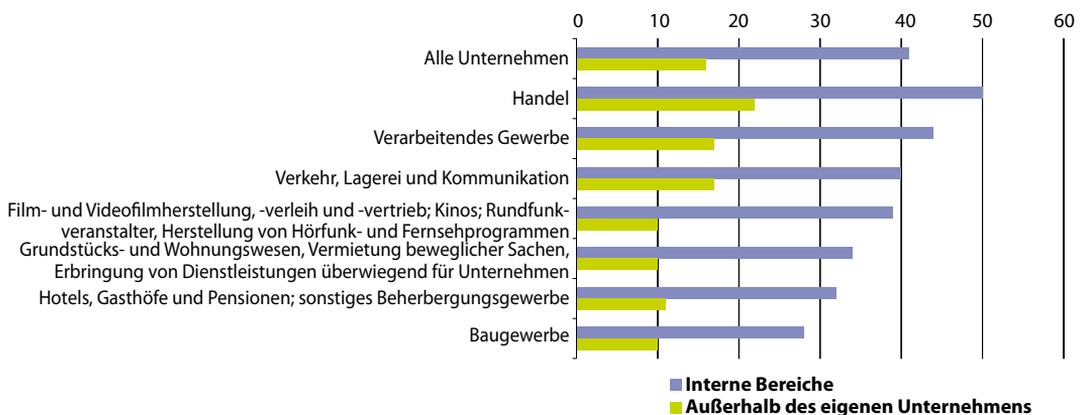
Abbildung 7.30: Unternehmen, die Informationen im Unternehmen automatisch in verschiedenen Funktionsbereichen und außerhalb des Unternehmens zum Lieferkettenmanagement weitergeben, nach Größenklasse, EU-27, Januar 2008 ⁽¹⁾ (in % der Unternehmen)



⁽¹⁾ Unternehmen mit 10 oder mehr Beschäftigten; Unternehmen mit Haupttätigkeit in NACE Rev. 1.1 Abschnitte D, F, G, I und K oder Gruppen 55.1, 55.2, 92.1 und 92.2; kleine Unternehmen: 10-49 Beschäftigte; mittlere Unternehmen: 50-249 Beschäftigte; Großunternehmen: 250 oder mehr Beschäftigte.

Quelle: Eurostat ([isoc_pibi_ibp](#) und [isoc_pibi_isc](#))

Abbildung 7.31: Unternehmen, die Informationen im Unternehmen automatisch in verschiedenen Funktionsbereichen und außerhalb des Unternehmens zum Lieferkettenmanagement weitergeben, nach Wirtschaftstätigkeit, EU-27, Januar 2008 ⁽¹⁾ (in % der Unternehmen)

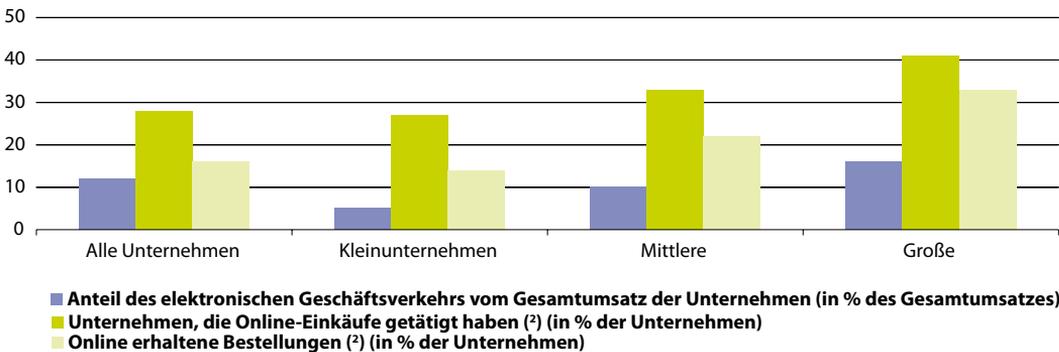


⁽¹⁾ Unternehmen mit 10 oder mehr Beschäftigten; Unternehmen mit Haupttätigkeit in NACE Rev. 1.1 Abschnitte D, F, G, I und K oder Gruppen 55.1, 55.2, 92.1 und 92.2; die Zahlen sind nach dem Durchschnittswert innerhalb und außerhalb des Unternehmens gegliedert.

Quelle: Eurostat ([isoc_pibi_ibp](#) und [isoc_pibi_isc](#))



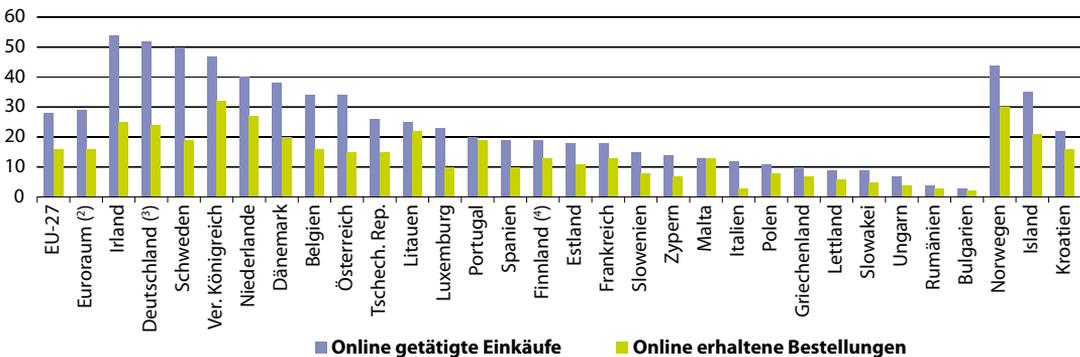
Abbildung 7.32: E-Commerce unter den Unternehmen nach Größenklasse, EU-27, 2008 ⁽¹⁾



⁽¹⁾ Unternehmen mit 10 oder mehr Beschäftigten; Unternehmen mit Haupttätigkeit in NACE Rev. 1.1 Abschnitte D, F, G, I und K oder Gruppen 55.1, 55.2, 92.1 und 92.2; kleine Unternehmen: 10-49 Beschäftigte; mittlere Unternehmen: 50-249 Beschäftigte; Großunternehmen: 250 oder mehr Beschäftigte.
⁽²⁾ Nur Unternehmen, die Online-Einkäufe getätigt/Online-Bestellung erhalten haben, die mindestens 1 % der Gesamteinkäufe/des Gesamtumsatzes ausmachen.

Quelle: Eurostat ([isoc_ec_eval](#), [isoc_ec_ebuy](#) und [isoc_ec_esel](#))

Abbildung 7.33: Unternehmen, die Online-Bestellungen erhalten/Online-Einkäufe getätigt haben, 2008 ⁽¹⁾ (in % der Unternehmen)

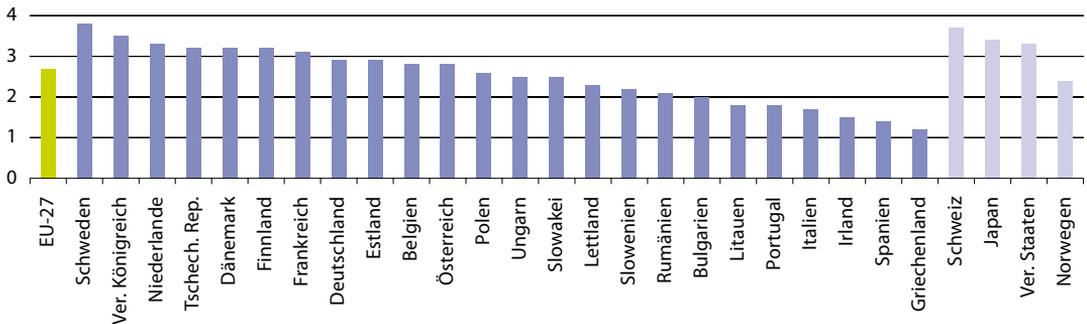


⁽¹⁾ Unternehmen mit 10 oder mehr Beschäftigten; Unternehmen mit Haupttätigkeit in NACE Rev. 1.1 Abschnitte D, F, G, I und K oder Gruppen 55.1, 55.2, 92.1 und 92.2; kleine Unternehmen: 10-49 Beschäftigte; mittlere Unternehmen: 50-249 Beschäftigte; Großunternehmen: 250 oder mehr Beschäftigte.
⁽²⁾ ER-15 statt ER-16.
⁽³⁾ 2007.
⁽⁴⁾ Getätigte Online-Einkäufe, 2007.

Quelle: Eurostat ([isoc_ec_ebuy](#) und [tin00068](#))



Abbildung 7.34: Ausgaben für Informationstechnologie, 2006 ⁽¹⁾
(in % des BIP)



⁽¹⁾ Zypern, Luxemburg und Malta: nicht verfügbar.

Quelle: European Information Technology Observatory (EITO).

7.6 Telekommunikation

Einleitung

Telekommunikationsnetze und -dienste bilden das Rückgrat der sich entwickelnden Informationsgesellschaft Europas. Sowohl Privatpersonen und Unternehmen als auch öffentliche Einrichtungen sind in zunehmendem Maße auf benutzerfreundliche und zuverlässige Netze und Dienste angewiesen.

Der europäische Telekommunikationssektor ist traditionell durch öffentliche Anbieter mit Monopolstellung geprägt und häufig mit Postdienstleistern gekoppelt. Die Liberalisierungsbestrebungen setzten in der ersten Hälfte der 80er Jahre ein und erstreckten sich zunächst auf Mehrwertdienste und Geschäftskunden, während die Basisdienste in den Händen der Monopolgesellschaften verblieben. Bis 1998 war der Telekommunikationsmarkt im Prinzip in allen Mitgliedsstaaten vollständig liberalisiert worden. Diese Liberalisierung der Telekommuni-

kationsmärkte hat zu erheblichen Preissenkungen geführt. Zum Teil dürfte dies auf die Einführung des Wettbewerbs in mehreren Märkten zurückzuführen sein, die zuvor in den Händen etablierter Anbieter mit Monopolstellung lagen, sowie auf technische Veränderungen, die zu höheren Kapazitäten führten und es ermöglichten, nicht nur mündlich, sondern auch über das Internet zu kommunizieren. Dennoch werden die Märkte weiterhin reguliert, wobei die Europäische Kommission die Regulierung überwacht, um sicherzustellen, dass sie den Verbrauchern zugutekommt. Durch die Regulierung wird auch weiterhin die signifikante Marktmacht früherer Monopole überwacht, es wird ein universelles Dienstangebot gewährleistet und Schutz für die Verbraucher geboten, insbesondere der Schutz jener sozialen Gruppen, die andernfalls von Ausgrenzung bedroht wären.



Am 30. Juni 2007 traten neue Regeln für das Roaming von Mobiltelefonen in Kraft. In diesen Regeln ist festgelegt, dass Menschen, die sich innerhalb der EU bewegen, grenzüberschreitend zu erschwinglicheren und transparenten Preisen telefonieren können sollen. In der genannten Roaming-Verordnung⁽⁸⁾ wurden Höchstentgelte für abgehende und eingehende Anrufe während eines Aufenthalts im Ausland festgelegt (Eurotarif); diese Höchstpreise gelten für alle Verbraucher, es sei denn, sie haben ein spezielles von einem bestimmten Betreiber angebotenes Paket gewählt. Die Europäische Kommission und die nationalen Aufsichtsbehörden haben die Entwicklung der Preise für Mobilfunk-Kurznachrichten und Datendienste sorgfältig beobachtet. Auf der Grundlage dieser Beobachtungen wurde eine Überprüfung vorgenommen, deren Ergebnis war, dass der Wettbewerb keine Anreize für Mobilfunkbetreiber geschaffen hat, von sich aus die sehr hohen Roaminggebühren für Kurznachrichten zu senken. Daher schlug die Europäische Kommission am 23. September 2008 folgende Maßnahmen vor:

- Preissenkungen für während eines Aufenthalts in einem anderen EU-Mitgliedstaat verschickte Kurznachrichten;
- Maßnahmen, durch die gewährleistet wird, dass die Verbraucher über die aktuell geltenden Entgelte für Datenroaming-Dienste informiert sind;
- Einführung eines Eurotarifs für SMS ab 1. Juli 2009, so dass das Verschicken von SMS aus dem Ausland nicht mehr als 11 Cent (ohne MwSt.) kosten würde und der Empfang einer SMS in einem anderen EU-Mitgliedstaat kostenlos wäre;

- eine verbesserte Transparenz, so dass Kunden bei der Einreise in einen anderen EU-Mitgliedstaat automatisch eine Nachricht über die in diesem Land geltenden Entgelte für Datenroaming-Dienste erhalten; außerdem sollten die Betreiber ab dem 1. Juli 2010 ihren Kunden die Möglichkeit geben, im Voraus festzulegen, wie viel sie ausgeben möchten, bevor ein Datenroaming-Dienst unterbrochen wird;
- Begrenzung der Vorleistungsentgelte für das Roaming auf 1 EUR je Megabyte, damit diese für die Betreiber besser vorhersagbar sind;
- weitere Senkung der Kosten für Anrufe nach dem Eurotarif, wobei der zum 1. Juli 2009 geltende Tarif für getätigte Anrufe von 43 Cent in den folgenden Jahren auf 40 Cent, 37 Cent bzw. 34 Cent sinkt und der entsprechende Tarif für angenommene Anrufe von den ab 1. Juli 2009 geltenden 19 Cent in den folgenden Jahren auf 16 Cent, 13 Cent bzw. 10 Cent sinkt.

Definitionen und Datenverfügbarkeit

Die Datenerhebung für die **Telekommunikationsstatistiken** erfolgt mithilfe eines vordefinierten Fragebogens (Telecom), der den nationalen statistischen Ämtern jedes Jahr übermittelt wird. Diese holen die entsprechenden Auskünfte von den zuständigen Regulierungsbehörden ein und senden den ausgefüllten Fragebogen an Eurostat zurück.

Festnetzanschlüsse stellen die herkömmliche Art des Zugangs zu Fernmelde-netzen dar. Sie werden üblicherweise für Telefongespräche genutzt, ermöglichen aber auch den Internetzugang per Modem oder Einwahl. Die rasche Zunahme leistungsfähigerer Zugangswege zum

⁽⁸⁾ Verordnung (EG) Nr. 717/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2007 über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie 2002/21/EG; weitere Informationen unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2007:171:0032:0040:DE:PDF>.



Internet (Breitband) und die Ausweitung der mobilen Nachrichtenübermittlung hatten zur Folge, dass die Märkte für herkömmliche Festnetzkommunikation etwas an Bedeutung verloren.

Die Indikatoren zu den Marktanteilen beziehen sich auf die Festnetz- und Mobilfunkanschlüsse. Der **etablierte Anbieter von Festnetzdienstleistungen** wird als das Unternehmen definiert, das unmittelbar vor der Liberalisierung auf dem Markt aktiv war. Der Marktanteil dieser Anbieter wird auf der Grundlage der Erträge aus dem Einzelhandelsgeschäft berechnet. Die Indikatoren für den **Markt für Mobiltelefonie** beziehen sich auf die Zahl der Verträge mit öffentlichen mobilen Telekommunikationsdiensten mittels zellulärer Technik und schließen auch aktive Prepaid-Karten ein. Zu beachten ist dabei, dass immer mehr Teilnehmer mehr als einen Mobiltelefonvertrag haben (beispielsweise für private und berufliche Nutzung oder für die Nutzung in verschiedenen Ländern). **SMS-Mitteilungen** sind kurze Textmitteilungen, die üblicherweise zwischen Mobiltelefonen übermittelt werden, aber auch zwischen verschiedenen anderen SMS-fähigen Geräten und Online-Internetdiensten übermittelt werden können.

Die Daten über die **Ausgaben für Telekommunikation** umfassen Ausgaben für Hardware, Ausrüstungen, Software und andere Dienstleistungen. Die Daten werden nicht von Eurostat erhoben; nähere Angaben zur Methodik sind zu finden unter: <http://www.eito.com/>.

Die **Preise für Telekommunikation** beziehen sich auf den Preis (inkl. MwSt.) in Euro für ein zehnminütiges Gespräch um 11 Uhr an einem Wochentag im August zum Normaltarif. Dabei werden drei Märkte dargestellt: **Ortsgespräch** (3 km), **Inlandsferngespräch** (200 km) und **Auslandsgespräch** (in die Verei-

nigten Staaten). Die Daten werden nicht von Eurostat erhoben; nähere Angaben zur Methodik sind zu finden unter: <http://www.teligen.com/>.

Wichtigste Ergebnisse

Die Ausgaben für Telekommunikation machten 2006 in der EU-27 insgesamt 3,0 % des BIP aus, während sie in den Vereinigten Staaten 2,1 % und in Japan 4,2 % erreichten. Relativ gesehen wiesen diejenigen Mitgliedstaaten, die der EU seit 2004 beigetreten sind (Malta und Zypern: nicht verfügbar), insbesondere die baltischen Mitgliedstaaten, Bulgarien und Rumänien, die höchsten Ausgaben auf.

Insgesamt sind die Ausgaben für Telefondienste gestiegen, der Anteil, der auf die ehemaligen Monopolanbieter entfiel, ging jedoch im Allgemeinen zurück, da der Anteil der Festnetzverbindungen im Telekommunikationsmarkt insgesamt sank, während Wachstum vor allem auf den Märkten für mobile und sonstige Datendienste zu beobachten war. Auf dem Markt für Festnetztelekommunikation in der EU-25 entfielen 2005 insgesamt 72 % der Ortsgespräche, 66 % der Inlandsferngespräche und 56 % der Auslandsgespräche auf die etablierten Anbieter. Im Vergleich dazu war der Anteil der führenden Anbieter im Markt für Mobiltelefonie mit 39 % im Jahr 2006 relativ gering.

2006 lag die durchschnittliche Anzahl der Mobilfunkverträge pro 100 Einwohner in der EU-27 bei 106, wobei es in 17 der Mitgliedstaaten mehr Mobilfunkverträge als Einwohner gab.

Der wertmäßige Gesamtumsatz basiert auf dem Umsatz aller Telekommunikationsdienste einschließlich Mietleitungen, Festnetzdiensten, mobilen Telekommunikationsdiensten mit zellulärer Technik, Vermittlungsdiensten und Internetdiens-



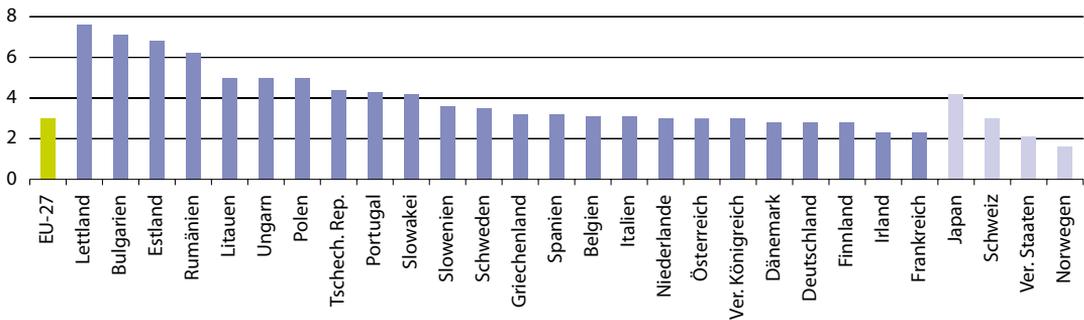
ten. In der Mehrzahl der Mitgliedstaaten (zu denen Daten vorliegen) übertraf der Umsatz der Mobilfunkdienste im Jahr 2006 den Umsatz der Festnetzdienste.

Zwischen 2004 und 2006 sind die Preise für Telekommunikationsdienstleistungen in zahlreichen Mitgliedstaaten gesunken. Am auffälligsten war der Preisrückgang bei Ferngesprächen und Auslandsgesprächen (hier definiert als Anrufe in die Vereinigten Staaten): In der EU-25 ging der Preis für ein Ferngespräch zwischen 2004 und 2006 im Durchschnitt um rund 20% zurück, der Preis für Auslandsgespräche um fast

16%. Im Vergleich dazu fiel der Preisrückgang bei Ortsgesprächen mit unter 3% wesentlich geringer aus.

Die Gebühren für Orts-, Inlandsfern- und Auslandsgespräche wiesen 2006 von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat erhebliche Unterschiede auf. Orts- und Inlandsfern- und Auslandsgespräche waren in der Slowakei am teuersten, während die Gebühren für Auslandsgespräche in Lettland am höchsten waren. Die günstigsten Ortsgesprächstarife hatte Spanien, bei Inlandsfern- und Auslandsgesprächen schnitt Zypern am günstigsten ab, und bei Anrufen in die Vereinigten Staaten Deutschland.

Abbildung 7.35: Ausgaben für Kommunikation, 2006 ⁽¹⁾
(in % des BIP)



⁽¹⁾ Zypern, Luxemburg und Malta: nicht verfügbar.

Quelle: Eurostat (tsiir090), European Information Technology Observatory (EITO)

Tabelle 7.21: Marktanteil der etablierten Anbieter für Festnetztelekommunikation und der führenden Anbieter für Mobilfunktelekommunikation (% der Gesamtzahl)

	Festnetzverbindungen, 2005			Führende Anbieter im Mobilfunknetz, 2006 ⁽³⁾
	Orts- gespräche ⁽¹⁾	Inlands- Ferngespräche ⁽²⁾	Auslands- gespräche ⁽²⁾	
EU-25	72	66	56	39
Belgien	68	68	58	45
Bulgarien	:	:	:	:
Tschech. Rep.	76	63	65	41
Dänemark	:	:	:	32
Deutschland	56	57	39	37
Estland	:	:	:	46
Irland	83	63	62	47
Griechenland	78	73	74	41
Spanien	78	75	62	46
Frankreich	80	68	67	46
Italien	71	73	47	41
Zypern	:	:	86	90
Lettland	97	98	72	35
Litauen	97	88	76	36
Luxemburg	:	:	:	51
Ungarn	92	90	87	45
Malta	99	99	98	52
Niederlande	75	75	45	48
Österreich	53	59	50	39
Polen	85	70	71	34
Portugal	:	78	80	46
Rumänien	:	:	:	:
Slowenien	100	100	83	71
Slowakei	99	100	88	56
Finnland	95	45	41	45
Schweden	:	:	:	43
Ver. Königreich	60	52	53	26
Norwegen	:	73	61	57

⁽¹⁾ Österreich und Finnland, 2004.

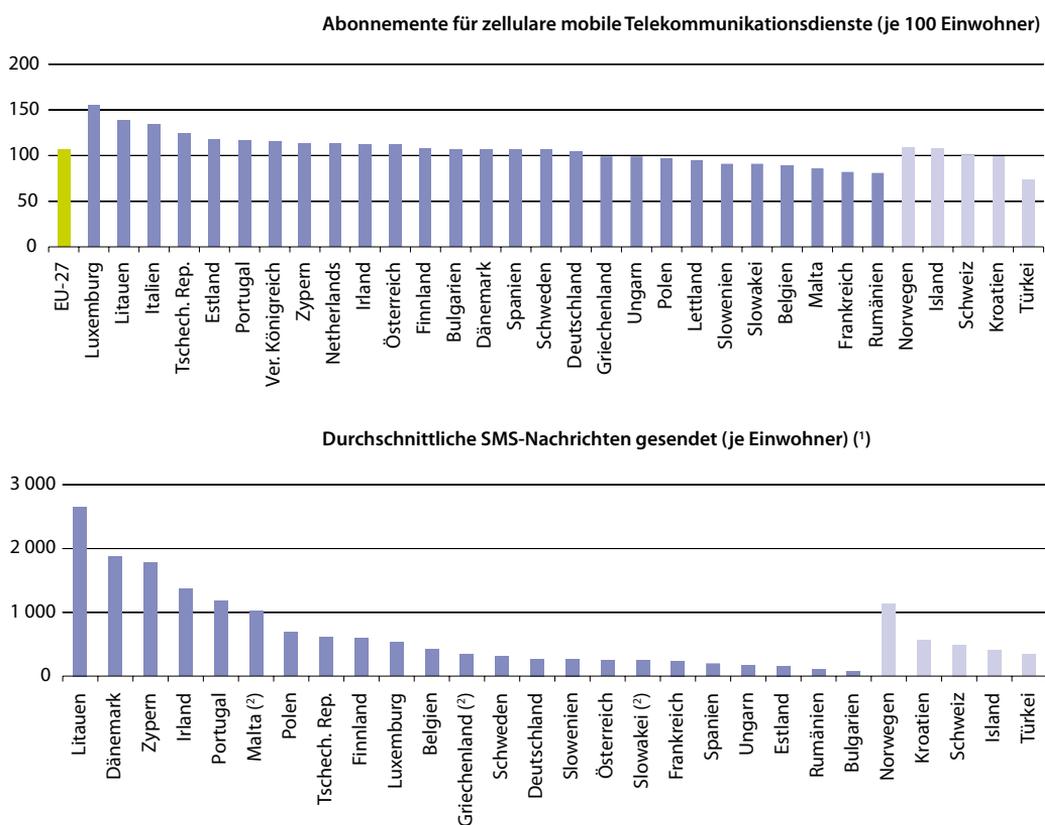
⁽²⁾ Finnland, 2004.

⁽³⁾ Norwegen, 2005.

Quelle: Eurostat ([tsier070](#) und [tsier080](#)), Nationale Regulierungsbehörden



Abbildung 7.36: Mobilfunkverträge und Nutzung von SMS, 2006



⁽¹⁾ Daten für SMS in Italien, Lettland, Niederlande und Vereinigtes Königreich: nicht verfügbar.

⁽²⁾ 2005 statt 2006.

Quelle: Eurostat (tin00060, isoc_tc_sms und tps00001)

Tabelle 7.22: Umsatz aus Telekommunikationsdiensten, 2006 ⁽¹⁾
(in Mio. EUR)

	Gesamtumsatz	davon:		
		Festen Telekommunikationsnetzdiensten	Zellularen Mobiltelekommunikationsdiensten	Internetanschlusssdiensten
Belgien	9 721	863	4 226	:
Bulgarien	1 754	399	920	73
Tschech. Rep.	4 304	1 503	2 458	287
Dänemark ⁽²⁾	5 433	1 314	1 949	214
Deutschland ⁽³⁾	66 200	21 900	23 100	3 400
Estland ⁽⁴⁾	557	165	400	:
Irland	4 284	2 180	1 924	:
Griechenland ⁽⁵⁾	8 034	3 284	4 305	123
Spanien	42 006	7 734	13 402	2 786
Frankreich	47 448	11 420	16 771	3 739
Italien	:	:	:	:
Zypern	303	111	158	34
Lettland	:	:	:	:
Litauen	781	123	359	77
Luxemburg ⁽⁴⁾	593	238	248	29
Ungarn	4 792	768	1 461	323
Malta ⁽⁵⁾	175	57	79	8
Niederlande	14 241	4 678	7 243	:
Österreich	4 719	1 401	2 708	520
Polen	:	:	:	:
Portugal ⁽³⁾	7 781	1 601	2 112	255
Rumänien ⁽⁶⁾	4 307	848	1 510	228
Slowenien	1 049	205	406	127
Slowakei ⁽⁵⁾	1 492	307	898	64
Finnland	4 511	573	2 260	:
Schweden	8 659	2 108	1 820	861
Ver. Königreich	:	:	:	:
Kroatien	1 945	699	1 089	96
Türkei	9 167	3 925	5 165	597
Island ⁽⁵⁾	374	102	160	23
Norwegen	3 862	1 090	1 782	653
Schweiz ⁽³⁾	10 363	2 951	3 009	113

⁽¹⁾ Möglichkeit von Doppelzählungen in der Aufschlüsselung des Gesamtumsatzes.

⁽²⁾ Zellulare Dienste und Internetdienste: 2005.

⁽³⁾ Internetdienste: 2005.

⁽⁴⁾ Gesamtumsatz: 2005.

⁽⁵⁾ 2005.

⁽⁶⁾ Festnetz-, Zellular- und Internetdienste: 2005.

Quelle: Eurostat ([isoc_tc_tur](#))



Tabelle 7.23: Preise für Festnetzverbindungen ⁽¹⁾
(in EUR je 10-Minuten-Gespräch)

	Ortsgespräch			Inlandsferngespräch			Auslandsgespräch in die USA		
	2001	2005	2006	2001	2005	2006	2001	2005	2006
EU-25	0,39	0,35	0,36	1,17	0,76	0,74	:	2,11	1,79
Belgien	0,54	0,57	0,57	0,54	0,57	0,57	1,84	1,98	1,98
Bulgarien	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Tschech. Rep.	0,40	0,56	0,56	2,44	1,13	0,56	:	2,02	2,02
Dänemark	0,41	0,37	0,37	0,41	0,37	0,37	2,71	2,38	2,38
Deutschland	0,43	0,39	0,39	1,23	0,49	0,49	1,23	1,23	0,46
Estland	0,23	0,23	0,23	0,23	0,23	0,23	:	2,10	2,13
Irland	0,51	0,49	0,49	0,94	0,82	0,82	1,91	1,91	1,91
Griechenland	0,36	0,31	0,31	0,98	0,74	0,74	2,91	2,93	3,49
Spanien	0,28	0,28	0,19	1,60	0,84	0,85	4,25	1,53	1,53
Frankreich	0,39	0,33	0,36	0,96	0,83	0,89	2,97	2,27	2,32
Italien	0,25	0,22	0,22	1,44	1,15	1,15	2,79	2,12	2,12
Zypern	0,16	0,22	0,22	0,40	0,22	0,22	3,82	0,66	0,66
Lettland	0,36	0,36	0,36	1,03	1,03	1,03	5,92	5,94	5,94
Litauen	0,35	0,39	0,39	1,20	0,79	0,79	11,96	4,07	4,07
Luxemburg	0,31	0,31	0,31	-	-	-	1,44	1,37	1,37
Ungarn	0,35	0,41	0,40	1,23	1,09	1,04	4,29	2,97	2,88
Malta	:	0,25	0,25	-	-	-	:	1,77	1,64
Niederlande	0,32	0,33	0,33	0,48	0,49	0,49	0,78	0,85	0,85
Österreich	0,69	0,49	0,49	0,77	0,59	0,59	4,32	1,90	1,90
Polen	0,35	0,30	0,50	1,22	1,22	1,00	10,58	3,74	1,23
Portugal	0,30	0,37	0,37	1,13	0,65	0,65	2,89	3,11	3,11
Rumänien	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Slowenien	0,17	0,26	0,26	0,17	0,26	0,26	2,98	1,40	1,40
Slowakei	0,42	0,60	0,60	1,17	1,23	1,29	8,92	3,02	1,23
Finnland	0,23	0,24	0,24	0,88	0,94	0,94	4,80	4,90	4,90
Schweden	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	1,10	1,06	1,18
Ver. Königreich	0,59	0,44	0,44	1,17	0,44	0,44	3,50	2,08	2,23
Norwegen	0,33	0,34	:	0,34	0,34	:	1,18	0,77	:
Japan	0,29	0,25	0,25	1,02	1,02	1,02	4,39	4,39	4,34
Ver. Staaten	0,09	0,07	0,07	0,43	1,03	1,03	-	-	-

⁽¹⁾ Der Indikator bezeichnet den Preis (in EUR) eines 10-Minuten-Gesprächs um 11 Uhr an einem Wochentag (einschließlich MwSt) für ein Ortsgespräch (3 km), ein Inlandsferngespräch (200 km) und ein Auslandsgespräch in die Vereinigten Staaten an; die Preise entsprechen dem Stand im August 2001, August 2005 und September 2006; es werden Normaltarife ohne Spezialsätze zugrundegelegt.

Quelle: Eurostat ([tsier030](#)), Teligen